



CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Arbeitsbericht der CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament 2009 - 2010

Arbeitsbericht der
CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
2009 - 2010

Inhaltsverzeichnis

<u>Grußwort</u>	4	<u>Bessere Bildung – bessere Chancen</u>	45
<u>Vorwort</u>	5	<u>Vielfalt bewahren – Austausch fördern</u>	47
<u>Schwerpunkte der Arbeit der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament 2009 - 2010</u>	7	<u>Für Sparsamkeit und Effizienz in Europa</u>	49
<u>Der Vertrag von Lissabon – die EU zukunftsfähiger und demokratischer gestalten</u>	15	<u>Leistungsfähige Landwirtschaft ermöglichen</u>	53
<u>Finanz- und Wirtschaftskrise – bessere Regulierung sichert Stabilität und Wachstum</u>	17	<u>Benachteiligte Regionen fördern</u>	57
<u>Europa wächst zusammen</u>	21	<u>Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts</u>	59
<u>Der Europäische Binnenmarkt – Europas Antwort auf die Globalisierung</u>	25	<u>Die Europäische Union – ein wichtiger Partner in der Welt</u>	63
<u>Umwelt und Klima schützen – Schöpfung bewahren</u>	29	<u>Mehr Bürgernähe und Transparenz – Subsidiarität wahren</u>	65
<u>Verbraucherinteressen wirkungsvoll vertreten</u>	32	<u>Die Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament</u>	67
<u>Europas Rolle in der Welt</u>	35	<u>Der Vorstand der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament</u>	94
<u>Menschenrechte schützen – Demokratisierung vorantreiben</u>	39	<u>Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament</u>	96
<u>Energie – sicher, sauber, sozial</u>	41	<u>Nützliche Internetadressen</u>	100
<u>Forschung fördern – Werte achten</u>	43		

Wir stellen uns unserer Verantwortung

Aus den Europawahlen 2009 sind in fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Christdemokraten und bürgerlichen Parteien der EVP-Familie als Sieger hervorgegangen. Die EVP-Fraktion ist erneut mit großem Abstand stärkste Fraktion im Europäischen Parlament geworden. Das ist ein Erfolg, an dem auch unsere deutschen Freunde von CDU und CSU wesentlichen Anteil haben.



Erstmals nach dem Aufkommen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich klar gezeigt, dass die Menschen in Europa unserem Konzept der sozialen Marktwirtschaft den Vorrang geben vor linken Versprechungen. Die Menschen haben uns ihr Vertrauen gegeben, dass wir erfolgreich mit der Krise umgehen und die notwendigen Entscheidungen treffen können. Diesem Vertrauen werden wir uns würdig erweisen.

Unsere politische Familie der bürgerlichen Parteien in Europa stellt mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Durao Barroso und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Hermann van Rompuy die führenden Persönlichkeiten der Europäischen Institutionen. 14 von 27 Staats- und Regierungschefs der EU gehören unserer Parteienfamilie an.

Der Vertrag von Lissabon hat die Europäische Union stärker, demokratischer und handlungsfähiger gemacht. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns eines gelehrt: nur gemeinsam können wir Europäer im globalen Wettbewerb bestehen und unser Wirtschafts- und Sozialmodell erhalten.

Die 42 Europaabgeordneten der CDU/CSU-Gruppe leisten durch ihre Arbeit in den Ausschüssen und Delegationen, in den Gremien des Europaparlaments und der Fraktion einen unschätzbaren Beitrag dazu, dass die Christdemokratie in Europa in Zukunft ebenso wie in der Vergangenheit die gestaltende Kraft ist.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'J' followed by a series of loops and a long horizontal stroke.

Joseph Daul MdEP
- Vorsitzender der EVP-Fraktion -

Joseph Daul,
Vorsitzender der
EVP-Fraktion im
Europäischen
Parlament

Europa zukunftsfähig gestalten

Mit 42 Abgeordneten ist die CDU/CSU-Gruppe aus den Europawahlen am 7. Juni 2009 wieder als stärkste Kraft hervorgegangen. Die führende Rolle der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist trotz Mandatsverlusten durch dieses Ergebnis eindrucksvoll bestätigt worden und zeigt, dass die europäische Politik weiterhin von den Christdemokraten und den mit ihnen in der EVP-Fraktion verbundenen Parteien der Mitte bestimmt werden soll.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat die europäische Politik der beiden vergangenen Jahre vor große Herausforderungen gestellt. Gleichzeitig wurde deutlich, dass diese Krise und ihre Folgen nur durch gemeinsame Ziele und gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene bewältigt werden kann.

Durch das geschlossene europäische Vorgehen konnte schwerer Schaden von der EU und der europäischen Gemeinschaftswährung abgewendet und die europäische Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Das beherzte, mutige Handeln der deutschen Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass es der Europäischen Union gelungen ist, die großen Gefahren, die aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erwachsen drohten, abgewendet werden konnten. Nun gilt es, den Stabilitäts- und Wachstumspakt in allen Ländern konsequent umzusetzen und Europa krisenfester zu machen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Krisen das Lebens-

elixier der EU sind und jeweils zur Stärkung der europäischen Integration beigetragen haben.

Mit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags am 1. Dezember 2009 eröffnen sich der Europäischen Union neue Chancen, zu einer noch demokratischeren, transparenteren und effizienteren politischen Union zu werden. Diese Chancen wollen wir bei unserer Arbeit für eine stabile Währung, einen funktionsfähigen Binnenmarkt, für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, innere und äußere Sicherheit sowie einen verantwortlichen Umgang mit der Schöpfung, insbesondere in der Umwelt-, Energie- und Klimapolitik nutzen.

Wir freuen uns, Ihnen mit dem vorliegenden Arbeitsbericht einen Überblick über die Arbeit der 42 Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament geben zu können und hoffen, dass diese Informationen für Ihre eigene Arbeit von Nutzen sein werden.



Dr. Werner Langen MdEP
- Vorsitzender -



Markus Ferber MdEP
- Co-Vorsitzender -

Dr. Werner Langen, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe

Markus Ferber, Co-Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe

Schwerpunkte der Arbeit der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament 2009 - 2010

Dr. Hans-Gert Pöttering (CDU Niedersachsen) übergibt am 14. Juli 2009 das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments an **Jerzy Buzek (Polen)**

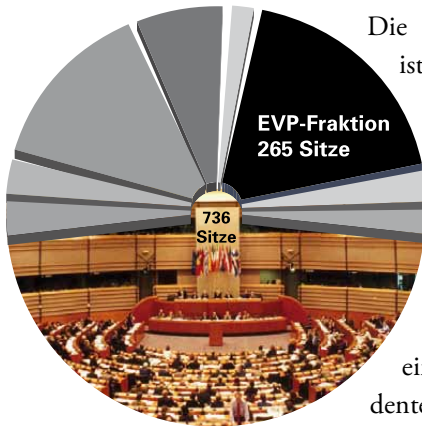
Die Entwicklung der europäischen Integration im Berichtszeitraum ist im Wesentlichen durch drei Ereignisse geprägt worden: den Wahlerfolg der Unionsparteien bei der Europawahl, das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon und die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Rolle der CDU/CSU-Gruppe als führende deutsche Kraft im Europäischen Parlament ist durch die Europawahlen erneut bestätigt worden. Auf europäischer Ebene hat das Parlament weiter an Gewicht gewonnen, weil der neue Vertrag von Lissabon dem Europäischen Parlament insgesamt mehr Einfluss gibt und das Mitentscheidungsverfahren gestärkt wurde. Wir arbeiten dafür, dass Europa und der Euro sicherer aus der aktuellen Krise hervorgehen. Wir wollen auch weiterhin unseren Beitrag leisten, die Chancen der Globalisierung für die Menschen nutzbar zu machen.

CDU und CSU sind im Europäischen Parlament
eine starke Kraft

Mit 42 von insgesamt 99 deutschen EP-Mandaten liegen die Unionsparteien deutlich vor der mit 23 Europaabgeordneten weiterhin zweitrangigen SPD und den anderen deutschen Parteien. Die Wählerinnen und Wähler haben bestätigt, dass CDU und CSU die deutschen Europaparteien bleiben.



Am Tag der Konstituierung des neuen Europäischen Parlaments ging für Dr. Hans-Gert Pöttering eine ausgesprochen erfolgreiche Amtszeit als EP-Präsident zu Ende. Beim Übergang der Amtsgeschäfte auf Jerzy Buzek, ebenfalls Mitglied unserer EVP-Fraktion, konnte er verdientermaßen den Dank und Respekt des hohen Hauses für das Geleistete entgegennehmen. Dr. Pöttering ist die zweite Persönlichkeit aus den Reihen der CDU an der Spitze des Europäischen Parlaments gewesen. Wir erinnern uns mit Hochachtung an den großen Europäer Dr. Egon Klepsch, der am 18. September 2010 im Alter von 80 Jahren in Koblenz verstorben ist. Sein Vorbild ist Motivation und Auftrag zur Umsetzung christdemokratischer Politik auf europäischer Ebene.



Die CDU/CSU-Gruppe ist auch in der neuen Legislaturperiode im Europäischen Parlament hervorragend aufgestellt. Im Parlamentspräsidium ist Rainer Wieland einer der Vize-Präsidenten und eine ganze

Reihe von Gruppenmitglie-

dern stehen an der Spitze einflussreicher Parlamentsausschüsse. Unsere Fraktion der Europäischen Volkspartei ist mit 265 Sitzen die mitgliederstärkste. Die CDU/CSU-Gruppe ist die größte nationale Delegation in der EVP-Fraktion und im gesamten Parlament. Wir stellen mit Manfred Weber einen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und außerdem sechs Koordinatoren der Fraktion, deren Aufgabe die Koordinierung der Sachpositionen der Gesamtfraktion in den Ausschüssen ist. Als größte nationale Gruppe haben wir uns mit Erfolg für die Wiederwahl des Elsässers Joseph Daul als EVP-Fraktionschef stark gemacht, der mit überzeugenden 98,7 Prozent im Amt bestätigt wurde.

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei ist insgesamt aus den letzten Europawahlen als Gewinner hervorgegangen. Wir konnten den Abstand zur Fraktion der europäischen Sozialisten (S&D) mit ihren jetzt nur noch 184 Mitgliedern weiter ausbauen. Im Lichte des gesamteuropäischen Wahlergebnisses war es daher folgerichtig, dass erneut ein Mitglied der EVP-Familie Kommissionspräsident wird. Die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe haben die Wiederwahl von José Manuel Barroso zum Präsidenten der Europäischen Kommission unterstützt. Die erfolgreiche Bestätigung Barrosos im Europäischen Parlament

war zugleich eine Absage an die Verhinderungspolitik der Sozialdemokraten, die ihre eigene Niederlage und den Einbruch ihrer Fraktion bei den Europawahlen offenbar nicht verkraftet hatten.

Die CDU/CSU-Gruppe und die EVP-Fraktion haben dafür gesorgt, dass das Europäische Parlament seine Rechte bei der Bestimmung des neuen Kommissionspräsidenten offensiv wahrgenommen hat. Wir haben Präsident Barroso vor seiner Wiederwahl darauf festgelegt, der Konsolidierung der EU nach innen Vorrang gegenüber neuen Erweiterungen einzuräumen, die Beitrittsfähigkeit zur Euro-Zone strikt an den Kriterien zu messen und keinesfalls politische Rabatte zu gewähren, Gesetzgebungsaktivismus und Bürokratieverliebtheit abzuschwören und die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten insbesondere bei der Vollendung des Binnenmarkts zu achten. Wir werden die Politik der Kommission an diesen, uns feierlich durch ihren Präsidenten gegebenen Zusagen messen.

Ein wichtiger Erfolg für die Weiterentwicklung der demokratischen Volksvertretung auf europäischer Ebene ist es, dass das Parlament die Kommission verbindlich darauf verpflichtet hat, seine mit qualifizierter Mehrheit vorgeschlagenen Gesetzesinitiativen aufzugreifen. Nach der Vereinbarung muss der zuständige Kommissar binnen drei Monaten reagieren und die Kommission spätestens ein Jahr nach der Parlamentsinitiative entweder einen Gesetzentwurf vorlegen oder Rechenschaft darüber ablegen, warum sie meint, dass dies nicht möglich ist. Wir haben damit dafür gesorgt, dass es Fälle wie den des ehemaligen Binnenmarktkommissars McCreevy, der sich jahrelang Parlamentsforderungen nach Reformvorschlägen für eine EU-Finanzaufsicht widersetzte und ein Gesetzespaket erst unter dem massiven Druck der Finanzkrise und der 27 Regierungschefs vorlegte, nicht wieder geben darf. Wir haben das entsprechende Rahmenabkommen mit der Europäischen Kommission

Dr. Werner Langen
(CDU Rheinland-
Pfalz), Vorsitzender
der CDU/CSU-
Gruppe im Europä-
ischen Parlament

am 9. Februar 2010 beschlossen, direkt vor der Bestätigung der neuen Kommission unter der Führung von Präsident Barroso durch das Europäische Parlament. Die CDU/CSU-Gruppe hat aus ihren Bedenken gegen einzelne Ressortzuteilungen keinen Hehl gemacht.

Der neue deutsche EU-Kommissar für Energie und frühere baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger hingegen ist ein Aktivposten der EU-Kommission. Mit ihm ist ein glaubwürdiger Subsidiaritätsexperte in das Kommissarskollegium eingezogen, der seine hohe Sachkenntnis bereits bei seiner Präsentation anlässlich der Parlamentsanhörung unter Beweis gestellt hat.

Kurz nach Amtsantritt von Kommissar Oettinger, mit dem wir eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten, ist die Zuständigkeit seines Ressorts um die Energieaußenbeziehungen mit solch wichtigen Aspekten wie dem der Sicherung der Energieversorgung ausgeweitet worden. Die CDU/CSU-Gruppe begrüßt dies. Wir hatten stets einen der Bedeutung Deutschlands für die EU angemessenen Handlungs- und Gestaltungsspielraum eingefordert.

Neue Parlamentsrechte in Vertrag und Verfassungswirklichkeit durchgesetzt

Mit dem Vertrag von Lissabon ist eine möglichst einflussreiche parlamentarische Vertretung christdemokratischer und christsozialer Überzeugungen für die Durchsetzung der für die Menschen in der EU bestmöglichen Politik noch wichtiger geworden. Die neue Rechtsgrundlage macht die Europäische Union insgesamt handlungs- und damit zukunftsfähiger. Sie stärkt dabei gerade das Europäische Parlament. Es gestaltet und verantwortet politische Entscheidungen jetzt auf „gleicher Augenhöhe“ zu Ministerrat und Kommission mit. Diese Weiterentwicklung erhöht die demokratische Legitimation europäischer



Rechtsetzung maßgeblich. Der Vertrag von Lissabon ist daher vor allem der Vertrag der Bürgerinnen und Bürger Europas.

Die Europäische Union gewinnt 20 Jahre nach dem historischen Fall des „Eisernen Vorhangs“ nun ihre Gestalt als Gemeinschaft von 27 Mitgliedstaaten mit knapp 500 Millionen Unionsbürgern. Das macht den Vertrag von Lissabon zu einem Meilenstein auf dem Weg der europäischen Integration. Bleibende Verdienste erwarb sich Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, als der abgelehnte Verfassungsvertrag 2007 unter Regie der deutschen Ratspräsidentschaft zum Lissaboner Vertrag weiterentwickelt wurde, dem dann 2009 auch das irische Volk, Polen und Tschechien zustimmten. Auf dieser letzten Wegstrecke der Ratifizierung war der Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 nicht nur die entscheidende Voraussetzung für den Verfahrensabschluss in Deutschland, sondern auch ein Signal mit Überzeugungskraft für zögernde EU-Partner. Die CDU/CSU-Gruppe hat die verschiedenen Entwicklungsschritte von parlamentarischer Seite flankiert. Wir können heute feststellen, dass unsere inhaltlichen Vorstellungen weitgehend durchgesetzt werden konnten.



Seit dem Inkrafttreten des Vertragswerks am 1. Dezember 2009 vollzieht sich die Umsetzung der Neuerungen in die Verfassungswirklichkeit. Herman Van Rompuy ist erster Präsident des Europäischen Rates, die ehemalige EU-Handelskommissarin Lady Catherine Ashton ist erste Hohe Vertreterin der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, gleichzeitig Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Vorsitzende des Rates für Auswärtige Angelegenheiten. Die beiden neuen Spitzenvertreter der Europäischen Union werden ihr jeweiliges Amt jetzt prägen. Wir erwarten, dass dies zu einem Verhältnis produktiver Verzahnung mit Mehrwert für Europa wird.

Die erste große Herausforderung für Lady Ashton im neuen Amt ist der Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), der aufgrund des Vertrags von Lissabon gegründet wird. Das Europäische Parlament hat dem Beschlussentwurf zur Errichtung des EAD nach intensiven Verhandlungen zugestimmt. Wir konnten für das Parlament haushalterische und politische Kontrollrechte über die europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik durchsetzen. Mindestens 60 Prozent des EAD-Personals wird aus europäischen Beamten bestehen.

Damit reflektiert auch die Personalzusammensetzung die Gemeinschaftsmethode. Wir werden die rechtliche Detailumsetzung des Errichtungsbeschlusses sorgfältig prüfen. Schließlich ist der EAD die größte Behördenneugründung in der Geschichte der EU. Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit „Außenministerin“ Catherine Ashton die Rolle der EU auf internationaler Ebene zu stärken.

Die CDU/CSU-Gruppe setzt ohne Rechthaberei entschlossen die Rechte des Parlaments durch. Es war ein Affront, dass Rat und Kommission am 30. November 2009 nur wenige Stunden vor dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon noch schnell das Datenaustausch-Abkommen SWIFT mit den USA unterzeichneten. Schließlich waren unsere Datenschutzbedenken bestens bekannt und das EP ab dem 1. Dezember 2009 in der Sache mit zuständig. Das Angebot der Ratspräsidentschaft an das Parlament, bei Gelegenheit „abnicken“ zu können, war unannehmbar. Wir haben die erste Abstimmung zur Verbesserung der Bürgerrechte genutzt.

Nach Verhandlungen mit Rat und Kommission konnte das Europäische Parlament ein neues SWIFT-Abkommen mit deutlich höheren Datenschutzerfordernungen verabschieden. Die EU wird mittelfristig ein eigenes System zur Auswertung von Finanztransaktionsdaten für den Anti-Terrorkampf aufbauen. Mit den Entscheidungen zum SWIFT-Abkommen haben wir klar gemacht, dass das Übergehen von Parlamentsrechten zum Scheitern verurteilt ist und es auch in der europäischen Innenpolitik keine Entscheidungen mehr ohne Mitentscheidung der Europaabgeordneten gibt. Den USA haben wir überzeugend dargelegt, dass eine enge transatlantische Partnerschaft im Anti-Terrorkampf sehr wichtig ist.

Selten ist so augenfällig geworden, dass in Zeiten globaler Herausforderungen gemeinsames internationales Handeln

Markus Ferber (CSU),
Co-Vorsitzender der
CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen
Parlament

**Bundespräsident
Christian Wulff**
mit Abgeordneten der
CDU/CSU-Gruppe
bei seiner ersten
Auslandsreise im
Europäischen Par-
lament in Straßburg
am 7. Juli 2010

unverzichtbar ist, wie in der tiefgreifenden Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Kulminationspunkt der Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers Mitte September 2008 war. In Europa enthüllte die davon ausgehende gigantische Finanzmarkterschütterung, dass einige EU-Mitgliedstaaten über ihre Verhältnisse gelebt haben. Als die Wirtschaftstätigkeit wegen nachhaltiger Kreditklemme immer stärker erlahmte und das Wachstum einbrach, rückten die defizitären Staatshaushalte in den Fokus.

Die Soziale Marktwirtschaft auch auf die Finanzmärkte anwenden

Die Anhäufung von Staatsschulden unter Ausnutzung des niedrigen Zinsniveaus in der Eurozone, die Aufweichung der Euro-Stabilitätskriterien unter Federführung des Finanzministers der rot-grünen Koalition, Hans Eichel, der Verzicht auf eine konsequente Anwendung des Sanktionsmechanismus` und die Abwehr einer unabhängigen Kontrolle der mitgliedstaatlichen Haushalts- und Wirtschaftsdaten durch Eurostat rächten sich jetzt. Wegen seiner hohen Verschuldung geriet Griechenland in erhebliche Bedrängnis. Europa sah sich vor seine größte Bewährungsprobe, seit Abschluss der Römischen Verträge 1957, gestellt.

Es war völlig richtig von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, trotz erheblicher Widerstände die Rettung Griechenlands an die Voraussetzungen eines umfangreichen und harten Sanierungsprogramms und die Beteiligung des IWF zu knüpfen. Das Finanzstabilisierungspaket für Griechenland ist der eine Teil des so genannten Eurorettungsschirms. Den anderen bildet ein zweites Paket mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 750 Milliarden Euro. Es soll spekulativen Verwerfungen entgegenwirken und Ansteckungseffekte für den gesamten Euroraum vermeiden. Diese Maßnahme hat die Märkte beruhigt. Strikte Spa-



raufagen nicht nur für Griechenland, sondern auch beispielsweise für Spanien, Irland und Großbritannien haben zur Versachlichung beigetragen. Es konnte zusätzliche Zeit zur Sanierung der Haushalte der Mitgliedstaaten gewonnen werden.

Die umfangreichen Konjunkturprogramme gegen die Wirtschaftskrise haben die Neuverschuldung der 27 EU-Mitgliedstaaten um fünf Prozent über die Maastrichtobergrenze von drei Prozent anwachsen lassen. Die gegenwärtige Konjunkturerholung kann daher keinesfalls neue Ausgabenprogramme rechtfertigen. Der Bundesregierung ist uneingeschränkt zuzustimmen, dass die konsequente Konsolidierung der Staatshaushalte das Gebot der Stunde ist. Es geht um nicht weniger, als in ganz Europa auf der Basis solider Finanzen eine neue Stabilitätskultur zu etablieren.

Die CDU/CSU-Gruppe begrüßt es, dass eine auf europäischer Ebene unter Leitung des Präsidenten des Europäischen Rates, Hermann Van Rompuy, gebildete Task Force der EU-Finanzminister Vorschläge für eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts vorlegen wird. Ein wichtiger Bestandteil könnte aus unserer Sicht die Einfüh-



zung einer Insolvenzordnung für Staaten sein, die eine Beteiligung der Gläubiger bei Forderungsausfall beinhalten muss. Tendenzen, aus der Währungsunion auf Dauer eine Transferunion zu machen, ist mit Entschlossenheit entgegenzuwirken.

Geht es darum, Lehren aus der Krise zu ziehen, ist als wichtiges Element die bessere Regulierung der Finanzmärkte erforderlich. Die Festschreibung von strengeren Regeln für Hedgefonds, die Einführung einer europäischen Finanzaufsicht, der auch die Ratingagenturen unterstellt sind, und die Verabschiedung von Basel III zur Verbesserungen der Eigenkapitalvorschriften sind wichtige Schritte. An einer sachgerechten Regelung der Derivatmärkte wird gegenwärtig gearbeitet. Beraten wird auch ein einheitliches Verbot von Leerverkäufen, die Einführung einer Bankenabgabe und die Besteuerung der Finanzmärkte mindestens überall in Europa.

So wie die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland seit Jahrzehnten für die Realwirtschaft gelten, brauchen wir ihre Anwendung auch auf die Finanzwirtschaft, um Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Risikobeschränkung, Verantwortung und Beschäftigung zu sichern.

Gemeinsames Engagement für die Zukunft Europas

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament wirkt im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten auf Ebene der Europäischen Union maßgeblich daran mit, die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen, den globalen Klimawandel wirkungsvoll zu bekämpfen, die Energieversorgung nachhaltig zu sichern, Wohlstand zu mehren und inneren und äußeren Frieden zu bewahren.

Wir, die 42 Europaabgeordneten von CDU und CSU wollen Europa voranbringen und in den Köpfen und Herzen der Menschen immer stärker verankern. Deshalb pflegen wir den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern – sei es vor Ort in den Wahlregionen oder auch in Straßburg und Brüssel. Dort konnte sich auch in den vergangenen zwei Jahren wieder eine große Zahl von Besuchern einen unmittelbaren Eindruck von der Arbeit des Europäischen Parlaments verschaffen. Viele Menschen erreichen wir zudem durch unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, mit der wir dazu einladen, sich über unsere politischen Positionen vertieft mit dem europäischen Geschehen auseinander zusetzen.

Als Berichterstatter im Mitentscheidungsverfahren des Europäischen Parlaments setzen wir auf gegenseitige Information und enge inhaltliche Zusammenarbeit mit der unionsgeführten Bundesregierung, der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, den Europaministern und Staatssekretären der unionsgeführten Bundesländer, den Fraktionsvorsitzenden der Union aus Bund und Ländern sowie den europapolitischen Sprechern in den Landtagsfraktionen der Union. Der Austausch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, den Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden von CDU und CSU sowie den in den EU-Ministerräten wirkenden Mitgliedern des Bundeska-

Der **Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion** mit Mitgliedern der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament in Brüssel am 26. April 2010

Rainer Wieland (CDU Baden Württemberg), Vizepräsident des EP, **Stefan Mappus**, baden-württembergischer Ministerpräsident, und **Dr. Werner Langen (CDU Rheinland-Pfalz)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe, am 16. Juni 2010 im Europäischen Parlament in Straßburg

binetts ist für die europäische Gesetzgebungsarbeit fruchtbar. Als Mitglieder der beiden Familien von CDU und CSU sowie der Europäischen Volkspartei setzen wir uns für inhaltliche Absprache und Geschlossenheit ein, damit wir gemeinsam die beste Politik in und für Europa durchsetzen können.

Mit unserer Arbeitsbilanz geben wir einen Überblick über das Geleistete. Sie ist zugleich auch eine Einladung an alle Ebenen von Politik und Gesellschaft, mit uns den Dialog über die Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union zu führen und sich mit Leidenschaft und Verstand für die europäische Idee zu engagieren.





Der Vertrag von Lissabon - die EU zukunftsfähiger und demokratischer gestalten

Am 1. Dezember 2009 ist der Vertrag von Lissabon als neue Rechtsgrundlage der Europäischen Union nach Jahren des Verhandeln, der Rückschläge und des Ringens endlich in Kraft getreten. Dies ist ein Erfolg. Nach der historischen Aufnahme von 12 mittel- und osteuropäischen Staaten verfügt die EU jetzt über die vertragliche Grundlage für die dringend erforderliche Vertiefung der Integration.

CDU, CSU und die Europäische Volkspartei (EVP) haben sich über Jahre stark dafür engagiert. In besonderem Maße gilt dies für Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Unter ihrer Führung wurde der in Frankreich und in den Niederlanden gescheiterte Verfassungsvertrag während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 zum Vertrag von Lissabon weiter entwickelt. Mit ihrer Hilfe gelang es, die Krise des gescheiterten irischen Referendums und letzte Widerstände in Polen und Tschechien zu überwinden. Die CDU/CSU-Gruppe hat dies von parlamentarischer Seite flankiert und beständig für den neuen EU-Vertrag gearbeitet. Dabei konnte sie Ihre inhaltlichen Vorstellungen weitgehend durchsetzen.

Das Europäische Parlament ist Gewinner des neuen EU-Vertrags. Es zählt zu denjenigen Institutionen, deren Kompetenzen durch den Vertrag von Lissabon ausgebaut werden. So sind die Gemeinsame Agrarpolitik und die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in den Zuständigkeitsbereich des Parlaments aufgenommen worden. Das Parlament hat, wie bei allen anderen EU-Haushaltsausgaben, nun auch das letzte Wort beim Agrarbudget. Das Mitentscheidungsverfahren, das Parlament und Ministerrat gleiche Rechte im Gesetzgebungsprozess zuweist, ist neues „ordentliches Gesetzgebungsverfahren“ geworden und gilt in über 90 Prozent der EU-Rechtsetzung.

Der Lissaboner Vertrag stärkt aber auch die Handlungsfähigkeit des Ministerrats. In 40 Politikbereichen, in denen bislang nur einstimmig beschlossen werden konnte, fallen jetzt die Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit. Ab dem 1. November 2014 wird die qualifizierte Mehrheit nach dem Prinzip der doppelten Mehrheit gebildet: Ein Beschluss ist gefasst, wenn wenigstens 55 Prozent der Staaten, die gleichzeitig mindestens 65 Prozent der europäischen Bevölkerung vertreten, zugestimmt haben.

Größerer Kontinuität und Sichtbarkeit der EU nach außen dient die Einführung der Ämter des Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, dem künftig ein neuer Europäischer Auswärtiger Dienst zugeordnet sein wird. Völkerrechtliche Verträge wird die EU im Rahmen ihrer Zuständigkeiten künftig selbst schließen können. Sie erhält die dazu erforderliche eigene Rechtspersönlichkeit und hat z. B. bereits ihren Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention beantragt.

Es gehört zu den besonderen Stärken des neuen Vertragswerks, dass mit ihm den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten erstmals direkte Zuständigkeitsrechte auf europäischer Ebene eingeräumt werden. Ein Frühwarnsystem und direkte Klagebefugnisse stärken die nationalen



Parlamente in ihrer Rolle als Wächter über die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips.

Die CDU/CSU-Gruppe hat sich auch erfolgreich dafür eingesetzt, dass mehr Handlungsfähigkeit nicht nur mehr Demokratie, sondern auch mehr Rechtsstaatlichkeit bedeuten muss. Dies wird vor allem mit der Grundrechtecharta erreicht, die jetzt rechtsverbindlich ist. Sie ist ein transparenter Grundrechtskatalog, der die Freiheitsrechte der Bürger gegenüber den EU-Organen stärkt.

Diese und viele andere Vorteile, die der Vertrag von Lissabon bietet, sind ganz im Sinne des Europabildes des deutschen Grundgesetzes. Sie entsprechen den Verfassungsbedingungen für eine tiefere Integration. Insofern war der Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009, dass der Vertrag von Lissabon und das deutsche Zustimmungsgesetz den verfassungsrechtlichen Anforderungen des Grundgesetzes genügen, folgerichtig. Die klare Entscheidung unseres europaweit angesehenen, höchsten nationalen Gerichts war ein starkes Signal für den erfolgreichen Abschluss des Ratifikationsverfahrens insgesamt.

Die CDU/CSU-Gruppe begrüßt die Ausweitung der Integrationsverantwortung von Bundestag und Bundesrat, deren gesetzliche Zustimmung auf Geheiß der Verfassungsrichter jetzt auch in Fällen kleinerer Vertragsänderungen erforderlich ist. Dies entspricht der Stärkung der Rechte der nationalen Parlamente durch den Lissaboner Vertrag. Dass sich das Gericht zur weiteren Begründung aber dazu herablässt, das Europäische Parlament klein zu reden, missbilligen wir ausdrücklich. Dies entspricht weder der rechtlichen noch der tatsächlichen Bedeutung des Europäischen Parlaments. Versuche, die eine parlamentarische Ebene gegen die andere auszuspielen, würden wir strikt als demokratiefeindlich zurückzuweisen. Demokratische Legitimation wird im vereinten Europa unserer Überzeugung nach durch die Verzahnung der Gesetzgebungs- und Kontrollkompetenzen von Europäischem Parlament und nationalen Parlamenten gewährleistet.

Die CDU/CSU-Gruppe könnte sich außerdem keineswegs der Auffassung anschließen, dass für die Anforderungen an die demokratische Legitimation der Europäischen Union nur ein einziger mitgliedstaatlicher Demokratiebegriff maßgeblich ist. Mit gutem Recht verlangt das deutsche Grundgesetz in seinem Artikel 23 eben nicht allein die Mitwirkung Deutschlands an der EU, sondern verzichtet auch konsequent darauf, dass die EU seinen eigenen demokratischen, rechtsstaatlichen und grundrechtlichen Standards voll umfänglich entsprechen muss.

Wir sind der Ansicht, dass EU und Mitgliedstaaten einen Staaten- und Verfassungsverbund bilden, innerhalb dessen europäische und nationale Verfassungsprinzipien ineinandergreifen können, indem europäische und nationale Verfassungsorgane konstruktiv-kritisch zusammenarbeiten. So können die neuen Möglichkeiten des Vertrages von Lissabon optimal genutzt werden.

Elmar Brok (CDU Nordrhein-Westfalen), Vorsitzender der EVP-Gruppe im Verfassungskonvent und Koordinator im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten

Finanz- und Wirtschaftskrise – bessere Regulierung sichert Stabilität und Wachstum

Die Diskussion um den Maastrichter Vertrag, der den Euro begründet hat, verdeutlicht, dass in der Europäischen Währungsunion die Haushalts- und Finanzpolitik dezentral in der Verantwortung der Mitgliedstaaten stattfindet, die Geld- und Währungspolitik aber zentral in der Verantwortung der Europäischen Zentralbank unabhängig gestaltet wird. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der auf Druck Deutschlands 1997, vor Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages beschlossen wurde, war das Bindeglied zwischen diesen beiden Verantwortlichkeiten der künftigen gemeinsamen Währung.

Der Euro – eine Erfolgsgeschichte

Die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung vor über 10 Jahren war ein bedeutender Schritt der weiteren Integration Europas. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, der Wiedervereinigung und der aus dem Binnenmarkt sich erschließenden Konsequenzen, war diese Entscheidung notwendig.

Auf der Grundlage des Stabilitäts- und Wachstumspakts hat sich der Euro zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Er ist heute nach innen und außen stabil. Aufgrund der Debatte um den Verschuldungsstand der Eurostaaten ist der Euro in den letzten Jahren stark gesunken, was die Importe zwar verteuert, die Exporte aus Deutschland jedoch verbilligt hat. Da Deutschland einen beachtlichen Teil seines Wohlstandes im Export verdienen muss, wäre ein auf Dauer überbewerteter Euro für die weitere wirtschaftliche Entwicklung gefährlicher als die aktuelle Situation.

Wenn Finanzmarktregulierung, Schuldenabbau und bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa greifen werden, wird die Stabilität des Euro auch in Zukunft gesichert sein.

Erweiterung der Eurozone

Der „Euro“, leistet einen großen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität und ebnet den Weg zu einem wirklichen europäischen Binnenmarkt. Im Jahr 2009 hat der Euro in der Slowakei die nationale Währung ersetzt. Estland wird der Eurozone am 1. Januar 2011 beitreten und damit 17. Euroland werden. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament begrüßt den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten zur Eurozone grundsätzlich, weil die Erweiterung des Euroraumes den Prozess der wirtschaftlichen Konvergenz erleichtern kann. Die entsprechenden Bedingungen des Maastrichter Vertrags für die Aufnahme in die Eurozone müssen jedoch strikt eingehalten werden. Die Stabilität des Euro darf nicht leichtfertig durch verfrühte Aufnahmen aufs Spiel gesetzt werden. Im Fall Estlands bemängelt die CDU/CSU-Gruppe, dass die Kommission das Parlament zu dieser bedeutenden Entschließung bisher nicht konsultiert hat.

Die Wirtschafts- und Währungs Krise

Vom Euro haben alle profitiert. Deutschland, weil es einen Teil seiner Exporte auf der Grundlage stabiler Währungsverhältnisse innerhalb der EU tätigen konnte, andere Län-

der der Eurozone, weil sie in den Genuss niedriger Zinsen für Ihre Staatsanleihen kamen. Die gemeinsame Währung hat das Zinsgefälle zwischen den Staaten weitgehend abgebaut und die geforderten Reformen weniger dringlich erscheinen lassen. Im Falle Griechenlands kam hinzu, dass das Land erst 2001 und auf der Grundlage offensichtlich unvollständiger Daten der Eurozone beigetreten war.

Verantwortlich für die Nichteinhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts war allerdings nicht Griechenland, sondern die damalige rot-grüne Bundesregierung in Deutschland und die französische Regierung. Insbesondere in den Jahren 2003 und 2004 haben die beiden größten Mitgliedstaaten der Eurozone mit Ihrer Sperrminorität (mit Luxemburg und Griechenland), den blauen Brief abgewehrt und damit faktisch für sich selbst den Stabilitäts- und Wachstumspakt außer Kraft gesetzt. Die Folge war ein geänderter und aufgeweichter Stabilitäts- und Wachstumspakt, der im Mai 2005 unter Bundesfinanzminister Hans Eichel verabschiedet wurde. Auf der Grundlage dieses Stabilitäts- und Wachstumspakts wurden bei übermäßig verschuldeten Staaten zwar Verfahren eingeleitet, spürbare Sanktionen blieben jedoch aus.

Parallel zu dieser Entwicklung hat sich das Volumen des Finanzmarkts vervielfacht und obendrein wurden Finanzmarktprodukte mit hohen Renditen und ohne Eigenkapitalunterlegung kreiert, die auf der Grundlage von Ratingbewertungen als sicher angesehen wurden. Das ging solange gut, bis die von den USA herkommende Finanzmarktkrise plötzlich die Wirtschaftsverhältnisse in der Welt durcheinander wirbelte. Fortan wurden auf unterschiedlichen Ebenen Maßnahmen zur Regulierung des Finanzmarktes beschlossen.

Die Finanzmarktgeschehnisse der letzten Monate zeigt deutlich, dass eine lückenlose Finanzmarktregulierung

dringend von Nöten ist. Um die bestehenden Schwächen der aktuellen Aufsichtssysteme zu beheben und den Europäischen Finanzsektor nachhaltig zu stärken einigte man sich am 2. September 2010 auf europäischer Ebene auf eine neue Finanzaufsicht. Zukünftig werden die nationalen Aufsichtsbehörden Hand in Hand mit einer neuen Europäischen Aufsichtsstruktur zusammenarbeiten, welche aus den Pfeilern Banken, Versicherungswesen und betriebliche Altersvorsorge sowie Wertpapiere und Börsen besteht und die über entsprechende Eingriffskompetenzen verfügt. Dieses System wird am 1. Januar 2011 an den Start gehen.

Die neue Europäische Finanzmarktaufsicht

Die neuen Regelungen enthalten bereits veränderte Regelungen für Ratingagenturen. Verbesserungsbedarf besteht nach Ansicht der CDU/CSU-Gruppe u. a. noch bei der Transparenz von Derivaten und in der Aufsicht der bislang unregulierten „Hedge Fonds“.

Die Auswirkungen der Finanzkrise haben deutlich gemacht, wie sehr die Finanzmärkte ineinander verzahnt sind. Daher wird auch auf internationaler Ebene ein brauchbares Instrumentarium benötigt, um globale Finanzkrisen zu vermeiden. Um die Banken angemessen an den Auswirkungen der Krise zu beteiligen und den Sektor nachhaltig zu stärken, befürworten die CDU/CSU-Abgeordneten die Einführung einer Bankenabgabe und eine Finanztransaktionssteuer auf internationaler Ebene. Nur gemeinsam können die Bedingungen dafür geschaffen werden, um vergleichbare Krisen in Zukunft früher zu erkennen oder einzudämmen.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament wird sich vehement dafür einsetzen, dass die EU die Einigung über neue Eigenkapitalvorschriften für Banken (Basel III)

nur umsetzt, wenn dies auch international Anwendung findet. Dabei muss auch den Interessen des Mittelstandes Rechnung getragen werden. Ein Alleingang würde lediglich Wettbewerbsnachteile für die europäischen Finanzinstitute herbeiführen.

Die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise zeigen mehr als deutlich, dass eine Koordinierung der EU-Wirtschaftspolitiken auf den Finanzmärkten dringend notwendig ist. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament spricht sich klar gegen eine europäische Wirtschaftsregierung aus, die über eine Koordinierung der EU-Wirtschaftspolitiken hinausgeht.

Der Fall Griechenland

Die Bewältigung der weltweiten Finanzmarktkrise hat den Blick der Märkte auf die Verschuldung der unterschiedlichen Staaten gerichtet. Griechenland war ein gefundenes Beispiel, da dort trotz Mitgliedschaft in der Eurozone versäumt wurde, die notwendigen Reformen im öffentlichen Bereich, bei der Besteuerung der Bürger und in vielen anderen Feldern anzugehen. Griechenland war deshalb kurzfristig nicht mehr in der Lage die vorgesehene Staatsverschuldung von zuletzt 13,7% am Finanzmarkt abzusichern. Das erste Griechenlandrettungspaket, das beschlossen wurde, stellt das Land drei Jahre frei vom Druck der Finanzmärkte, indem die Umschuldung und Neuverschuldung von den Mitgliedern der Eurozone garantiert werden.

Defizitverfahren gegen Deutschland

Die Finanzkrise hat die Defizite der EU-Länder hochschnellen lassen. Jetzt müssen sie kontinuierlich wieder zurückgefahren werden, damit die Politik Handlungsspielraum gewinnt und der Euro auch künftig stabil bleibt.

Die Einleitung eines Defizitverfahrens gegen Deutschland und acht weitere Mitgliedstaaten im Dezember 2009 war daher richtig und notwendig. Die Unionsabgeordneten betonen, dass es auch in Krisenzeiten keine Verschuldung nach Belieben geben kann. Deutschland muss ab 2011 sein Defizit um mindestens 0,5 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) senken. Bis 2013 soll Berlin seine Neuverschuldung wieder unter drei Prozentpunkte des BIP drücken. Nachdem sich die Kommission im Juni 2010 für Defizitverfahren gegen Dänemark, Finnland und Zypern ausgesprochen hat, haben nur noch Schweden, Estland und Luxemburg eine „weiße Weste“.

Der Rettungsschirm

Im Mai 2010 beschloss ein Sondergipfel einen vorsorglichen Rettungsplan für den Euro mit einem Gesamtvolumen von 750 Milliarden Euro. Die Europäische Union kann so Kredite bis maximal 60 Milliarden Euro aufnehmen und an betroffene Euroländer weitergeben. Der EU-Haushalt sichert diese Kredite ab. Das betroffene Euro-Land müsste sie später an die EU mit Zinsen zurückzahlen. Erst wenn die EU-Kredite (plus IWF-Beitrag in Höhe von 250 Milliarden Euro) ausgeschöpft sind, kämen weitere Finanzhilfen der Euroländer zum Zuge. Dies geschähe über Bürgschaften der Euroländer für Kredite (maximal für 440 Milliarden Euro) welche durch eine Zweckgesellschaft am Kapitalmarkt refinanziert würden. Der Staat würde also nichts aus seiner Kasse zahlen. Der jeweilige Anteil der einzelnen Euroländer an diesen Bürgschaften richtet sich nach ihrem Kapitalanteil der Euro-Länder an der EZB. Der deutsche Bürgschaftsanteil beträgt danach 123 Milliarden Euro.

Immerhin hat diese gewaltige Kraftanstrengung die Märkte beruhigt und über die strikten Sparauflagen, nicht nur für Griechenland, sondern auch für andere Staaten, z. B. Spa-

nien, Frankreich, Italien, Großbritannien (als Nichtmitglied der Eurozone) und auch Deutschland bewirkt, dass sich die Diskussion um die Stabilität der Euromitgliedstaaten versachlicht hat. Außerdem haben die rechtlichen, politischen und finanziellen Bedenken den Mitgliedstaaten zusätzlich Zeit für die Sanierung ihrer Staatshaushalte verschafft, die jetzt konsequent angegangen werden müssen. In einem gemeinsamen Währungsraum in dem man nicht mehr die Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertung gegenüber dem benachbarten Ländern verbessern kann, kommt es darauf an, dass insbesondere in der Frage der Wettbewerbsfähigkeit, der wirtschaftspolitischen Leitlinien, der finanzpolitischen Gesamtverantwortung und der Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten weitere Fortschritte erreicht werden und nicht nur Zusagen auf dem Papier gemacht werden, sondern die Zusagen auch eingehalten werden.

Die rechtlichen, politischen und finanziellen Bedenken den Mitgliedstaaten zusätzlich Zeit für die Sanierung ihrer Staatshaushalte verschafft, die jetzt konsequent angegangen werden müssen. In einem gemeinsamen Währungsraum in dem man nicht mehr die Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertung gegenüber den benachbarten Ländern verbessern kann, kommt es darauf an, dass insbesondere in der Frage der Wettbewerbsfähigkeit, der wirtschaftspolitischen Leitlinien, der finanzpolitischen Gesamtverantwortung und der Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten weitere Fortschritte erreicht und nicht nur Zusagen auf dem Papier gemacht, sondern diese auch eingehalten werden.

Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Zur Stärkung der Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten wird eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts unumgänglich sein. Die CDU/CSU-Gruppe spricht sich

für mehr Kontrolle und konsequentere Strafen, wie z. B. das Einfrieren der Agrar- und Struktur Gelder für notorische Haushaltssünder aus. Damit die Leidtragenden in einem solchen Fall aber nicht die Bürger sind, muss sichergestellt sein, dass die Mitgliedstaaten im Falle eines Einfrierens von Geldern dennoch verpflichtet sind, die Mittel an die Endzahlungsempfänger auszuzahlen.

Um die Wirtschafts- und Haushaltspolitik in der EU und Eurozone enger abzustimmen, hat der Rat der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister im September 2010 das so genannte „Europäische Semester“ vorgestellt, welches künftig sicherstellt, dass die Mitgliedstaaten ihre Budgets erst beschließen, nachdem sie von Brüssel bewertet worden sind. Für den Fall, dass die Kommission Risiken für die Euro-Zone erkennt, will sie sanktionierend einschreiten. Die Unionsabgeordneten betonen, dass das Haushaltsrecht der nationalen Parlamente gewahrt werden muss.

Unter der Führung von Ratspräsident Herman Van Rompuy erarbeitet eine Task Force gemeinsam Vorschläge, wie der Sanktionsmechanismus beim Defizitverfahren verbessert werden kann.

Schuldenabbau der G-20

Die Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe begrüßen die beim G-20 Treffen in Toronto beschlossene internationale Verpflichtung zum Schuldenabbau. Bis 2013 soll die jährliche Neuverschuldung halbiert, ab 2016 mit dem Abbau der Schulden begonnen werden. Dadurch haben sich die Industrieländer erstmals auf eine solide Haushaltspolitik verpflichtet, welche sich positiv auf Preisstabilität und nachhaltiges Wachstum auswirken wird.

Europa wächst zusammen

Die Vereinigung Europas ist eine der größten Erfolgsgeschichten der letzten hundert Jahre. Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge wurde 1957 ein Prozess in Gang gesetzt, der das Haus Europa zu dem wachsen ließ, was wir heute kennen: eine Europäische Union, in der sich die Bürger frei bewegen und Handel treiben können; eine historisch zusammengewachsene Weltregion, in der Krieg und Feindschaft überwunden wurden und die drängenden Probleme gemeinsam angegangen werden.

Mit der Erweiterung der Europäischen Union um die fünf mitteleuropäischen Staaten Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie die Mittelmeerinseln Malta und Zypern am 1. Mai 2004 und die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens am 1. Januar 2007 ist die Europäische Union auf 27 Mitgliedstaaten angewachsen. Die EU-Erweiterung hat die Gräben zugeschüttet, die der Zweite Weltkrieg aufgerissen und der Eiserne Vorhang verfestigt hatte. Mit der Osterweiterung wurde die künstliche Teilung des Kontinents überwunden und Europa vereinigt. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilität unseres Kontinents, der das Gewicht der Europäischen Union in der Welt stärkt.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat diesen europäischen Einigungsprozess wesentlich mitgestaltet und dabei aber auch darauf geachtet, dass Kontrollmechanismen eingezogen wurden. Auf Initiative der Unionsabgeordneten wurden beispielsweise Schutzklauseln in die Beitrittsverträge mit Bulgarien und Rumänien aufgenommen, die vorsehen, dass bei Nicht-Erfüllung der EU-Standards Haushaltsmittel aus EU-Programmen vorübergehend blockiert werden können.

Aufgrund der eklatanten Defizite bei der Korruptionsbekämpfung sowie im Verwaltungs- und Justizwesen in Bul-

garien und Rumänien müssen diese Schutzklauseln jetzt konsequent angewandt werden. Ein Zahlungsstopp ist dabei eines der Mittel, die bereits auf das Drängen der CDU/CSU-Europaabgeordneten genutzt werden. Nur so kann die EU ihre eigenen hohen Standards glaubwürdig halten.

Europas Grenzen bestimmen

Nach der Erweiterung auf 27 Mitgliedstaaten stellt sich schärfer als in der Vergangenheit die Frage nach den Grenzen Europas in geographischer, politischer und kultureller Hinsicht.

Für viele Menschen auch auf dem westlichen Balkan und in Osteuropa ist die Europäische Union zum Leitbild einer offenen Gesellschaft, eines friedlichen Miteinanders der Völker und damit zum Hoffnungsträger für ihre politische und wirtschaftliche Zukunft geworden. Die Europäische Union muss ihrer Verantwortung gegenüber den Völkern in diesen europäischen Regionen gerecht werden.

Wir unterstützen daher die europäische Perspektive für Kroatien und Mazedonien sowie Albanien und Montenegro. Allerdings muss jedes Land einzeln an den Aufnahmekriterien gemessen werden. Weitere Beitritte dürfen erst dann erfolgen, wenn alle Kriterien in den Kandidatenländern erfüllt sind. Politische Rabatte darf es dabei nicht geben.

Auch die Aufnahme Islands, das 2009 einen Beitrittsantrag gestellt hat, darf kein Selbstläufer werden. Auf beiden Seiten sind dafür zu viele Fragen offen, wie beispielsweise der Streit um Fischfangrechte und die wirtschaftliche Stabilität des von der Finanz- und Wirtschaftskrise schwer getroffenen Landes.

Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union kann nicht in jedem Fall die einzige Antwort auf Beitrittswünsche sein. Auch die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union ist ein Erweiterungskriterium.

Partnerschaft mit der Türkei

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat Bundeskanzlerin Angela Merkel immer in ihrem Ziel, eine besondere („privilegierte“) Form der Partnerschaft mit der Türkei anzustreben, unterstützt. Die innere Festigung der Europäischen Union muss Vorrang haben vor Beitrittsver-

sprechungen, die Europa nicht verkraften könnte. Europa hat ein großes Interesse an einer wirtschaftlich starken, demokratisch gefestigten und politisch stabilen Türkei. Deshalb haben die Unionsparteien 1996 die Zollunion, gegen die Stimmen von SPD und Grünen, aktiv durchgesetzt.

Es gilt jetzt zunächst zu prüfen, ob die jüngste Verfassungsreform, die die Türkei demokratischer machen soll, dieses Ziel erfüllt. In vielen Bereichen wie bei der Einhaltung von Menschen- und Minderheitenrechten gibt es nach wie vor erhebliche Defizite.

So hat das Europäische Parlament in einer Entschliessung zum Stand der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei Anfang dieses Jahres festgestellt, dass geltende Rechtsvorschriften, die für die politischen Kopenhagener Kriterien relevant sind, weiterhin unzureichend angewendet werden. Das türkische Recht bietet immer noch keine ausreichenden Garantien für die freie Meinungsäußerung.

Kopenhagener Kriterien

Die 1993 auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen formulierten Beitrittskriterien verlangen von Beitrittskandidaten:

1. stabile Demokratie, rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte und Schutz von Minderheiten, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit
2. funktionsfähige Marktwirtschaft mit wettbewerbsfähigen Unternehmen
3. Übernahme des EU-Rechts, um die Pflichten als EU-Mitglied zu erfüllen und die Ziele der Union zu unterstützen
4. die Fähigkeit der EU, neue Mitglieder aufnehmen zu können.

Auf dieser Grundlage müssen alle bisherigen Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament einem Beitritt zustimmen.

Einige Gesetze werden weiterhin missbraucht, um diese Freiheit einzuschränken. Auch die türkische Außenpolitik gibt trotz der Annäherung an Armenien weiter Anlass zur Kritik: So muss beispielsweise das Ankara-Protokoll und die damit einhergehende Anerkennung Zyperns uneingeschränkt umgesetzt werden.

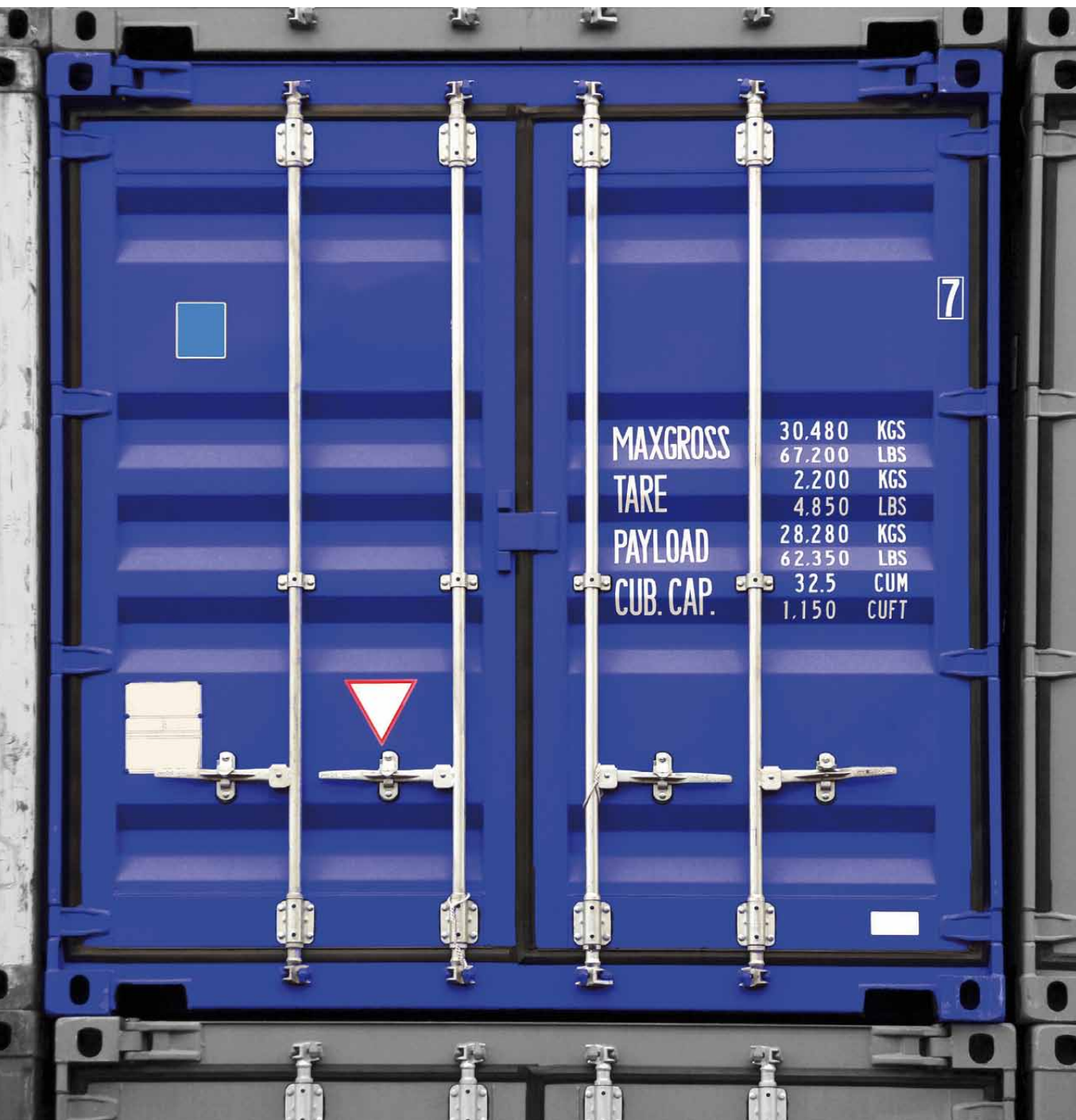
Die Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, so wie dies von einzelnen Mitgliedstaaten, aber auch von der SPD und den Grünen betrieben wird, würde Europa auf absehbare Zeit überfordern. Deshalb lehnen die CDU/CSU-Europaabgeordneten eine Vollmitgliedschaft der Türkei ab und plädieren für eine privilegierte Partnerschaft.

Europäische Nachbarschaftspolitik

Zurückhaltung bei der Erweiterung bedeutet allerdings keine Ausgrenzung derjenigen Staaten, die eine enge Bindung an die Europäische Union suchen, wie z. B. die Ukraine oder einige nordafrikanische Mittelmeeranrainer.

Auch diesen Ländern muss eine verantwortbare europäische Perspektive offenstehen, um politische, regionale und wirtschaftliche Stabilität zu fördern. Die sich entwickelnde neue Ausrichtung einer europäischen Nachbarschaftspolitik kann deshalb eine dauerhafte Alternative zur Vollmitgliedschaft sein. Eine geographische, kulturelle und auch finanzielle Überdehnung der EU kann nicht in unserem Interesse liegen. Die Schwächung der europäischen Handlungsfähigkeit, ein Rückfall in Nationalismus und die Reduktion auf eine lediglich „gehobene Freihandelszone“ könnten die indirekte Folge sein. Europas große Erfolge bei der Schaffung von Frieden, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit könnten so gefährdet werden.





Der Europäische Binnenmarkt – Europas Antwort auf die Globalisierung

Der Europäische Binnenmarkt, der weltweit größte Wirtschaftsraum mit über 500 Millionen Verbrauchern, trägt entscheidend zum Wohlstand und zur Integration der Europäischen Wirtschaft bei. Er führte seit seiner Gründung zur Zunahme des innergemeinschaftlichen Handels, Produktivitätssteigerung und Verringerung der Kosten, Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen und einer Annäherung des Einkommensniveaus in den einzelnen Mitgliedstaaten. Der Rechtsrahmen zum Europäischen Binnenmarkt ist heute im Wesentlichen ausgestaltet.

Die Schaffung eines wirklich integrierten Marktes ist keine zeitlich begrenzte Aufgabe, sondern vielmehr ein Dauerprozess, der fortgesetzte Anstrengungen, Wachsamkeit und Aktualisierung erfordert. Die technologischen und politischen Entwicklungen bringen es mit sich, dass sich das Umfeld, in dem der Binnenmarkt funktioniert, ständig ändert. Der Binnenmarkt muss in den Bereichen Wirtschaft und Verbraucherschutz noch konsequenter vollendet werden. Dazu kann z. B. ein verpflichtender Binnenmarkttest für alle Kommissionsvorschläge dienen. Dieser kann als Teil einer Gesetzesfolgenabschätzung klären, ob EU-Regeln die vier Freiheiten des Binnenmarktes umsetzen, und so Hindernisse im Binnenmarkt beseitigen.

Telekom-Paket

Ende 2009 hatte sich das Parlament mit Rat und Kommission auf eine neue Rahmenrichtlinie für Telekommunikation geeinigt. Die CDU/CSU-Abgeordneten konnten in den Verhandlungen durchsetzen, dass in der Frage des Zugangs zum Internet die persönliche Freiheit und die Unverletzlichkeit der Privatsphäre sehr hoch gewichtet wurden - jede Einschränkung des Internetzugangs muss auf dem Rechtsweg überprüft werden können. Die neue Richtlinie erleichtert Investitionen in Breitbandnetze und

erhöht die Verfügbarkeit neuer Internetdienste. Die nationalen Regulierungsbehörden sollen künftig enger zusammenarbeiten. Auch sollen die Verbraucher schneller und einfacher den Anbieter wechseln, sowie ihre Rufnummer mitnehmen können. Der neue Rechtsrahmen stellt einen Aufbruch im Telekommunikationssektor dar und wird, wenn einmal umgesetzt, dafür sorgen, dass Europa auch in Zukunft Innovationsmotor und Wachstumsgarant bleibt.

Dienstleistungsrichtlinie

Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung der vollständigen Verwirklichung eines gemeinsamen Europäischen Binnenmarktes stellt die EU-Dienstleistungsrichtlinie dar. Diese muss schneller und einfacher umgesetzt werden, und es müssen die vorgesehenen einheitlichen Ansprechpartner für Firmen geschaffen werden, damit vor allem kleine und mittelständische Unternehmen besser die Marktchancen des grenzüberschreitenden Anbietens von Dienstleistungen nutzen können.

Bei den Diskussionen über die Richtlinie über die Rechte von Verbrauchern setzen sich die Abgeordneten von CDU/CSU für eine kohärente Lösung ein, die sowohl der Verkäufer- als auch der Verbraucherseite gerecht wird. Im Inte-



resse eines einheitlichen und fairen Binnenmarktes soll eine sektorale Harmonisierung des Verbraucherrechts in einigen Kernbereichen erreicht werden, ohne jedes Detail voll zu harmonisieren.

Verbraucherrechte

Der Online-Handel zum Beispiel soll einer intelligenten und zumutbaren Harmonisierung unterzogen werden, um die bestehenden Hindernisse des Warenverkehrs im Bereich des Internethandels zu beseitigen.

Ein weiteres Beispiel für die Stärkung der Rechte der Verbraucher über den Binnenmarkt ist die europäische Roaming-Verordnung. Das Europäische Parlament hatte sich erfolgreich dafür stark gemacht, dass Mobilfunkanbieter ihre Preise für Verbindungen im europäischen Ausland senken müssen. Mit der Roaming-Verordnung von 2007 wurde erstmals ein einheitlicher Eurotarif in den 27 Mitgliedstaaten der EU festgelegt. Diese Verordnung wurde 2009 verlängert. Zum 1. Juli 2010 wurden die Preise in einer zweiten Stufe weiter abgesenkt.

Auch für eine anstehende Überarbeitung der Richtlinie zu Pauschalreisen sprechen sich die Abgeordneten aus. Die momentan geltende Richtlinie umfasst nur gedruckte Prospekte, aber keine individuellen Online-Angebote. Haftungsfragen sind nach Reiseveranstaltern, Fluggesellschaften und Reisebüros getrennt, und es gibt keine einheitlichen Marktbedingungen. Verbraucher haben zur Zeit z. B. keine gesonderten Rechte bei dem Konkurs von Fluggesellschaften. Eine Überarbeitung der Richtlinie ist daher im Sinne des Schutzes des Verbrauchers dringend notwendig.

Eine Stärkung des Schutzes von Busreisenden wird ebenfalls unterstützt: in Zukunft muss der Schutz von Busreisenden auf die gleiche Ebene wie Bahn- oder Flugreisende gehoben werden. Reisende müssen auch hier bei Annullierungen, großen Verspätungen oder Gepäckverlust ein Recht auf Schadensersatz haben.

Wir setzen uns dafür ein, dass aus den Erfahrungen mit der Aschewolke im April 2010 Konsequenzen gezogen werden und konkrete Maßnahmen zur Vermeidung eines erneuten Flugchaos getroffen werden. Die Verwirklichung eines einheitlichen europäischen Luftraums ist sehr wichtig - sowohl im Bereich Krisenbewältigung, als auch bezüglich Kooperation und einheitlicher Verwaltung.

Kleine und mittlere Unternehmen in Europa stärken

Eines der Hauptanliegen der CDU/CSU-Abgeordneten ist, kleine und mittlere Unternehmen in Europa zu stärken, da diese das Rückgrat der europäischen Wirtschaft darstellen. Durch die neue EU-Regelung zum Zahlungsverzug müssen Unternehmen und die öffentliche Hand in der EU in Zukunft pünktlicher zahlen - ein Sonderprivatrecht für die öffentliche Hand konnte abgelehnt wer-

Dr. Andreas Schwab
(CDU Baden-Württemberg), Koordinator im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Klaus-Heiner Lehne
(CDU Nordrhein-
Westfalen),

Vorsitzender des
Rechtsausschusses

den. Dies wird insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen, die oft vor großen Problemen stehen, wenn ein Auftrag nicht pünktlich bezahlt wird.

Ein europäisches Vertragsrecht

Die Initiative für ein Europäisches Vertragsrecht findet Unterstützung im Europäischen Parlament. Die Kommission hat im Juli 2010 ein Grünbuch vorgestellt, in dem Überlegungen, ein optionales europäisches Vertragsrechtsinstrument einzuführen, im Zentrum stehen. Die unterschiedlichen Zivilrechtsordnungen in Europa stellen noch immer eine bedeutsame Hürde im Binnenmarkt dar - durch ein gemeinsames europäisches Vertragsrecht für Verbraucher und Unternehmen können grenzüberschreitende Geschäfte massiv erleichtert werden.





Umwelt und Klima schützen - Schöpfung bewahren

Eine der großen politischen, aber auch ökonomischen Herausforderungen für die kommenden Jahre ist die Bekämpfung des Klimawandels. Der Klimawandel stellt ein globales Problem dar, das lokal nicht zu lösen ist. Europa hat eine internationale Vorreiterrolle übernommen, um Lösungswege aufzuzeigen und zu initiieren.

Unter der von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel geleiteten deutschen Ratspräsidentschaft gelang auf dem Frühlingsgipfel des Europäischen Rates 2007 der Durchbruch zu einer ehrgeizigen integrierten europäischen Klima- und Energiepolitik: Ergebnis des Gipfels war eine Vereinbarung des sogenannten „20-20-20-Zieles“. Es wurde eine Selbstverpflichtung der EU zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen um 20 Prozent bis 2020 (30 Prozent, sofern andere Industriestaaten vergleichbare Ziele vereinbaren), eine Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20 Prozent und die Reduzierung des Gesamtenergieverbrauchs durch den Einsatz von Effizienzmaßnahmen um 20 Prozent bis 2020 beschlossen. Das 20-20-20 Ziel wird von der CDU/CSU-Gruppe im Parlament generell begrüßt. Eine Erhöhung des Treibhausgas-Reduktions-Zieles ist eine wichtige Maßnahme, allerdings nur, wenn auch andere Staaten mitmachen und eine faire Lastenverteilung stattfindet. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist das Ergebnis der Konferenz von Kopenhagen enttäuschend und nicht befriedigend. Die Klimadebatte stellt eine Chance für die europäische Wirtschaft dar - Europa kann von einem Schub in Sachen Klimaschutztechnologien und Ökoinnovation profitieren und neue Arbeitsplätze schaffen.

Wichtig in den Augen der CDU/CSU-Parlamentarier ist jedoch, auch auf den Hintergrund der Debatte einzugehen. Die CO₂-Problematik stellt nur die Spitze des Eisberges dar, da es letztlich um Nachhaltigkeit geht. Die europäische Gesetzgebung muss sich daher intensiv auf

Ressourcenschonung, und damit verbunden um Effizienz kümmern. Auch sprechen sich die Abgeordneten in diesem Zusammenhang dafür aus, zukunftsweisende Technologien, wie zum Beispiel die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid (CCS) zu fördern, und somit Europas Position als zur führende Macht im Bereich Umweltinnovationen zu erhalten.

Die CDU/CSU-Gruppe im EP sieht es als eine wichtige Aufgabe an, gegen Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche nationale Umsetzung von Umweltgesetzgebung vorzugehen, da eine unterschiedlich strenge Umsetzung von Standards zu Lasten der Umwelt sowie zu Lasten der Mitgliedstaaten wie Deutschland geht, die in der Regel EU-Gesetzgebung sehr streng umsetzen.

Energieeffizienz

Um das ehrgeizige Ziel einer Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs durch den Einsatz von Effizienzmaßnahmen um 20 Prozent bis 2020 zu erreichen, hat sich die EU eine ehrgeizige Agenda im Bereich Energieeffizienz verordnet. Diese Agenda befindet sich auch mit dem kürzlich vorgelegten Energiekonzept der Bundesregierung im Einklang, das ebenfalls einen Schwerpunkt auf Energieeffizienzmaßnahmen setzt.

Gesetzesvorhaben der EU mit dem Ziel der Förderung von Energieeffizienz werden von den CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament unterstützt. In der



Förderung der Energieeffizienz liegt nach ihrer Meinung eine der Hauptchancen für die Erreichung der Zielsetzung beim Klimaschutz. Auch reduziert eine Steigerung der Energieeffizienz die Kosten für den Verbraucher. Die Abgeordneten setzten sich daher unter anderem für ein EU-Ökolabel für alle energierelevanten Produkte ein, da mehr Transparenz dem Verbraucher hilft, Energie zu sparen.

Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt auch das Vorhaben der Kommission unter Federführung von Kommissar Oettinger, die Energieeffizienz von Gebäuden zu fördern. Es gelang den Abgeordneten, die vorgeschlagene Richtlinie so zu entschärfen, dass die Bürger und Unternehmer knebelnde Regelungen vermieden werden konnten, die verabschiedeten Regelungen vernünftig und verhältnismäßig sind und große Sparpotentiale ohne übermäßige Bürokratie genutzt werden können.

Abgeordnete der CDU/CSU-Gruppe waren federführend bei der Erarbeitung der so genannten Ökodesignrichtlinie, die Energieeffizienzstandards für Geräte setzt. Ein Beispiel hierfür ist die Einführung strengerer Grenzwerte für den Standby-Betrieb, der von den Abgeordneten begrüßt wird. So kann der Stromverbrauch kostengünstig und ohne Kom-

fortverlust für die Bürger erheblich reduziert werden. Auch der Austausch von Glühbirnen gegen Energiesparlampen wird in der Sache von den Abgeordneten begrüßt, jedoch lehnt die Gruppe faktische Zwangsmaßnahmen von EU-Seite ab, und fordert, den Bürger beim Klimaschutz durch Energieeffizienzmaßnahmen einzubeziehen. Anreize müssen mehr auf nationaler Ebene erfolgen. Auch unterstreichen sie, dass der Import von Produkten, die nicht den europäischen Effizienzstandards entsprechen, streng von den Mitgliedstaaten kontrolliert werden muss, um die heimische Industrie zu schützen. In allen Diskussionen ist es für die Abgeordneten wichtig gewesen, den Bürger nicht durch übertriebene Auflagen unnötig bürokratisch zu belasten.

Im Industrieausschuss setzen sich die CDU/CSU-Abgeordneten dafür ein, die Informations- und Kommunikationstechnologien besser in die EU-Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung einzubinden, da hier ein großes Einsparpotential besteht.

Saubere Fahrzeuge fördern

Zur Verwirklichung der ehrgeizigen Klimaziele der EU hatte die Europäische Kommission im Bereich der Automobilindustrie Vorschläge vorgelegt, die Ziele für den Verkehrsbereich beinhalten, und künftige Grenzwerte für CO₂-Emissionen bei neuen PKWs und Nutzfahrzeugen vorsehen. Die Parlamentarier der CDU/CSU im Europäischen Parlament setzen sich bei den Verhandlungen zu diesen Gesetzgebungsvorschlägen für einen tragfähigen Kompromiss zwischen Klimaauflagen und künftiger Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und der europäischen Automobilindustrie ein. Insbesondere bei den noch laufenden Verhandlungen über Nutzfahrzeuge ist den Abgeordneten wichtig, dass der Gesetzesvorschlag nicht einseitig zu Lasten der kleinen Unternehmen und Handwerksbetriebe geht.

Dr. Peter Liese (CDU Nordrhein-Westfalen), Koordinator im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit

Die von der EU-Kommission vorgelegte Strategie zu energieeffizienten Vorschlägen wird von den CDU/CSU-Abgeordneten begrüßt, da diese in ihren Augen eine Zukunftschance für Europas Industrie darstellt - hierfür braucht die EU gemeinsame Standards. Allerdings dürfen dabei nach Meinung der CDU/CSU-Abgeordneten keine einzelnen Energiequellen bevorzugt werden, um das Marktpotential nicht zu verzerren.

Emissionshandel

Bei den Verhandlungen über die Erstellung einer Liste von Ausnahmen beim EU-weiten Emissionshandel, die darauf zielt, Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten europäischer Unternehmen aufzuheben, konnten die Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe gegen die Stimmen der Grünen und Teile der Sozialisten ihre Linie durchsetzen. Dies stellt sicher, dass die Industrie ihre dringend benötigte Planungssicherheit erhält. Die Lasten des Emissionshandels sollen auf mehrere Schultern verteilt werden. Daher unterstützen die Abgeordneten die Einbeziehung der Luft- und Seeschifffahrt in den Emissionshandel.

Bei der Verteilung der Zertifikate im EU-Emissionshandel soll das Ermessen der Mitgliedstaaten beschränkt werden, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen den einzelnen Ländern zu verhindern. Die Abgeordneten setzen sich in diesem Zusammenhang dafür ein, dass die Erlöse aus dem Emissionshandel weiterhin an die Mitgliedstaaten, und nicht direkt in den EU-Haushalt fließen.

Verbraucherinteressen wirkungsvoll vertreten

Die Europäische Union hat zum Ziel, den Verbraucher durch einheitliche Regelungen zu schützen. Hier hat die EU in vielen Punkten das Leben des Bürgers massiv erleichtert, jedoch findet zuweilen eine Überregulierung statt, die in den Augen der Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe vermieden werden muss.

Die CDU/CSU-Abgeordneten unterstützten in erster Lesung im Parlament eine EU-weite verpflichtende Lebensmittelkennzeichnung, die den Flickenteppich an nationalen Regelungen ersetzen soll. Allerdings sprechen sie sich gegen das sogenannte „Ampel-Modell“ aus, das den Verbraucher in vielen Fällen in die Irre führt. Stattdessen traten sie für eine deutliche Angabe in Form eines „Nährwertkastens“ mit Kalorienangabe auf der Verpackung ein. Die Irreführung des Verbrauchers durch Schrift oder Bild zum Beispiel über Inhaltsstoffe, Herkunft oder eigentliche Natur des Produkts soll unterbunden werden. Um die Hersteller von regionalen Spezialitäten nicht übermäßig bürokratisch zu belasten, sprachen sich die Abgeordneten für eine Ausnahme von der Kennzeichnungspflicht für nicht verpackte Frischprodukte, handwerklich hergestellte Produkte sowie Restaurantessen aus.

Gesundheit und Patientenrechte

Die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe haben im Mai 2010 eine Richtlinie über Qualitäts- und Sicherheitsstandards sowie einen Aktionsplan zur Organspende unterstützt, da durch eine europäische Koordinierung von Organspende und Transplantation die Zahl der Organspenden in Deutschland verdoppelt werden kann. In Zukunft können in der EU Patienten auch Organe aus anderen EU-Staaten erhalten und verfügbare Organe gehen nicht verloren, wenn im eigenen Land kein Empfänger bereit steht. Die CDU/CSU-Abgeordneten traten dafür ein,

Organhandel unter Beteiligung von EU-Bürgern stringent zu bekämpfen. Wichtig in dieser Frage ist uns, das Prinzip der freiwilligen und unentgeltlichen Spende in ganz Europa festzuschreiben.

Auch bezüglich der Mobilität von Patienten bietet Europa viele Vorteile für den Bürger. Daher haben sich die CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament immer für eine Richtlinie eingesetzt, die regelt, dass Patienten grenzüberschreitend Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen können. Wenn sich EU-Bürger in einem anderen Land behandeln lassen möchten, müssen sie demnach von der Krankenkasse denselben Betrag erstattet bekommen, wie bei einer Behandlung im Inland.

Die deutschen Anbieter im Gesundheitswesen könnten von der Richtlinie profitieren, da das deutsche Gesundheitssystem im europäischen Vergleich einen guten Ruf besitzt und daher aus deutscher Sicht zusätzliche Einnahmen durch Patienten aus anderen Ländern wahrscheinlich sind.

Im Falle von Patienten mit seltenen Krankheiten ist die Ermöglichung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung besonders wichtig, da die Behandlung und Diagnostik in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedlich fortgeschritten ist und hierdurch die Patienten bestmöglich versorgt werden können. Die Abgeordneten wenden sich allerdings gegen Tendenzen, das Gesund-

heitswesen europaweit zu harmonisieren - es muss sichergestellt werden, dass nicht in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten eingegriffen wird.

In der Debatte um eine europäische Pharmagesetzgebung sprachen sich die Abgeordneten der CDU/CSU für eine Verstärkung des Kampfes gegen gefälschte Arzneimittel und für eine bessere Überwachung von Nebenwirkungen aus. Auch unterstützten sie einen Gesetzesvorschlag zu informativeren und verständlicheren Beipackzetteln.

Biozide

In der Abstimmung über Biozide gelang es den Abgeordneten, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Praktikabilität zu vereinen. Produkte wie etwa Möbel und Stoffe sollen zukünftig nur noch mit in der EU zugelassenen und EU-weit einheitlich registrierten Bioziden behandelt werden und sind zu kennzeichnen. Gleichzeitig soll im Falle einer ernststen Bedrohung, etwa der öffentlichen Gesundheit, Umwelt oder Lebensmittelsicherheit gewährleistet sein, dass genug Produkte vorhanden sind, um eine ausreichende Vorsorge zu treffen.



Europas Rolle in der Welt

Die Europäischen Union kann ihrer Rolle in der Welt nur gerecht werden, wenn sie mit einer gemeinsamen außenpolitischen Stimme spricht. Wir brauchen eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um europäische Interessen wirksam in der Welt zu vertreten, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der EU zu gewährleisten und die Prinzipien von Frieden, Wohlstand und Solidarität aufrechterhalten zu können.

Der Vertrag von Lissabon hat die Voraussetzungen hierfür wesentlich verbessert. Die EU hat mit Catherine Ashton, der „Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“, jetzt eine Art europäische „Außenministerin“. Sie vertritt die EU mit dem im Aufbau befindlichen Europäischen Auswärtigen Dienst nach außen. Die Außen- und Sicherheitspolitik ist aber ein sehr sensibles Feld, so dass weitere Schritte hin zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ihre Zeit benötigen.

Transatlantische Beziehungen der Europäischen Union.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament unterstützt den Ausbau der transatlantischen Beziehungen der EU, die sie als Schlüssel zum Erfolg in einer globalisierten Welt sieht. Die Beziehungen zwischen Europa und den USA sind von herausragender Bedeutung. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten haben gemeinsam einen Anteil von 60 Prozent an der globalen Wertschöpfung. Auch deshalb haben beide Seiten eine besondere Verantwortung für globale Herausforderungen wie die notwendigen Reformen des Finanzsektors. Die CDU/CSU-Gruppe fordert daher beispielsweise, dass die neuen Eigenkapitalvorschriften für Banken („Basel III“) auch in den USA angewandt werden, damit sie nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen.

Neben der Schaffung eines gemeinsamen Marktes mit gemeinsamen Regeln muss die Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen auch den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, den Klimawandel oder die organisierte Kriminalität zum Ziel haben.

Eine gemeinsame Energiepolitik

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind in ihrem Energieverbrauch stark von Russland abhängig. 25 Prozent aller Gasimporte und 25 Prozent der Gas- und Ölimporte der EU-Mitgliedstaaten stammen aus Russland. Die Gestaltung einer gemeinsamen Energieaußenpolitik ist daher ein wichtiges Anliegen der CDU/CSU-Europaabgeordneten.

Michael Gahler
(CDU Hessen),

Koordinator im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung



Mit Hilfe einer solchen gemeinsamen Energieaußenpolitik kann eine Antwort auf die wachsende Abhängigkeit der EU von Drittstaaten im Bereich der Energielieferungen gefunden werden. Eine europäische Energiepolitik zielt nicht darauf, einzelne nationale Interessen in den Vordergrund zu stellen, sondern kann helfen, Versorgungsengpässe durch die Einrichtung von Warn- und Notfallmechanismen gemeinsam auf europäischer Ebene zu vermeiden.

Die CDU/CSU-Europaabgeordneten haben daher intensiv am Zustandekommen der EU-Verordnung zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung mitgewirkt. Diese Verordnung sieht EU-weite Notfallpläne für den Fall einer Versorgungskrise vor und trägt so zur Versorgungssicherheit bei. Wir setzen uns nicht nur innerhalb der Europäischen Union für Frieden, Freiheit und Demokratie ein, sondern treten auch außerhalb der EU für die Verbreitung dieser Werte ein.

Durch Teilnahme an Wahlbeobachtermissionen der EU übernehmen Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe Verantwortung für die Überwachung der Einhaltung demokratischer Werte und politischer Grundfreiheiten in Staaten, die noch am Anfang ihrer demokratischen Entwicklung stehen.



Wir unterstützen die „Union für den Mittelmeerraum“, mit der auch Mittelmeeranrainer z. B. in Nordafrika in die Mittelmeerpolitik der EU einbezogen werden. Langfristiges Ziel ist es, den Abstand zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Nachbarn im Mittelmeerraum unter Einbeziehung der Mithilfe aller EU-Mitgliedstaaten zu verringern. Wir begrüßen auch die 2009 gegründete „Östliche Partnerschaft“, die die Beziehungen der EU zu ihren direkten Nachbarn auf eine neue Grundlage stellt. Sie fördert die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Partnerländern und unterstützt zugleich deren politische und sozioökonomischen Reformen.

Gemeinsame Sicherheitspolitik

In der Vergangenheit haben die Mitgliedstaaten ihre Sicherheitsinteressen auf nationaler Ebene bestimmt. Inzwischen übernimmt die Europäische Union zunehmend Verantwortung nicht nur für zivile, sondern auch für militärische Auslandseinsätze wie z. B. in Zentralafrika oder bei der Marineoperation zum Schutz von Schiffen vor Piraten an der somalischen Küste.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament plädiert dafür, dass sich die Mitgliedstaaten auf gemeinsame europäische Sicherheitsinteressen einigen, um die Sicherheit in unserer Nachbarschaft, den Schutz der Außengrenzen, kritischer Infrastrukturen und wichtiger Handelswege sowie die Energieversorgung zu gewährleisten. Eine europäische Sicherheitsstrategie muss die traditionelle Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung überwinden, einen funktionierenden Verteidigungs- und Sicherheitsbinnenmarkt schaffen, europäisch strategische Ressourcen entwickeln und eine gemeinsame europäische Sicherheitskultur fördern.

Elmar Brok (CDU Nordrhein-Westfalen), Vorsitzender der USA-Delegation, mit dem ehemaligen Präsidenten der USA, **George Bush sen.**, im Oktober 2009

Gemeinsam Krisen meistern

Dr. Werner Langen
(CDU Rheinland-Pfalz), Vorsitzender der ASEAN-Delegation, mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der vietnamesischen Nationalversammlung im Dezember 2009

Dr. Angelika Niebler
(CSU), Vorsitzende der Arabien-Delegation, mit dem Kuwaitischen Außenminister, Scheich Sabah Al-Salem Al-Sabah, im März 2010

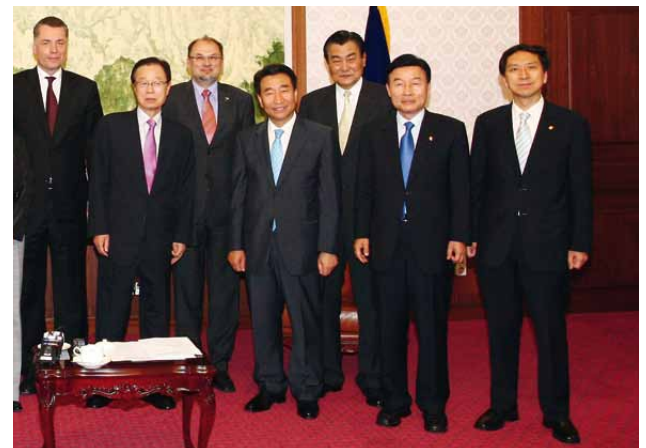
Dr. Christian Ehler
(CDU Brandenburg), Vorsitzender der Korea-Delegation, mit Mitgliedern der Koreanischen Nationalversammlung im Juni 2010

Die Europäische Union braucht dringend bessere Strukturen zur Krisenbewältigung und zur Durchführung ziviler und militärischer Friedenseinsätze. Dazu gehört die Einrichtung eines ständigen Zentrums zur operativen Planung und Leitung von EU-Operationen in Krisengebieten. Damit die Europäische Union besser auf weltweite Krisen reagieren kann, müssen die EU-Staaten in der Außen- und Sicherheitspolitik noch stärker als bisher zusammenarbeiten. Dies betrifft vor allem die Logistik und den Transport von zivilen und militärischen Helfern. Wir setzen uns daher für die Schaffung einer europäischen Lufttransportflotte auf Basis des Transportflugzeugs Airbus A400M sowie eine neue Generation von Beobachtungssatelliten ein.

„Parlamentarische Außenpolitik“

Das Europäische Parlament pflegt mit 35 Delegationen die Beziehungen zu den Parlamenten der Partnerländer der Europäischen Union. In den Begegnungen mit Parlamentariern aus anderen Ländern werden politische Entwicklungen und Chancen der Zusammenarbeit diskutiert, Erfahrungen und Probleme erörtert. Diese „parlamentarische Außenpolitik“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung der internationalen Beziehungen.

Die CDU/CSU-Abgeordneten treten im Rahmen ihrer Delegationsarbeit für die Förderung der Grundwerte der EU wie Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit in Drittländern ein. In fünf Delegationen stellt die CDU/CSU-Gruppe die Vorsitzenden (Arabische Halbinsel, ASEAN, Koreanische Halbinsel, Panafrikanisches Parlament, USA).





Menschenrechte schützen - Demokratisierung vorantreiben

Die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind Ziele der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

Das Europäische Parlament hat sich im Laufe der Jahre nie gescheut, Menschenrechtsverletzungen offen zu verurteilen, und der Unterdrückung von Minderheiten vehement entgegenzutreten. Die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe setzen sich dabei für einen friedlichen und konstruktiven Dialog mit Drittländern ein, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und den Demokratisierungsprozess in diesen Ländern zu beschleunigen.

In vielen Fällen wandte sich das EP gegen die Verletzung von Menschenrechten in der Welt. So verurteilten die Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe in den letzten Monaten Hinrichtungen und Verletzungen der Menschenrechte z. B. in Libyen, Nordkorea und dem Iran scharf.

Ein wichtiges Anliegen ist den Abgeordneten auch die Garantie von Religionsfreiheit als einem zentralen Begriff in der Menschenrechtspolitik. In diesem Zusammenhang rufen sie regelmäßig zu einer Ächtung der Christenverfolgung und der Verfolgung anderer Religionsangehörigen weltweit auf.

Wahlbeobachtungsmissionen

Die Europäische Union stellt regelmäßig Wahlbeobachtungsmissionen auf, die in Drittstaaten überwachen sollen, dass Wahlen oder Referenden frei und demokratisch ablaufen, und damit dazu beitragen, dass die Legitimität nationaler Wahlprozesse und das Vertrauen der Bevölkerung in die Wahlen gestärkt wird, Wahlbetrug vermieden wird, und dadurch Menschenrechte geschützt und aktive

Konfliktlösung betrieben wird. Seit 2000 hat die EU mehr als 60 Wahlbeobachter-Missionen entsandt. Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe waren bei vielen dieser Wahlbeobachtungsmissionen präsent. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments steuern bei der Wahlbeobachtung ihre Erfahrungen und die Sichtweise einer demokratisch gewählten Institution bei.

Sakharov-Preis

Der Sakharov-Preis für die Freiheit des Geistes wurde am 13. Dezember 1985 vom Europäischen Parlament ins Leben gerufen und nach dem russischen Kernforschungsphysiker und Friedensnobelpreisträger von 1975, Andrei Sakharov benannt. Mit ihm wird alljährlich eine Handlung oder ein Werk ausgezeichnet, das einen Bezug zur Achtung und zur Verteidigung der Menschenrechte aufweist. Der Preis trägt in entscheidendem Maße dazu bei, den Einsatz des Europäischen Parlaments für die Verteidigung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten in der ganzen Welt zu unterstützen.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament war maßgeblich an der Nominierung der Preisträger der letzten Jahre beteiligt. Im letzten Jahr wurde die russische Bürgerrechtsorganisation „Memorial“ mit dem Preis ausgezeichnet.

Menschenrechte in China

Ein Beispiel für eine klare Positionierung in Menschenrechtsfragen ist die China/Tibet-Politik des Europäischen Parlamentes. Das Europäische Parlament hatte in der Vergangenheit immer wieder die Gewaltexzesse Chinas gegenüber Tibetern scharf verurteilt. Mehrfach schon hat das Europäische Parlament die chinesische Regierung nachdrücklich aufgefordert, internationalen Forderungen nachzukommen und die Menschenrechtslage zu verbessern, sowie Demokratie, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Medien, politische und Religionsfreiheit in China zu garantieren. Die CDU/CSU-Gruppe fordert eine Fortsetzung des Dialogs der chinesischen Regierung mit dem Dalai Lama und ein Einlenken Pekings in Sachen Menschenrechte sowie die Gewährleistung von Informations- und Meinungsfreiheit innerhalb Chinas.

Nahost

Das Europäische Parlament nahm sich in der Vergangenheit auch immer wieder des Nahostkonflikts an - so forderten die Abgeordneten im Juni 2010 ein Ende der Gaza-Blockade und zugleich ein Ende der Angriffe auf Israel.

Humanitäre Hilfe

Die EU ist weltweit einer der wichtigsten Geber humanitärer Hilfe. Die Gewährung von EU-Katastrophenhilfe wird selbstverständlich in allen Fällen von den CDU/CSU-Abgeordneten unterstützt. So unterstützte die Union in den letzten Monaten zum Beispiel Pakistan, Haiti, Taiwan und Birma nach verheerenden Naturkatastrophen.

Energie – sicher, sauber, sozial

Die Europaabgeordneten der Union treten für eine dauerhaft sichere und ökologisch zu verantwortende Energieversorgung für die Länder Europas ein – zu fairen und für alle Bürger langfristig bezahlbaren Preisen.

Steigende Energiepreise, politische Instabilität in den Öl und Gas exportierenden Ländern und die Debatte über den Klimawandel haben die Energiepolitik zu einer großen politischen Herausforderung gemacht. Derzeit ist die EU und mit ihr Deutschland zu stark von Energie exportierenden Ländern abhängig. Unsere Gesellschaft ist auf sichere Energieversorgung angewiesen – im häuslichen Bereich ebenso wie im Verkehr oder in der Industrie.

Die Position der CDU/CSU-Europaparlamentarier ist daher klar: Die Politik muss sicherstellen, dass die Menschen in Europa weiterhin auf ausreichende Energiereserven zugreifen können. Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen ist nur durch einen zukunftssicheren Energiemix möglich, der sich aus regenerativen Energien, fossilen Energieträgern und Kernenergie zusammensetzt.

Daher wird das Energiekonzept der Bundesregierung und in diesem Zusammenhang die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke von den Europaabgeordneten ausdrücklich unterstützt.

Das Europäische Parlament hat sich auf Betreiben der Unionsabgeordneten mit überzeugender Mehrheit für die mittelfristige Nutzung der Kernenergie aus Energieversorgungssicherheits- und aus Klimaschutzgründen ausgesprochen. Auch die Braunkohle wird als fossiler Basis-Energieträger in der Stromerzeugung in Deutschland im Moment noch nötig bleiben, allerdings müssen in diesem Gebiet innovative und saubere Technologien wie zum Beispiel die Speicherung von CO₂ (CCS) entwickelt und unterstützt

werden. Auch Erdöl ist als mittelfristiger Energieträger wichtig, allerdings fordern die Unionsabgeordneten hier Notfallpläne sowie höchste weltweite Sicherheitsstandards für Tiefenbohrungen.

Erneuerbare Energien nutzen

Die Nutzung von erneuerbaren Energien vermindert nicht nur die Abhängigkeit von Energieeinfuhren aus häufig politisch instabilen Drittstaaten, sondern bieten auch zusätzliche Chancen für Wachstum und Beschäftigung. Um auf längere Sicht konventionelle Energieformen nach und nach durch erneuerbare Energien zuverlässig zu ersetzen, ist aus Sicht der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament darauf zu achten, dass die Entwicklung und Förderung von erneuerbaren Energien marktkonform geschieht. Es muss darauf geachtet werden, dass alle Möglichkeiten des Einsatzes von Biomasse, Windkraft, Wasserkraft, Solarenergie oder Geothermie genutzt werden, und zwar jeweils die Energieform, die am jeweiligen Standort am effizientesten einsetzbar ist. Daher darf die Union nicht einseitig eine Energieform fördern, sondern muss den Mitgliedstaaten Spielraum lassen. Insbesondere beim Energieträger Biomasse ist auf Nachhaltigkeit zu achten – es darf in diesem Sektor keine schädliche Konkurrenz zur Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel oder auf Kosten großer Waldflächen in den Schwellenländern geben. Aus diesem Grund begrüßen die Abgeordneten auch das neu zu schaffende EU-Logo für Biotreibstoffe.



Binnenmarkt für Energie stärken

Eine Stärkung des Energie-Binnenmarktes in der EU verspricht erhebliche Wettbewerbsimpulse und Preisvorteile für die Verbraucher. Die CDU/CSU-Europaabgeordneten unterstützten deshalb die Bemühungen der EU-Kommission zur Stärkung des Wettbewerbs. Es gelang den Abgeordneten, das von der EU-Kommission vorgelegte dritte Energiemarktpaket, das mehr Wettbewerb im Binnenmarkt zu Gunsten niedrigerer Verbraucherpreise und größerer Effizienz ebenso anstrebte wie die Verbesserung der Versorgungssicherheit hin zu einer starken Regulierung ohne Eingriffe in die Eigentumsordnung, bedeutend zu verbessern. Den Abgeordneten ist nun wichtig, dass das dritte Binnenmarktpaket konsequent und fristgerecht umgesetzt wird und nicht durch mangelnde oder verspätete Umsetzung durch die Mitgliedstaaten Wettbewerbsverzerrungen entstehen.

Versorgungssicherheit bei bezahlbaren Preisen

Energieversorgungssicherheit und auf Dauer bezahlbare Energiepreise müssen gleichberechtigt neben der Umweltverträglichkeit an die Spitze der energiepolitischen Agenda

rücken. Wohlstand, Sicherheit und Freiheit hängen stärker denn je davon ab.

Unter anderem aufgrund der immer wieder auftretenden Lieferengpässe muss die Europäische Union ihren Energiemix und ihre Lieferantenstruktur überdenken. In der Energiepolitik sind auch zunehmend außen- und sicherheitspolitische Anforderungen zu berücksichtigen. Die EU muss, um ihre Versorgungssicherheit zu gewährleisten, deutlich stärker als bisher gemeinsam auftreten und eine eigene Energiestrategie entwickeln. Insbesondere muss sie sich aus der einseitigen Abhängigkeit von Russland verabschieden. Daher unterstützen die CDU/CSU-Abgeordneten den schnellen Ausbau eines Europäischen Pipeline-Netzes (Nabucco und Nord Stream) sowie das Desertec-Projekt. An der Verordnung zur Erdgasversorgungssicherheit waren sie federführend beteiligt und konnten viele Verbesserungen zugunsten der Verbraucher erreichen: so setzten die Abgeordneten von CDU und CSU zum Beispiel durch, dass im Falle eines Notfalles die Versorgung von Privathaushalten Priorität haben muss.

Herbert Reul (CDU Nordrhein-Westfalen), Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

Forschung fördern - Werte achten

Um den Standort Europa weiter zu stärken, ist eine enge Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik unerlässlich. Nur so wird Europa auch künftig in den zukunftsfähigen Technologiebereichen weltweit Spitzenpositionen belegen und damit für Wirtschaftsaufschwung sorgen. Die Abgeordneten der CDU/CSU sehen es daher als Priorität an, Forschung auf europäischer Ebene zu fördern und zu unterstützen.

In manchen Gebieten der Forschung, wie zum Beispiel der Stammzellforschung, gibt es ethische Grenzen, die nicht ignoriert werden dürfen, damit es nicht zu einer Aufweichung der moralischen und rechtlichen Grundorientierung kommt.

Daher stellen wir uns einer „Forschung ohne Grenzen“ vehement entgegen. Ethische Grundprinzipien und Werte müssen gewahrt werden, da sie die Grundlage unserer Gesellschaft sind. Unter keinen Umständen darf die Würde des Menschen und seine unbedingte Schutzwürdigkeit angetastet und der menschliche Körper kommerzialisiert werden. Die CDU/CSU-Abgeordneten treten daher dafür ein, die Chancen der Gentechnik und Forschung als Schlüsseltechnologien zu sehen und zu nutzen, sie aber auf ein ethisches Fundament zu stellen.

Da sich in den letzten Jahren gezeigt hat, dass wesentliche Impulse für die Gentechnologie von Unternehmensgründungen aus dem Hochschulbereich ausgehen, setzen sich die CDU/CSU-Abgeordneten für eine deutliche Stärkung der Innovations- und Kompetenzzentren an den Wissenschaftsstandorten ein. Auch unterstützen sie das Europäische Technologieinstitut (EIT), das vor einiger Zeit seine Arbeit aufgenommen hat.

Gentechnik fördern – ethische Grenzen beachten

Um den Nutzen für die Menschen durch gentechnologische Entwicklungen zu mehren, spricht sich die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament generell für eine Förderung der Gentechnologie aus, betont aber immer, dass dabei insbesondere die Grundlagenforschung und die klinische Forschung unter Berücksichtigung ethischer Grenzen zu stärken ist.

Was die sogenannte grüne Gentechnik, das heißt die genetische Veränderung von Pflanzen, die im landwirtschaftlichen Bereich und in der Nahrungsmittelherstellung Anwendung findet, betrifft, so sprechen sich die Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament dafür aus, diese zu fördern, da sie einen zukunftsweisenden und vielversprechenden Technologiezweig und eine Schlüsseltechnologie für wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft in Europa darstellt.

7. und 8. Forschungsrahmenprogramm

Das 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP) ist das Hauptinstrument der Europäischen Union im Bereich der Forschungsförderung für die Jahre 2007 bis 2013. Zielsetzung des Programms ist, Wachstum und Beschäftigung durch Forschung und Innovation zu schaffen, und damit einen konkreten Beitrag zur Lissabon-Strategie zu leisten.

Umstritten war beim 7. Forschungsrahmenprogramm allerdings die Forschung an embryonalen Stammzellen. Bei den Verhandlungen positionierte sich die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament gegen eine Förderung von embryonaler Stammzellforschung, da eine Zerstörung von Embryonen zu Forschungszwecken aus ihrer Sicht ethisch inakzeptabel ist. Damit ist nach Auffassung der CDU/CSU-Abgeordneten auch eine Förderung gezielter Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken, sowie zu therapeutischen oder gewerblichen Zwecken ausgeschlossen. Auch setzten sich die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe stets für ein Verbot der Patentierung von embryonalen Stammzellen ein.

Für weitere Modifikationen am 7. FRP und der Ausgestaltung des 8. FRP, für das in den nächsten Monaten die Verhandlungen aufgenommen werden, liegt eine Priorität der CDU/CSU-Abgeordneten auf einer Vereinfachung der Regeln, Verkürzung der Bearbeitungs- und Abrechnungszeiten, sowie einer Erhöhung des Anteils der KMUs. Ferner fordern sie eine Stärkung der Schlüsseltechnologien, wie z. B. Informations- und Kommunikationstechnologie oder Nanotechnologien. Sie unterstützen daher auch den Europäischen Plan für Forschung und Innovation, den die Kommission für Ende 2010 angekündigt hat.

Klonen ist ein Irrweg

In der Frage, ob Klonen von Menschen oder Tieren sowie Eingriffe in die menschliche Keimbahn erlaubt werden sollen, beziehen die Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament eine eindeutige Position. In jeder Abstimmung zu diesem Thema, die im Europäischen Parlament stattgefunden hat, sprach sich die Gruppe geschlossen gegen gezielte Eingriffe in die menschliche Keimbahn aus, da hierdurch Erbanlagen dauerhaft und vererbbar manipuliert werden. Jede Form des Klonens leh-

nen die Abgeordneten ab. Zuletzt haben sie im Juli 2010 bei der Abstimmung zu einer Verordnung zu neuartigen Lebensmitteln erfolgreich daraufhingewirkt, dass das Europäische Parlament sich für ein Verbot des Klonens von Tieren für die Lebensmittelproduktion aussprach.

Tierversuchsrichtlinie

Während der Diskussionen über die EU-Tierversuchsrichtlinie machten die CDU/CSU-Abgeordneten immer wieder deutlich, dass es zwar aus Gründen des Tierschutzes verschärfte Standards für Tierversuche geben müsse, es auf der anderen Seite nicht sein dürfe, dass durch ein komplettes Verbot von Tierversuchen die einzige Alternative die Forschung mit embryonalen Stammzellen sei.

Bessere Bildung - bessere Chancen

Die Europäische Union und der europäische Einigungsprozess gründen sich unter anderem auf gegenseitigen Respekt und Verständnis der Menschen über nationale Grenzen hinweg. Dieser innere Zusammenhalt soll auch in Zukunft gefördert werden. Deshalb setzt sich die CDU/CSU-Gruppe dafür ein, dass die EU allen Menschen – ob jung oder alt – Unterstützung anbietet, sich grenzüberschreitend zu begegnen und voneinander zu lernen.

Lebenslanges Lernen

Da es den Arbeitsplatz auf Lebenszeit nicht mehr gibt, kann man sich nur mit lebenslangem Lernen für die heutigen Arbeitsbedingungen fit machen. Die Austauschmaßnahmen im Rahmen der Jugend- und Bildungsprogramme wie ERASMUS, COMENIUS und LEONARDO sowie die weiteren Aktivitäten im Rahmen des Programms „Lebenslanges Lernen“ tragen zu diesem Ziel bei. Rund sieben Milliarden Euro stehen in verschiedenen Programmen bis 2013 zur Verfügung.

Außerdem weist das Europäische Parlament mit dem Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ auf Bildung als wesentlichen Faktor für den künftigen Erfolg der Wissensgesellschaft und Wirtschaft hin. Die Verantwortung der allgemeinen und beruflichen Bildung liegt bei den Mitgliedstaaten, dennoch treffen Herausforderungen wie der demographische Wandel alle EU-Länder gleichermaßen. Aus diesem Grund wird die Entwicklung bereichsübergreifender Schlüsselkompetenzen wie der Umgang mit der digitalen Technik, das Erlernen von Fremdsprachen und sozialer Kompetenz eine besondere Bedeutung bekommen.

Um die Kluft zwischen dem Niveau der Hochschulabgänger und den beruflichen Anforderungen in den Unternehmen zu verringern, fördert die CDU/CSU-Gruppe die Idee, dass Hochschulen stärker mit Unternehmen zusammenarbeiten. Nur mit einer flexiblen Bildungspolitik und

qualifizierten Arbeitnehmern kann Europa wettbewerbsfähig bleiben. Daher setzen sich die Abgeordneten dafür ein, überall in der Gemeinschaft einen effektiven Zugang zu Lernmöglichkeiten zu eröffnen und alle Hindernisse auszuräumen, die sich der bildungsbezogenen Mobilität in den Weg stellen.

Jugendförderung

Besonders die aktuelle Wirtschaftskrise und der demographische Wandel stellen die Jugend von heute vor schwierige Herausforderungen. Mit der neuen EU-Jugendstrategie sollen jungen Menschen mehr Chancen in Bildung und Beschäftigung eröffnet, Jugendliche umfassend an der Gesellschaft beteiligt sowie das gesellschaftliche Engagement und die soziale Eingliederung junger Menschen in die Gesellschaft gefördert werden. Um dies zu erreichen ist es notwendig, dass die nationalen Regierungen in der Jugendpolitik stärker zusammenarbeiten, die Initiativen der Strategie umsetzen und entsprechende Maßnahmen in die jeweiligen nationalen und regionalen Politiken aufnehmen. Für die Erneuerung einer Gesellschaft und die Unterstützung der Ziele und Werte der EU ist es notwendig, das Potenzial junger Menschen zu fördern. Deshalb setzen sich die CDU/CSU-Abgeordneten für mehr Investitionen in das Lernen ein und unterstützen die Forderung einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, um hochwertige Bildungsmöglichkeiten zu schaffen und vielfältige Lernerfahrungen zu ermöglichen.

Allgemeine und berufliche Bildung

Im Zeitraum 2007 - 2013 stellt die EU rund sieben Milliarden Euro für lebenslanges Lernen bereit. Die wichtigsten Programme sind:

- **Leonardo da Vinci:** Berufsbildungsmaßnahmen, insbesondere Unternehmenspraktika für junge Arbeitnehmer und Ausbilder im Ausland; Kooperationsprojekte zwischen Berufsbildungseinrichtungen und Unternehmen
- **Erasmus:** Förderung der Studierendenmobilität und Hochschulzusammenarbeit: Seit seiner Einrichtung im Jahr 1987 haben bereits 1,5 Millionen Studenten am Programm teilgenommen. Das neuere „Erasmus Mundus“-Programm richtet sich an Graduierte und Akademiker aus der ganzen Welt, die einen Master-Abschluss im Rahmen von Studiengängen erwerben, die von Konsortien aus mindestens drei europäischen Universitäten angeboten werden.
- **Grundtvig:** Erwachsenenbildung, insbesondere transnationale Partnerschaften, Netzwerke und Mobilitätsmaßnahmen
- **Comenius:** Zusammenarbeit zwischen Schulen und Lehrkräften

Vielfalt bewahren – Austausch fördern

Europa ist stolz auf seine kulturelle Vielfalt. Auch wenn Sprache, Literatur, Theater, bildende Künste, Architektur, Kunsthandwerk, Film und Rundfunk regional oder national geprägt sein mögen, so sind sie doch gleichzeitig Teil des gemeinsamen europäischen Kulturerbes.

Die Europäische Union möchte diese Vielfalt erhalten, unterstützen und anderen näher bringen, denn die Basis der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas liegt in der Vielfalt aller Kulturen der 27 Mitgliedstaaten. Das Programm „Kultur“ ist eine der wichtigsten Initiativen der EU und hat sich inzwischen fest etabliert. Auch die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament misst diesem Bereich eine immens hohe Bedeutung bei und setzt sich dafür ein, dass es hier nicht zu Budgetkürzungen kommt. Nachdrücklich unterstützen die Abgeordneten die folgenden Initiativen auf europäischer Ebene:

Kulturhauptstädte

Ziel des Programms „Kulturhauptstädte“ ist es, die große Vielfalt der europäischen Kultur hervorzuheben, ohne dabei den gemeinsamen Ursprung zu vergessen. Jedes Jahr werden ein oder zwei europäische Kulturhauptstädte ausgewählt, die im Rahmen des Programms „Kultur“ finanzielle Unterstützung erhalten. Finanziert werden Ausstellungen und Veranstaltungen, die das kulturelle Erbe der Stadt und ihrer Umgebung herausstellen, sowie ein breites Spektrum von Aufführungen, Konzerten und anderen Darbietungen. Die Erfahrung zeigt, dass sich das Programm langfristig auf die Entwicklung von Kultur und Tourismus der ausgewählten Städte auswirkt. Ursprünglich sollte das Programm 2004 auslaufen, aber wegen seines großen Erfolgs wurde es um weitere 15 Jahre verlängert. Als Kulturhauptstädte 2010 wurden Pécs (Ungarn) und das Ruhrgebiet „RUHR2010“ ausgewählt.

Europäisches Kulturerbe-Siegel

Das Europäische Kulturerbe-Siegel soll das Zugehörigkeitsgefühl der europäischen Bürgerinnen und Bürger zur Europäischen Union anhand gemeinsamer Elemente der Geschichte und des Kulturerbes stärken, den Stellenwert der Vielfalt steigern und den interkulturellen Dialog fördern. Zu diesem Zweck sollen durch das Siegel Stätten, die in der Geschichte und beim Aufbau der Union eine wesentliche Rolle gespielt haben, besser bekanntgemacht und aufgewertet und die europäischen Bürgerinnen und Bürger eingehender mit ihrem gemeinsamen und zugleich vielfältigen Kulturerbe vertraut gemacht werden, insbesondere unter Bezugnahme auf die demokratischen Werte und die Menschenrechte, die das Fundament der europäischen Einigung bilden.

Lux-Preis

Der Film ist ein Kernstück des europäischen Kulturmodells. Daher zeichnet das Europäische Parlament mit dem Lux-Preis Filme aus, die in besonderer Weise die Universalität der europäischen Werte, die kulturelle Vielfalt und das Zusammenwachsen Europas veranschaulichen und damit die Reflexion und Diskussion über die künstlerische Auseinandersetzung zur europäischen Einigung anregen. Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt diese Initiative ausdrücklich.



„Europeana“ – Digitales Gedächtnis Europas

Derzeit können über die digitale Online-Bibliothek „Europeana“ mehr als sechs Millionen digitale Objekte, darunter Bücher, Zeitungen, Filme und Fernsehsendungen, aber auch Gemälde, Fotos und Karten sowie Musik angeschaut werden. Neben der Bereitstellung der Werke für die Allgemeinheit ist auch der Schutz derselben vor Katastrophen wie dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs oder dem Brand der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar explizit als Ziel genannt.

Bisher kommt die Mehrheit der Beiträge aus Frankreich. Deutschland - das „Land der Dichter und Denker“ - sollte sich die Chance nicht entgehen lassen, das deutsche Kulturgut im Internet für alle Menschen zugänglich zu machen.

Sprachenvielfalt

Die sprachliche Vielfalt ist ein kultureller und demokratischer Grundpfeiler der Europäischen Union. Sprachen öffnen Türen zu anderen Kulturen: Fremdsprachenkenntnisse eröffnen uns praktische Vorteile bei der kulturellen Verständigung, wenn wir in andere Länder der Union rei-

sen oder im Ausland arbeiten. Langfristig sollen die Bürger in Europa dazu ermuntert werden, zusätzlich zu ihrer Muttersprache noch zwei weitere Sprachen zu erlernen.

Sport fördern

Der Sport ist Teil der Entwicklung unserer Gesellschaft. Seine Strukturen sind entstanden, weil sich Männer und Frauen aus dieser Gesellschaft für seine Förderung und Verbreitung engagierten. Sport ist ein grenzüberschreitendes soziales Phänomen und vermittelt Werte wie Teamgeist, Fairness, Achtung von Regeln und Respekt dem Anderen gegenüber. Sport schlägt Brücken zwischen Kulturen und Nationalitäten, erleichtert die soziale Eingliederung von Behinderten, vermittelt Aktiven und Zuschauern ein Gefühl der Verbundenheit.

In den letzten Jahrzehnten konnte man in einigen Sportarten eine deutliche Professionalisierung und Kommerzialisierung erkennen. Der Sport ist auch zu einem Wirtschaftsfaktor geworden, der aber erst seit dem Vertrag von Lissabon über eine rechtliche Grundlage verfügt. Artikel 165 statet die EU erstmals explizit mit Zuständigkeiten im Sportsektor aus.

Die CDU/CSU-Gruppe ist der Meinung, dass der bisher eingeschlagene Weg der regelmäßigen Kontakte und des Austausches auch weiterhin der beste Weg ist, Autonomie und Selbstregulierung der Sportwelt zu gewährleisten. Das Europäische Parlament hat dies stets unterstützt. Rechtsakte oder gar Gerichtsurteile können nur ein letztes Mittel sein, wenn sich andere Lösungen nicht finden lassen.

Dr. h.c. Doris Pack
(CDU Saarland),
Vorsitzende des
Ausschusses für
Kultur und Bildung

Für Sparsamkeit und Effizienz in Europa

Um die Aufgaben in den unterschiedlichen Politikbereichen auszuführen, verfügt die Europäische Union über einen eigenen Haushalt. Haushaltspolitisches Ziel der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist es, die zur Verfügung stehenden Mittel effektiv, sparsam und den politischen Zielen entsprechend zu nutzen sowie Planungssicherheit zu schaffen.

Schwerpunkte des EU-Haushalts 2007-2013

Folgende Schwerpunkte wurden für den Zeitraum 2007 bis 2013 festgelegt: eine nachhaltige Entwicklung, die Unionsbürgerschaft und die Rolle der EU als globaler Akteur. Konkret bedeutet das, die Wettbewerbsfähigkeit und somit den Wohlstand Europas zu verbessern, die Wirtschaft und die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen zu fördern, den Begriff der Unionsbürgerschaft konkret auszugestalten sowie den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts weiterzuentwickeln.

Haushalt 2010

Der EU-Gesamthaushalt für das Jahr 2010 beträgt 141,5 Milliarden Euro. Noch nie wurden so viele Mittel für die Konjunkturbelebung bereitgestellt. Insgesamt 64,3 Milliarden Euro sind für die Konjunkturbelebung vorgesehen. Die Mittel für Spitzenforschung sind gegenüber 2009 um 11,7 Prozent gestiegen, die für intelligente Infrastrukturvernetzung sogar um 12,7 Prozent. Zum Vergleich: Der deutsche Bundeshaushalt für das Jahr 2010 sieht Ausgaben in Höhe von 319,5 Milliarden Euro vor.

Mehr Haushaltskompetenz für das Parlament

Der Vertrag von Lissabon bedeutet erhebliche Veränderungen in der Finanzarchitektur der EU. Im Hinblick auf den jährlichen Haushaltsplan besteht die wichtigste Ver-

änderung in der Aufhebung der Unterscheidung zwischen obligatorischen und nicht-obligatorischen Ausgaben, was bedeutet, dass Parlament und Rat in gleicher Weise für die gesamten Ausgaben der EU verantwortlich sind und gemeinsam darüber entscheiden. Das jährliche Haushaltsverfahren wird dadurch vereinfacht, das institutionelle Gleichgewicht gewahrt und die demokratische Kontrolle gestärkt.

Des Weiteren muss das Parlament künftig dem mehrjährigen Finanzrahmen der EU zustimmen. Darin fixiert die EU für mindestens fünf Jahre die jährlichen Obergrenzen für die einzelnen Ausgabenkategorien, den tatsächlichen Gesamthaushalt und dadurch auch die längerfristigen Prioritäten der EU.

Bei der Aufstellung des jährlichen Haushaltsplans der Union ist der mehrjährige Finanzrahmen einzuhalten.

Neue Kompetenzen erhält das Parlament auch im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. So wird der neu errichtete Europäische Auswärtige Dienst haushalts- und entlastungsrechtlich voll dem Parlament unterliegen.

Sonderausschuss des Parlaments

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am 16. Juni 2010 die Einsetzung eines Sonderausschusses zu den politi-



Durch diesen Ausschuss besteht zum ersten Mal die Möglichkeit, sich prioritär mit dem Haushaltsplan zu befassen - noch bevor die Kommission ihren Entwurf vorlegt. Die CDU/CSU-Gruppe ist mit sechs Abgeordneten im Sonderausschuss vertreten und wird sich dafür einsetzen, dass diese Chance genutzt und ein Papier mit klarer politischer Aussage erarbeitet wird.

Deutschland erhält Mittel aus Globalisierungsfonds

In zwei Fällen hat Deutschland aus dem 2006 eingerichteten EU-Globalisierungsfonds Hilfen erhalten. Fast 5,6 Millionen Euro stellte die EU für die von der Schließung des ehemaligen Nokia-Werkes in Bochum betroffenen über 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung. Weitere 6,2 Millionen Euro genehmigte die EU für 1.793 frühere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Automobilzulieferers Karmann. Diese Gelder sollen insbesondere für Umschulungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen verwendet werden. Die CDU/CSU-Gruppe begrüßt diese Entscheidung der EU, ganz konkret Menschen in der Arbeitslosigkeit zu helfen.

10 Jahre Amt für Betrugsbekämpfung

Die Arbeit des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) hat sich in den zehn Jahren seines Bestehens stetig verbessert und ist als europäische Einrichtung für die Betrugsbekämpfung inzwischen weltweit anerkannt. Inzwischen ist die Außenhilfe einer der Bereiche, in dem OLAF die meisten Fälle ausweist, auch wegen besonderer Anstrengungen bei der Prävention. Die CDU/CSU-Gruppe verlangt von der Kommission, endlich die Überarbeitung der Rechtsgrundlage von OLAF voranzutreiben, um das Amt angemessen auf die auf 27 Mitgliedstaaten angewachsene Union auszurichten.

Dr. Inge Gräßle
(CDU Baden-
Württemberg),
Kordinatorin im
Ausschuss für
Haushaltskontrolle

schen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013 beschlossen.

Innerhalb von zwölf Monaten soll der Ausschuss die politischen Prioritäten des Europäischen Parlaments für den mehrjährigen Finanzrahmen nach 2013 sowohl in legislativer als auch in haushaltstechnischer Hinsicht festlegen und eine Schätzung der finanziellen Mittel zur Umsetzung dieser Prioritäten erstellen. Zudem soll er sich zur Laufzeit des nächsten mehrjährigen Finanzrahmen äußern. Die bisherige Finanzperiode lief über sieben Jahre (2007-2013).

Abgesehen vom einzubindenden Klimawandel und der Strategie EU2020 werden in der kommenden Periode die Agrar-, die Regional- und die Fischereipolitik reformiert. Um alle Bereiche in die Beratungen einzubinden, gehören diesem Ausschuss Abgeordnete der von den neuen Haushaltsregeln am meisten betroffenen Ausschüsse an. Neben Haushalts- und Haushaltskontrollausschuss sind dies die Ausschüsse für Regionale Entwicklung, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Industrie/Forschung und Energie, Wirtschaft und Währung und Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.

Reimer Böge (CDU Schleswig-Holstein),
Koordinator im
Sonderausschuss zu
den politischen Herausforderungen und
den Haushaltsmitteln
für eine nachhaltige
EU nach 2013

Die CDU/CSU-Gruppe fordert eine sofortige Verbesserung der so genannten Transparenzinitiative der Kommission, also der Veröffentlichung von Subventionszuweisungen im Internet, um künftig klar zu erkennen, ob das Geld, welches bestimmte Bevölkerungsgruppen oder Regionen durch verschiedene Programme zur Verfügung gestellt bekommen, auch dort ankommt, wo es hin soll.

Auch bei der Verwaltung von Geldern, welche Entwicklungsländern zur Armutsbekämpfung sowie für Bildungs-, Gesundheits-, und Agrarprogramme bereitgestellt werden, besteht augenscheinlich Verbesserungsbedarf.

Ein Sonderbericht des Rechnungshofes stellt zudem fest, dass die sechs Exekutivagenturen, welche bis 2013 EU-Förderprogramme durchführen und überwachen, zu wenig ergebnisorientiert arbeiten.

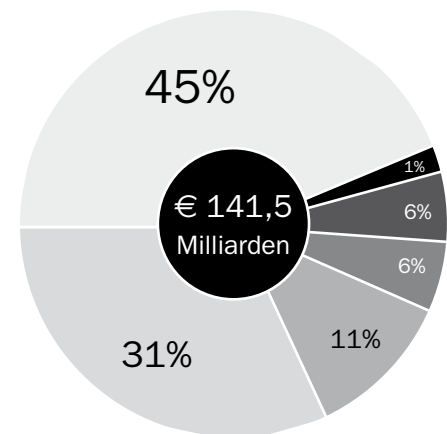


Positiv zu vermelden ist, dass der Rat im Jahr 2010 erstmals einen Bericht über seine interne Rechnungsprüfung zur Kontrolle an das Parlament übersendet hat und dadurch die Entlastungsrechte des Parlaments anerkennt.

Der Haushalt der Europäischen Union 2010

141,5 Milliarden Euro, davon:

- 45 % Nachhaltiges Wachstum
Wissensbasierte Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit,
Kohäsion und Chancengleichheit
- 31 % Moderne Landwirtschaft und qualitativ
hochwertige Lebensmittel
- 11 % Natürliche Ressourcen
Entwicklung des ländlichen Raums
- 6 % Ein globaler Akteur
Internationale Zusammenarbeit und Solidarität
- 6 % Sonstige Ausgaben, einschließlich Verwaltung
- 1 % Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht
Gesundheit und Verbraucherschutz, Kultur, Sicherheit und Migration





Leistungsfähige Landwirtschaft ermöglichen

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist seit den Römischen Verträgen 1957 die erste und bis heute bedeutendste Gemeinschaftspolitik der Europäischen Union. Die Ziele der GAP sind die Versorgung von rund 500 Millionen Menschen mit ausreichend qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, die Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft, die Stabilisierung der Märkte und die Sicherung eines angemessenen Einkommens der Erzeuger.

Die GAP hat sich in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich weiterentwickelt, leistet heute über die genannten Ziele hinweg auch in anderen Politikbereichen wichtige Beiträge und schafft Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Wirtschaftszweigen. Die letzte Reform der Europäischen Agrarpolitik liegt mittlerweile sieben Jahre zurück. Seither ist viel geschehen.

Die Europäische Union ist um zwölf Mitgliedstaaten und rund 100 Millionen Bürger angewachsen und sieht sich zusätzlich zu den bestehenden Zielen vor neuen Herausforderungen. Hierzu zählen unter anderen die Förderung der Biodiversität, der Bereich Energiesicherheit und erneuerbare Energien und die Bekämpfung des Klimawandels.

Angemessenes Budget - faire Mittelverteilung

Die GAP ist nach wie vor eine der wichtigsten Gemeinschaftspolitiken der Europäischen Union. Aufkommende Ideen, die zu einer Renationalisierung führen würden, hält die CDU/CSU-Gruppe nicht für einen zukunftsfähigen Ansatz. Dies widerspräche dem Gedanken der Integration Europas, führte zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen und wäre kontraproduktiv zur Verwirklichung des Binnenmarktes. Stattdessen muss die GAP in den heutigen wirtschaftlichen und politischen Gesamtkontext und in die Strategie „EU 2020“ eingeordnet werden, um auch in Zukunft eine der Prioritäten der EU zu bleiben.

Im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsverhandlungen setzen sich die Abgeordneten für ein angemessenes Agrarbudget ein, das sich an der bisherigen Höhe orientiert und die Zukunft der europäischen Landwirtschaft sichert.

Bei der künftigen Verteilung der Agrarmittel auf die Mitgliedstaaten wird sich die CDU/CSU-Gruppe dafür stark machen, dass der jetzige Verteilungsschlüssel angemessen berücksichtigt wird. Um Missbrauch zu verhindern, sollte künftig bei der Zuweisung von Agrarmitteln an die Mitgliedstaaten auch die Mittelzuweisung aus anderen EU-Politikbereichen an die Mitgliedstaaten Berücksichtigung finden (z. B. Mittel aus Kohäsions- und Strukturfonds).

Beibehaltung bewährter Strukturen

Die CDU/CSU-Gruppe fordert, auch in Zukunft an der bewährten Zwei-Säulen-Struktur der Agrarpolitik, also einerseits den Marktordnungen mit ihren Direktzahlungen und Maßnahmen und andererseits der Förderung der ländlichen Entwicklung, festzuhalten. Die Abgeordneten lehnen eine drastische Kürzung der Direktzahlungen aus der 1. Säule ab, da diese den Landwirten Planungs- und Einkommenssicherheit und eine Stabilisierung ihrer Betriebe garantieren. Zudem decken Direktzahlungen die hohen gesellschaftlich gewünschten Standards und öffentlichen Leistungen ab, die nicht über den Markt honoriert werden.



Die ländliche Entwicklung ergänzt die Maßnahmen der 1. Säule der GAP. Hier legt die CDU/CSU-Gruppe ihre Schwerpunkte auf folgende Bereiche: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe, Maßnahmen zum Erhalt der Landwirtschaft und Kulturlandschaft, Stärkung des Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutzes insbesondere durch Agrarumweltprogramme sowie Investitionsförderung und Ausgleichszulage, Stärkung und Sicherung der Wirtschaft und von Arbeitsplätzen und der Attraktivität ländlicher Räume. Die Abgeordneten halten eine verbindliche Koordinierung mit der Strukturförderung für erstrebenswert und setzen sich für die Beibehaltung der Kofinanzierung von Maßnahmen der 2. Säule ein. Im Interesse der europäischen Landwirte fordert die CDU/CSU-Gruppe, die Vorschriften zu Umwelt- und Tierschutz sowie Lebens- und Futtermittelsicherheit (Cross-Compliance) so einfach wie möglich zu gestalten und sich auf eine möglichst geringe Zahl von repräsentativen Kriterien zu konzentrieren.

Die Europäische Union hat in den vergangenen Jahren die Exporterstattungen massiv abgebaut und ist weltweit größter Importeur von Rohstoffen und Lebensmitteln aus Schwellenländern, was für diese von größter Bedeu-

tung ist. Diese Entwicklung muss im Zuge der laufenden WTO-Verhandlungen mit internationalen Handelspartnern und im Rahmen bilateraler Verhandlungen berücksichtigt werden. Des Weiteren muss gewährleistet sein, dass die Handelspartner der Europäischen Union unsere hohen Standards in den Bereichen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz anerkennen und diese in internationale Abkommen aufnehmen.

Die CDU/CSU-Gruppe weiß um die wichtige Rolle der europäischen Landwirtschaft und dass diese auf Dauer nur leistungsfähig sein kann, wenn sie auf den Prinzipien Nachhaltigkeit, Nahrungsmittelsicherheit und Verbraucherschutz basiert und dabei nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Bedürfnisse und Anliegen europäischer Landwirte aus den Augen verliert. Daher wird sich die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament bei den anstehenden Verhandlungen um die Reform der GAP dafür einsetzen, dass die europäischen Landwirte auch in Zukunft auf ein europäisches Agrarmodell bauen können, das sich auf eine ökonomische, ökologische und nachhaltige Landwirtschaft stützt.

EU-Konjunkturpaket: schnelle und unbürokratische Hilfe für den Agrarsektor und den ländlichen Raum

Die bäuerliche Landwirtschaft ist das Rückgrat vieler ländlicher Regionen. Sie bewirtschaftet nicht nur die Äcker und Felder, sondern trägt auch zum Erhalt unserer Kulturlandschaft bei. Die ernste Lage auf dem Agrarsektor und besonders bei den heimischen Milchbauern hat letztendlich zu außerordentlichen Maßnahmen geführt. Die Preisschwankungen bei Milchprodukten waren enorm und der Erzeugerpreis für Milch lag am Ende so niedrig, dass die Produktionskosten nicht mehr erwirtschaftet werden konnten.

Albert Deß (CSU),
Koordinator im
Ausschuss für
Landwirtschaft und
ländliche Entwicklung

Im Rahmen der Verhandlungen über den Haushalt 2010 befürwortete die CDU/CSU-Gruppe eine Erhöhung der Landwirtschaftsausgaben.

Milchfonds

So konnte die Forderung nach einem Milchfonds in Höhen von 300 Millionen Euro durchgesetzt werden, der unter anderem den Verkauf und die Vermarktung von Milch und Milchprodukten unterstützen soll. Knapp 500 Millionen Euro sind für Erstattungen für Milch und Milchprodukte vorgesehen, weitere 38 Millionen für Milchpulver, 60 Millionen Euro für Butter und 84 Millionen Euro für Schulmilchprogramme. Gegenüber 2009 wurden also zusätzliche Mittel von weit über 800 Millionen Euro für den Milchmarkt zur Verfügung gestellt.

Breitbandnetze für den ländlichen Raum

Neben der Hilfe für die Milchbauern genehmigten Rat und Parlament auch Fördermaßnahmen zum Ausbau von Breitbandnetzen im ländlichen Raum in Höhe von 420 Millionen Euro. Mit ihnen soll ein flächendeckender Zugang zu schnellen Internetleitungen möglich sein. Eine Maßnahme, die die CDU/CSU-Abgeordneten seit vielen Jahren fordern.

Reform der Fischereipolitik

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament befürwortet eine Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP), um Lösungen zu finden, die am stärksten geschädigten Bestände wieder aufzufüllen sowie sicherzustellen, dass die Fischerei, besonders die Familienbetriebe, weiterhin eine verlässliche Einkommensquelle haben. Das Reformpaket wird sich außerdem mit dem Problem der Flottenüberkapazität einiger Mitgliedstaaten beschäftigen.

Generell sollen Anreize für die Fischereipolitik geschaffen werden, künftig mehr Verantwortung bei der Durchführung der GFP zu übernehmen. Das „Prinzip der relativen Stabilität“, das den Mitgliedstaaten Gesamtfischmengen für jeden Fischbestand zuordnet, wird jedoch bis auf weiteres beibehalten.



Benachteiligte Regionen fördern

Die Europäische Union zählt zu den wohlhabendsten Gebieten der Welt. Dennoch bestehen zwischen ihren Regionen auffallende Unterschiede in Bezug auf Wirtschaftsstruktur, Pro-Kopf-Einkommen und berufliche Chancen.

Die Regionalpolitik, auch Kohäsionspolitik (kohäsiv = zusammenhaltend) genannt, überträgt Mittel von den wohlhabenden auf die ärmeren Regionen in der Europäischen Union und stellt somit ein Instrument der finanziellen Solidarität dar. Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen werden verringert und wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt gestärkt.

Auch in Deutschland leistet die EU-Strukturpolitik einen wichtigen Beitrag zur regionalen Entwicklung. Die „neuen Bundesländer“ erhalten im aktuellen Förderzeitraum gut 16 Milliarden Euro, insbesondere aus der so genannten Ziel-1-Gebietsförderung „Konvergenz“, welche besonders rückständige Regionen der EU unterstützt.

Die „alten Länder“ kommen auf 9,4 Milliarden Euro und profitieren vor allem von „Ziel 2“, der „Förderung regionaler Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“. In allen deutschen Grenzregionen gilt zudem das „Förderziel 3 zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“. Hier stehen 0,8 Milliarden Euro zur Unterstützung grenzüberschreitender Projekte wie die so genannten „Euregios“ zur Verfügung.

Je nach inhaltlicher Ausrichtung kommen die Mittel für die Projektförderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und/oder aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und werden an die Regierungen ausgezahlt. In Deutschland sind die Wirtschafts- und Sozialministerien unter Beteiligung anderer Ressorts (z. B. Umwelt, Wissenschaft, Bau) für die Umsetzung der EU-

Regionalförderung (Gelder aus EFRE und ESF) durch Landes- und Bundesprogramme zuständig. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird weitestgehend durch Regionalkooperationen der Grenzregionen bestimmt.

Zur EU-Strukturpolitik gehört auch die Förderung der „Ländlichen Entwicklung“. Diese wird in der laufenden Periode durch einen eigenen europäischen Agrarfonds (ELER) finanziert und über die nationalen bzw. regionalen Agrarministerien umgesetzt. Eine enge Abstimmung mit der Regionalförderung nach ESF und EFRE ist Vorgabe an die Mitgliedstaaten (Bundesländer) ebenso, wie die Koordinierung mit direkten EU-Sektorpolitiken der Kommission, etwa in den Bereichen Forschung (7. Forschungs-Rahmenprogramm), Verkehr (Transnationale Netze) oder Umwelt (LIFE+).

Effizienterer Mitteleinsatz

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament vertritt den Grundsatz, dass die Regionalpolitik eine Politik für alle Regionen Europas bleiben und ihre Umsetzung weiterhin in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegen muss. Generell gilt es, den europäischen Mehrwert stärker zu betonen. Europa darf nur noch dort fördern, wo Europa auch gebraucht wird. Deshalb sollen die EU-Gelder ab 2014 stärker in Abhängigkeit von Leistungsindikatoren vergeben und die Eigenverantwortung der Regionen durch eine höhere nationale Mitfinanzierung gesteigert werden. Die Abgeordneten erachten eine Verschärfung der Regeln ab der kommenden Finanzperiode z. B. durch

Sperrung der Strukturmittel für Länder, die mehrfach gegen die Konvergenzkriterien verstoßen haben, als dringend notwendig.

Die Förderung von Standortverlagerungen innerhalb Europas ist bereits durch die aktuell gültigen Verordnungen ausgeschlossen. Auch in Zukunft soll der Fördermittelmissbrauch mit Hilfe von stärkeren Kontrollen, Offenlegungspflichten und obligatorischen Zertifizierungen für Prüf- und Verwaltungsbehörden weiter zurückgefahren werden.

Die Strukturpolitik stellt mittlerweile den größten Anteil des EU-Haushalts dar. Die CDU/CSU-Gruppe achtet darauf, dass mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger sorgsam umgegangen wird.

Bewährte Strukturen mit neuen Inhalten

Die Abgeordneten setzen sich dafür ein, die Regionalpolitik ab 2014 inhaltlich neben dem Schwerpunkt Infrastrukturausbau stärker auf die Herausforderungen des demographischen Wandels, einer nachhaltigen Energieversorgung sowie auf umweltschonende Technologien auszurichten. Für eine Umsetzung der entsprechenden Strategie „EU 2020“ bietet die europäische Regionalpolitik bewährte nationale und regionale Strukturen. Aufkeimende Forderungen bezüglich EU-Fonds (Klima, Verkehr, Beschäftigung, Regionalforschung) lehnt die Gruppe rigoros ab, da diese die bestehenden Strukturen zerschlagen und die Programmplanung und Kontrolle noch stärker auf die Kommission konzentrieren würden.

Die Achtung des Subsidiaritätsprinzips ist einer der Grundsätze der Europäischen Union, den es auch und vor allem im Bereich der Regionalpolitik zu beachten gilt. In diesem Zusammenhang hat sich die CDU/CSU-Gruppe

auch in den vergangenen Monaten vehement gegen die zuletzt von der spanischen Ratspräsidentschaft propagierte Bodenschutzrahmenrichtlinie ausgesprochen.

Regionalpolitik im Zusammenhang mit Erweiterung

Bisher werden die europäische Kohäsions- und Erweiterungspolitik weitgehend isoliert voneinander gestaltet. Daraus resultieren zum Teil erhebliche negative Rückwirkungen. Zusätzlich ist in einigen Beitrittsländern eine ordnungsgemäße Verwendung der Heranführungshilfegelder anscheinend nicht gegeben. Dies ist vor dem Hintergrund des europäischen Solidaritätsgedanken und gegenüber den aktuellen Mitgliedstaaten der EU nicht vertretbar. In Zukunft muss darauf geachtet werden, dass die EU bei der Aufnahme neuer Mitglieder in der Lage bleibt, die „Dynamik der europäischen Integration zu erhalten“. Gerade mit Blick auf die Türkei, die bei aktueller Mittelverteilung als EU-Mitglied einen Anspruch auf fast 30 Prozent aller Kohäsionsausgaben hätte, wäre die Aufnahmefähigkeit der EU überfordert. Zudem bemängelt der letzte Bericht des Rechnungshofs offensichtlich ineffizient eingesetzte Gelder der Heranführungshilfe. Die CDU/CSU-Gruppe spricht sich für die Entwicklung eines regionalpolitischen Stufenkonzepts aus, welches Bestandteil einer besonderen Form der EU-Partnerschaft anstelle der Mitgliedschaft sein sollte.

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Jeder EU-Bürger kann sich innerhalb der Europäischen Union frei bewegen. Das Europäische Bürgerrecht ermöglicht, dass jeder Bürger leben, lernen und arbeiten kann, wo er möchte. Diese einmalige Möglichkeit auf Erweiterung des Horizonts und der Chancen der Bürger Europas muss abgesichert werden.

Daher baut die Europäische Union ihr Konzept des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts kontinuierlich aus. Eine engere Zusammenarbeit der Behörden stärkt Europas hohes Niveau an innerer Sicherheit und schützt die Bewegungsfreiheit jedes einzelnen EU-Bürgers. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat das Europäische Parlament auch im Bereich Justiz und Inneres und damit verbundenen Abkommen mit Drittstaaten Gesetzgebungskompetenzen bekommen.

Stockholmer Programm

Durch das Schengener Abkommen sind die Grenzkontrollen zwischen vielen EU-Staaten entfallen. Die Erweiterung des Schengenraumes ist daher eng verknüpft mit dem Stockholmer Programm, welches auf dem DeZembergipfel 2009 verabschiedet wurde und einen Fahrplan für die Weiterentwicklung der gemeinsamen Politiken der EU, unter anderen in den Bereichen Unionsbürgerschaft, innere und öffentliche Sicherheit, Asyl und Einwanderung, des Zivilrechts und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität beinhaltet und das vorher geltende Haager Programm ablöste.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat sich erfolgreich an der Ausgestaltung des Programms beteiligt und die gleichmäßige Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten und Bürgerrechten darin verankert. Besonders eingesetzt haben sich die Abgeordneten für einzelne wichtige Aspekte, wie den Schutz des Kindes und den Da-

tenschutz. Gleichzeitig appellieren die Abgeordneten aber auch im Bereich der Justiz- und Innenpolitik für die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Was die Mitgliedstaaten besser lösen können, müssen sie auch selber lösen – ohne europäische Regelungen.

Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat sich intensiv dafür eingesetzt, dass bei der Euphorie um den Wegfall der letzten Binnengrenzen in der Europäischen Union die Frage der Sicherheit nicht vernachlässigt wird. Bedingung für die Öffnung der innereuropäischen Grenzen war die Einführung des Schengener Informationssystems „SIS II“, das eine schnellere und effektivere Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden in Europa gewährleisten sollte. Diese absolut notwendige Vernetzung der Polizeibehörden kommt allerdings nur schleppend voran. Daher hat sich die CDU/CSU-Gruppe vehement dafür eingesetzt, dass der Rechnungshof einen Sonderbericht vorlegt und notfalls finanzielle Mittel gesperrt werden.

Kampf gegen Kinderpornographie

Die CDU/CSU-Abgeordneten unterstützen im Kampf gegen Kinderpornographie die Forderung nach EU-weiten Standards. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Neben der Kontaktaufnahme zum späteren sexuellen Missbrauchs, sollen vor allem die Produktion, die Verbreitung

und der Besitz sowie das gezielte Suchen und Betrachten von Kinderpornographie im Internet strafbar sein. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob die entsprechende Datei auf dem Rechner gespeichert wird oder nicht. In diesem Zusammenhang muss die EU in Erwägung ziehen, die Kompetenzen von Europol bei der Bekämpfung von Internetkriminalität zu stärken und auch vermehrt Druck auf Nicht-EU-Mitgliedstaaten ausüben, in denen Seiten mit kinderpornographischem Material verbreitet werden.

Illegale Zuwanderung bekämpfen

Im Hinblick auf eine effizientere Bekämpfung der illegalen Einwanderung definierte die CDU/CSU-Gruppe ihre Ziele folgendermaßen: Hilfe für die Flüchtlinge, harte Hand gegen Schleuser und eine Stärkung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX. Die EU-Bürger erwarten zu Recht ein entschlossenes Vorgehen gegen illegale Zuwanderung und eine Zerschlagung von Schleuserbanden. Jeder Flüchtling hat das Recht auf eine faire Behandlung und eine Einzelfallprüfung vor einer Rückführung. Echten Flüchtlingen muss Europa einen Schutzraum bieten, auch auf hoher See muss die Anwendung des Asylrechts sichergestellt sein.

Illegale Einwanderung lässt sich hingegen nur durch ein konsequentes und aufeinander abgestimmtes Durchgreifen aller EU-Staaten bekämpfen. Daher spricht sich die CDU/CSU-Gruppe für eine Weiterentwicklung des europäischen Asylrechts aus. Hier muss jedoch darauf geachtet werden, dass der erfolgreiche deutsche Asylkompromiss, der seit Mitte der 1990er Jahre zu einer immensen Reduzierung ungerechtfertigter Asylanträge geführt hat, nicht außer Kraft gesetzt wird.

Die Visapolitik ist ein wichtiger Baustein im Rahmen der Anbindung an die EU und die Nachbarschaftspoli-

tik. Mit diesem Instrument muss mit Blick auf geplante Visa-Erleichterungen sorgsam umgegangen werden. Der Wegfall der Visapflicht darf nicht nur politisch motiviert sein, auch die Fakten müssen zählen.

Freiheit schützen - Terrorismus bekämpfen

Organisierte Kriminalität, Terrorismus und international organisiertes Verbrechen machen nicht an nationalen oder europäischen Grenzen halt. Deshalb setzt sich die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament dafür ein, dass nicht nur innerhalb europäischer Grenzen Schutzmechanismen und die Zusammenarbeit ausgeweitet werden, sondern auch in enger Absprache mit Drittstaaten dem Terrorismus und der Kriminalität der gemeinsame Kampf angesagt wird.

So finden Verhandlungen zwischen der EU und den USA über die Speicherung von Fluggastdaten zu Strafverfolgungszwecken statt. Nach Ansicht der CDU/CSU-Gruppe soll genau festgelegt werden, welche Daten übermittelt werden und wie lange diese für welchen Zweck gespeichert werden. Auch wenn das Ziel einer verbesserten Zusammenarbeit der internationalen Sicherheitsbehörden oberste Priorität hat, darf dabei die Frage des Datenschutzes nicht vergessen werden.

Aus diesem Grund und mit seiner neuen Kompetenz aus dem Lissabonvertrag hat das Parlament im Februar das „SWIFT-Abkommen“ abgelehnt. Die CDU/CSU-Gruppe war maßgeblich daran beteiligt, dass das ursprüngliche Abkommen zwischen der EU und den USA über den Zugriff von grenzüberschreitenden Banküberweisungen, welches zu tiefen Eingriffen in die Privatsphäre der EU-Bürger geführt hätte, in wesentlichen Punkten verbessert wurde.

Das SWIFT-Abkommen, welches letztendlich am 1. August 2010 in Kraft trat, ist faktisch ein Übergangsabkommen, das in fünf Jahren ausläuft, wenn die EU bis dahin über ein eigenes Terrorist-Finance-Tracking-Programm verfügt. Die USA haben hierzu ausdrücklich ihre Hilfe angeboten. Die CDU/CSU-Gruppe wird sich auch in Zukunft für die Wahrung bewährter europäischer Datenschutzstandards einsetzen.

Eine weitere Voraussetzung für einen erfolgreichen gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus und das organisierte Verbrechen sind einheitliche Sicherheitsstandards an allen Flughäfen innerhalb der Europäischen Union. Nach Ansicht der CDU/CSU-Gruppe bringt eine verbesserte Technik alleine jedoch noch nicht mehr Sicherheit. Zielführender wären eine intensivere Zusammenarbeit der Behörden und ein ergänzender Informationsaustausch.

Stacked max. 9 layers

Stacked max. 9 layers

Stacked

CONTENTS 15x1Ltr.

CONTENTS 15x1Ltr.

CONT



ENRICHED WITH VITAMIN A AND D

PROD. 7/2006 EXP. 7/2008



GIFT OF EC / WORLD FOOD PROGRAMME

LF6189 10:45:00 003771



CONTENTS 15x1Ltr.

CO



TOP



Die Europäische Union – ein wichtiger Partner in der Welt

Es liegt im Interesse der Europäischen Union, Entwicklungsländer zu unterstützen. Bevölkerungsexplosion, Krankheiten (wie HIV, TBC oder Malaria), Unterernährung, Konflikte innerhalb und zwischen Staaten, Korruption sowie auch Migrationsbewegungen Richtung Europa stellen große Herausforderungen für alle Beteiligten dar.

Sechzig Prozent der Unterstützung der Entwicklungsländer kommt aus der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zahlten 2009 pro Bürger 93 Euro an Entwicklungshilfe. Dies liegt weit über der Hilfe pro Kopf der Bevölkerung der Vereinigten Staaten oder Japans. Die Europäische Union ist somit der weltweit größte Geber. Bis 2015 soll in allen Mitgliedstaaten der EU der Beitrag bei 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts liegen. Den Abgeordneten ist das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ sehr wichtig: Entwicklungszusammenarbeit, die langfristig wirken soll, setzt konsequente eigene Anstrengungen insbesondere vonseiten der politischen Entscheidungsträger und der Eliten in den Entwicklungsländern voraus.

Allerdings ist Entwicklungspolitik mehr als nur die Bereitstellung von sauberem Wasser und befestigten Straßen. Zur Förderung der Entwicklung nutzt die Union auch das Instrument des Handels, indem sie ihre Märkte für Ausfuhren aus Entwicklungsländern öffnet und diese ermutigt, den Handel untereinander zu verstärken.

Gemeinsam Lösungen erarbeiten

Besonders wichtig ist es der CDU/CSU-Gruppe in diesem Zusammenhang, sich mit ihren Kollegen aus den Entwicklungsländern auf gleicher Ebene zu begegnen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Aus diesem Grunde nehmen die Abgeordneten aktiv an so genannten Parlamentarischen Versammlungen und interparlamentarischen Dele-

gationen teil, die je zur Hälfte aus EU-Abgeordneten und aus Abgeordneten der jeweiligen Region bestehen. Ein Beispiel hierfür ist die Parlamentarische Versammlung mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik), in der Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe eine entscheidende Rolle spielen. Seit ihrer Gründung hat die AKP-Versammlung bereits eine ganze Anzahl von Initiativen ins Leben gerufen, die sich für wichtige Belange einsetzen, wie zum Beispiel verstärkte Konzentration auf die Situation von Frauen und den Umweltschutz im Entwicklungsprozess, die Ausweitung des Handels, die besondere Förderung von ländlichen Entwicklungsprogrammen, die verstärkte Bekämpfung von Epidemien sowie Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte.

Handelspartnerschaften für nachhaltiges Wachstum

Die Europäische Union hat schon vor langer Zeit erkannt, dass Handel das Wirtschaftswachstum und die Produktionskapazitäten der Entwicklungsländer steigern kann, ihre grundlegende materielle und soziale Infrastruktur verbessert sowie administrative und institutionelle Kapazitäten stärkt. Handelshilfe ist darauf abgestimmt, das Wirtschaftswachstum zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und Einkommenszuwächse zu bewirken. Sie leistet somit einen erheblichen Beitrag zur Verwirklichung des ersten Millenniumsentwicklungsziels, wonach der Anteil der Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen, halbiert werden muss.



Seit den 1970er Jahren senkte bzw. beseitigte die EU die Zölle für den überwiegenden Teil der Einfuhren aus Entwicklungsländern und hob auch die meisten Importquoten für diese Länder auf.

Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt aus diesem Grund auch einen verbindlichen Fahrplan zur Wiederaufnahme und Fortführung der Doha-Verhandlungen zur Liberalisierung des Welthandels.

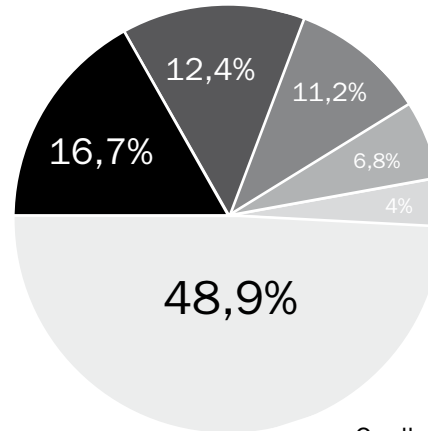
Beim Abschluss von Handelsabkommen ist die Einhaltung der Menschenrechte für uns nicht verhandelbar.

Daniel Caspary
(CDU Baden-Württemberg),
Koordinator im
Ausschuss für internationalen Handel

EU-Anteil am Welthandel 2008

Anteil der Gesamtausfuhren am Weltexport

■	16,7 %	Europäische Union
■	12,4 %	China
■	11,2 %	USA
■	6,8 %	Japan
■	4,0 %	Kanada
■	48,9 %	Sonstige



Quelle: Eurostat

Mehr Bürgernähe und Transparenz – Subsidiarität wahren

Subsidiarität ist das grundlegende Strukturprinzip der Europäischen Union. Es besagt, dass politische Entscheidungen auf europäischer Ebene nur dann zulässig sind, wenn das gewünschte Ziel nicht auf Ebene der Mitgliedstaaten erreicht werden kann. Dort, wo es keinen offensichtlichen europäischen Mehrwert gibt, ist keine europäische Gesetzgebung nötig.

Die CDU/CSU-Gruppe begrüßt daher ausdrücklich das im Lissabon-Vertrag vorgesehene Frühwarnsystem zur Wahrung der Subsidiarität und das Klagerecht der nationalen Parlamente. Seit dem Inkrafttreten des Reformvertrags im Dezember 2009 wird die Europäische Kommission stärker als früher gezwungen, bei der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen zu beachten, wie weit europäische Zuständigkeit reicht, und ab welchem Punkt auf die Entscheidungen der zuständigen Organe der Mitgliedstaaten vertraut werden kann.

Erstmals haben jetzt die deutschen Verfassungsorgane Bundesrat und Bundestag von den neuen nationalen Kontrollrechten auf EU-Ebene Gebrauch gemacht und Subsidiaritätsrüge gegen den Richtlinienvorschlag über Einlagensicherungssysteme eingelegt.

Das Prinzip der Subsidiarität wird bedauerlicherweise von Rat und Kommission nicht immer gewahrt. In der Vergangenheit gab es immer wieder Fälle, in denen offensichtlich gegen das Prinzip verstoßen wurde und von der Europäischen Union in Bereiche eingegriffen wurde, die von den Mitgliedstaaten selber geregelt werden müssen.

Die Abgeordneten der CDU/CSU im Europäischen Parlament sehen sich der Aufgabe verpflichtet, das Subsidiaritätsprinzip zu hüten. In ihren Augen ist eine stärkere Beachtung des Subsidiaritätsprinzips eine Bedingung für mehr Akzeptanz der EU bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Bodenschutz ist Aufgabe der Mitgliedstaaten

So widersetzen sich die CDU/CSU-Parlamentarier zum Beispiel vehement einer geplanten Bodenschutzrichtlinie, die in Deutschland weithin als eklatanter Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip gesehen wird, da Bodenverunreinigungen, um die es in der geplanten Richtlinie geht, lokaler oder regionaler Natur sind, und daher nicht von der EU geregelt werden dürfen. Für Grundstücksbesitzer in Deutschland würde der Kommissionsvorschlag einen enormen Bürokratieaufwand bedeuten, da sie beim Verkauf von Grundstücken jede Änderung der Nutzungsart gutachterlich untersuchen lassen müssten. Der Widerstand hatte Erfolg - die Bodenschutzrichtlinie liegt nach wie vor - auch auf Betreiben der deutschen Bundesregierung - auf Eis.

Auch in Sachen „Nichtraucherschutz“ betonten die Abgeordneten, dass entgegen manchen Forderungen aus anderen Fraktionen Europa keinerlei Regelungskompetenz für ein europaweites Rauchverbot am Arbeitsplatz und in öffentlichen Gebäuden habe. Einen Richtlinienentwurf der Kommission zu europäischen Betriebsrenten lehnen die Abgeordneten der CDU/CSU ebenfalls ab, da innerstaatliche Rentenregelungen nicht in die Kompetenz der Europäischen Union fallen.

Auch in Verhandlungen zu einer EU-Arbeitszeitrichtlinie für das Transportgewebe machen die Unionsabgeordneten immer wieder klar, dass diese nicht auf selbständige

Kraftfahrer ausgeweitet werden darf - dies würde einen massiven Eingriff in die Selbstbestimmung der Bürger darstellen, der nicht mit dem Subsidiaritätsgrundsatz in Einklang zu bringen ist. Gegen die vorgeschlagene Mutterschutz-Richtlinie kämpfen die Abgeordneten aus demselben Grund: der Entwurf der Kommission steht im Widerspruch zu dem sehr gut funktionierenden deutschen System. Die Kommission sollte dieses anerkennen, anstatt in die Souveränität der Mitgliedstaaten einzugreifen und unnötig Bürokratie aufzubauen.

Bürokratieabbau als Hauptziel

Entsprechend ihrer Grundüberzeugung von einem schlanken und effizienten Europa setzt sich die CDU/CSU-Gruppe für die Vermeidung überflüssiger Gesetze ein. Dementsprechend unterstützt die CDU/CSU-Gruppe die Tätigkeit der so genannten „High Level Group“ zum Bürokratieabbau mit Nachdruck. Das ehrgeizige Ziel, die Bürokratielasten in der EU bis 2015 um 25% zu senken, muss weiter verfolgt werden. Die CDU/CSU-Abgeordneten befürworten die bis dato von der High-Level-Gruppe vorgelegten Vorschläge und begrüßen die Verlängerung des Mandats von Edmund Stoiber als Leiter der Expertengruppe nachdrücklich. Auf den Bericht der „Stoiber-Gruppe“ folgte ein Vorschlag zur Entlastung von Kleinstbetrieben bei der Rechnungslegung. Hier setzten die CDU/CSU-Parlamentarier Änderungen an dem Richtlinienentwurf durch, die dazu führen, dass es für Betriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern in Zukunft weniger Bürokratie bei den Jahresabschlüssen geben wird und Kleinstbetriebe somit deutlich entlastet werden.

Verhaltenskodex für Kommissare

Um das Vertrauen der Bürger in die Institutionen der EU aufrechtzuerhalten, erachten es die Unionsabgeordneten

für notwendig, einen neuen Verhaltenskodex für die EU-Kommissare vorzulegen. Sie fordern, dass Kommissare nach Ende ihrer Amtszeit einer zweijährigen „Auszeit“ unterliegen, in der sie keine Beratertätigkeiten ausüben dürfen.

EU-Bürgerbegehren

Der Vertrag von Lissabon führte als eine der großen Neuerungen ein EU-Bürgerbegehren ein. Gemeinsam mit christlichen Initiativen und der Allianz für einen arbeitsfreien Sonntag starteten Abgeordnete der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament das erste europäische Bürgerbegehren für einen arbeitsfreien Sonntag.

Bürgerbeauftragter

Den CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament ist es besonders wichtig, dass der vom Parlament gewählte Europäische Bürgerbeauftragte intensiv mit dem Petitionsausschuss des Parlamentes zusammenarbeitet. Sie setzen sich dafür ein, dass dieser seine Arbeit als eine Dienstleistung am europäischen Bürger versteht und transparent und effektiv arbeitet.

Transparenz als leitendes Prinzip

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament fordert in allen Bereichen mehr Transparenz. So verabschiedete das Europäische Parlament zum Beispiel im Februar 2008 eine Entschließung zur Transparenz europäischer Ausgaben, die vorsieht, die Empfänger von EU-Subventionen offenzulegen. Diese Entschließung wurde von den Abgeordneten der CDU/CSU im Europäischen Parlament begrüßt, da sie dazu beiträgt, Klarheit über die Vergabe der EU-Strukturfonds zu schaffen.

Die Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe bei einem der regelmäßigen Treffen
mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 22. März 2010 in Berlin



Foto: Bundesregierung



Burkhard Balz

CDU Niedersachsen

geb. am 24.07.1969 in Lemgo; verheiratet, ein Kind - 1988 Abitur am Neuen Gymnasium in Stadthagen - 1988-1989 Grundwehrdienst bei der Heeresfliegerwaffenschule Achum - seit 1989 Mitglied der Christlich Demokratischen Union Deutschlands - 1989-2003 Beisitzer im Bezirksvorstand der CDU Hannover - 1989-1991 Ausbildung zum Bankkaufmann, Commerzbank AG Hannover - 1990-1996 Bezirksvorsitzender der Jungen Union Hannover - seit 1991 Mitglied des Stadtrates der Stadt Stadthagen; Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur - seit 1991 Mitglied des Kreistages des Landkreis Schaumburg, Vorsitzender des Personal- und Organisationsausschusses; Mitglied im Beirat der Kreisvolkshochschule Schaumburg - 1991-2000 Studium der Rechts- und Staatswissenschaft in Göttingen - 2000-2001 Commerzbank AG, Hannover und Frankfurt am Main; Trainee im Firmenkundenkreditgeschäft - 2001-2002 Commerzbank AG, Brüssel (Belgien); Referent im Verbindungsbüro zur Europäischen Union - 2002-2009 Commerzbank AG, Hannover, Firmenkundenbetreuer und Abteilungsleiter für Institutionelle Firmenkunden - 2002-2006 Kreisvorsitzender der CDU Schaumburg - seit 2003 stv. Bezirksvorsitzender der CDU Hannover - seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments - seit 2010 Mitglied des Landesvorstands der CDU Niedersachsen

Ausschussmitgliedschaft: Wirtschaft und Währung (ordentl. Mitglied, stellv. Koordinator); Verkehr und Fremdenverkehr (stellv. Mitglied); Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (ordentl. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Südostasia, ASEAN (ordentl. Mitglied); Volksrepublik China (stellv. Mitglied)



Reimer Böge

CDU Schleswig-Holstein

geb. am 18.12.1951 in Hasenmoor (Kreis Segeberg) - Diplom- agraringenieur - Landwirt - ehem. Präsident des Europäischen Rates der jungen Landwirte - ehem. Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des Landesjugendringes Schleswig-Holstein - seit 1997 stellv. Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holstein - 1994-2002 Vorsitzender des Bundesfachausschusses Agrarpolitik der CDU - 1999-2004 Erster Vizepräsident des Haushaltsausschusses - 2001-2004 ständiger Berichterstatter des Haushaltsausschusses für die Osterweiterung - seit September 2004 Generalberichterstatter des Europäischen Parlaments über die politischen Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union 2007-2013 - 2007-2009 Vorsitzender des Haushaltsausschusses - seit 1989 Mitglied des Europäischen Parlaments - seit 2010 Koordinator und Mitglied des Sonderausschusses zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013

Ausschussmitgliedschaft: Haushalt (ordentl. Mitglied); Auswärtige Angelegenheiten (stellv. Mitglied); Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union 2013 (Koordinator)

Delegationsmitgliedschaft: Australien und Neuseeland (2. stellv. Vorsitzender); Japan (stellv. Mitglied)



Elmar Brok

CDU Nordrhein-Westfalen

geb. am 14.05.1946 in Verl (Kreis Gütersloh) - verheiratet, 3 Kinder - stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages - CDU-Bezirksvorsitzender Ostwestfalen-Lippe - Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CDU Nordrhein-Westfalen - Mitglied des CDU-Bundesvorstandes - Vorsitzender des Bundesfachausschusses Außen-, Sicherheits- und Europapolitik der CDU - Mitglied des Parteivorstandes der Europäischen Volkspartei (EVP) und des EVP-Fraktionsvorstandes - Präsident der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) - Co-Vorsitzender des Transatlantic Legislators' Dialogue - Co-Vorsitzender des Deutsch-Ungarischen Forums - Vertreter des EP in den Regierungskonferenzen zum Vertrag von Lissabon, zum EU-Verfassungsvertrag (2003/2004) sowie zu den Verträgen von Amsterdam (1996/1997) und Nizza (2000) - Vorsitzender der EVP-Gruppe im EU-Verfassungskonvent - Außenpolitischer Koordinator der EVP-Partei - stellv. Mitglied im Europaausschuss des Deutschen Bundestages - seit 1980 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Auswärtige Angelegenheiten (ordentl. Mitglied, Koordinator); Konstitutionelle Fragen (stellv. Mitglied); UA Sicherheit und Verteidigung (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Vereinigte Staaten (ordentl. Mitglied, Vorsitzender); NATO (stellv. Mitglied); Türkei (stellv. Mitglied)



Daniel Caspary

CDU Baden-Württemberg

kath., geb. am 04.04.1976 in Karlsruhe, verheiratet, zwei Kinder - 1995 Abitur am Thomas-Mann-Gymnasium Stutensee - 1995-1997 Wehrdienst, Oberleutnant der Reserve - 1997-2002 Studium an der Universität Karlsruhe, Abschluss Technischer Diplomvolkswirt - zuletzt Handlungsbevollmächtigter bei der MVV Energie AG, Mannheim - 1999-2009 Stadtrat in Stutensee - 1999-2010 Kreispressesprecher der CDU Karlsruhe-Land - 1999-2002 stellv. Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württemberg - 2001-2008 Bezirksvorsitzender der Jungen Union Nordbaden - seit 2004 Mitglied im Bundesfachausschuss Europapolitik der CDU Deutschlands - seit 2006 Vorsitzender des Landesfachausschusses Europapolitik der CDU Baden-Württemberg - seit 2010 Kreisvorsitzender der CDU Karlsruhe-Land - seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments - seit 2008 Mitglied des Vorstands der EVP - Mitglied im Europaausschuss des Deutschen Bundestages - seit 2009 Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Internationalen Handel

Ausschussmitgliedschaft: Internationaler Handel (ordentl. Mitglied, Koordinator); Industrie, Forschung und Energie (stellv. Mitglied); Petition (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU (ordentl. Mitglied); Koreanische Halbinsel (stellv. Mitglied); Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika (stellv. Mitglied)



Albert Deß

CSU

geb. am 17.04.1947 in Röckersbühl - Landwirtschaftsmeister, röm.-kath.; verheiratet, 4 erwachsene Kinder - 1972-1996 Gemeinderat - seit 1978 Kreisrat - 1984-1996 2. Bürgermeister der Gemeinde Berggau und stellv. Landrat im Landkreis Neumarkt i. d. OPf. - 1990-2004 MdB und Mitglied im Agrarausschuss, Sprecher der CSU-Landesgruppe für Landwirtschaft, Verbraucher-, Umwelt- und Naturschutz, Energie und ländl. Raum - Mitglied im Fraktionsvorstand der CDU/CSU-Fraktion - Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Parlamentariergruppe - seit 1963 CSU-Mitglied - seit 1997 Mitglied im Landesvorstand der CSU - Landesvorsitzender der CSU-Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft - seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments - Mitglied des Europaausschusses des Deutschen Bundestages

Ausschussmitgliedschaft: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (ordentl. Mitglied, Koordinator); Internationaler Handel (stellv. Mitglied); Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union 2013 (ordentl. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika (ordentl. Mitglied); Südasien (ordentl. Mitglied); Parlamentarische Versammlung EURO-NEST (stellv. Mitglied); Ukraine (stellv. Mitglied)



Dr. Christian Ehler

CDU Brandenburg

geb. am 17.08.1963 in München - verheiratet, 3 Kinder - 1986-1991 Studium Journalistik/Politik/Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilian-Universität München, Ausbildung an der deutschen Journalistenschule München - 1989-1990 Studium Nationalökonomie an der American University Washington D.C., wissenschaftlicher Mitarbeiter im Finanzausschuss des US-Kongress - 1993 Promotion Dr. rer. pol. - seit 2000 Geschäftsführer co:bios Technologiezentrum GmbH (vormals Biotech GmbH) - 1999-2004 Mitglied des Landtages Brandenburg - seit 2000 Landesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Brandenburg - 2003-2006 stellv. Bundesvorsitzender der MIT der CDU Deutschlands - seit Mai 2003 Mitglied im Landesvorstand der CDU Brandenburg - 2003-2007 Vorstandsmitglied der SME Union Brüssel - seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments - seit 2006 stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament - seit 2007 Mitglied des Vorstandes der EVP-Fraktion

Ausschussmitgliedschaft: Industrie, Forschung und Energie (ordentl. Mitglied); UA Sicherheit und Verteidigung (ordentl. Mitglied); Auswärtige Angelegenheiten (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Koreanische Halbinsel (ordentl. Mitglied, Vorsitzender); Südostasia, ASEAN (stellv. Mitglied)



Markus Ferber

CSU

geb. am 15.01.1965 in Augsburg - Studium der Elektrotechnik - Tätigkeit bei der Siemens AG und bei Pfister GmbH (Bereich Umwelttechnik) - Kreisrat im Landkreis Augsburg - CSU-Bezirksvorsitzender in Schwaben - Landesvorsitzender der Europa-Union Bayern - stellv. Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages - Vorsitzender der CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion - Co-Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion - seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Wirtschaft und Währung (ordentl. Mitglied); Verkehr und Fremdenverkehr (stellv. Mitglied); Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika (ordentl. Mitglied); Mexiko (ordentl. Mitglied, 2. stellv. Vorsitzender); Israel (stellv. Mitglied)



Karl-Heinz Florenz

CDU Nordrhein-Westfalen

geb. am 22.10.1947 in Neukirchen-Vluyn (Kreis Wesel) - Kaufmann, Landwirtschaftsmeister - 1984-1990 Mitglied der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Neukirchen-Vluyn - seit 1987 Mitglied im Landesfachausschuss Umwelt und im Landes-Agrarausschuss der CDU NRW - seit 1989 Mitglied des Europäischen Parlaments - 1994-2004 Obmann im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament - 2004-2007 Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit - Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum Klimawandel

Ausschussmitgliedschaft: Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ordentl. Mitglied); Binnenmarkt und Verbraucherschutz (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Vereinigte Staaten (ordentl. Mitglied); Mexiko (stellv. Mitglied)



Michael Gahler

CDU Hessen

geb. am 22.04.1960 in Frankfurt a. Main - 1978 Abitur in Frankfurt-Höchst - 1979-1980 Zeitsoldat in Koblenz - 1981-1987 Jura-Studium in Mainz und Dijon - 1987-1990 Referendariat in Frankfurt, Hochheim und Brüssel - 1990-1991 Diplomatschule im Auswärtigen Amt - 1991-1993 Referent für internationale Umweltpolitik im Auswärtigen Amt - 1993-1995 Referent im Büro für auswärtige Beziehungen der CDU - 1995-1999 Referent für die baltischen Staaten und den Ostseerat im Auswärtigen Amt - seit April 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments - 2004-2007 stellv. Vorsitzender des Entwicklungsausschusses - seit 2006 Vorsitzender der Delegation Pan-Afrikanisches Parlament - 2007-2009 stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses - 1978 Eintritt in die Junge Union - 1981 Eintritt in die CDU - 1986-1989 Stadtverordneter in Hattersheim - 1989-2001 Kreistagsabgeordneter im Main-Taunus-Kreis - Vorsitzender des Landesfachausschusses Europa der CDU Hessen - seit 2010 Vizepräsident des Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland

Ausschussmitgliedschaft: Auswärtige Angelegenheiten (ordentl. Mitglied); UA Sicherheit und Verteidigung (ordentl. Mitglied, Koordinator); Verkehr und Fremdenverkehr (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Panafrikanisches Parlament (ordentl. Mitglied, Vorsitzender); Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU (ordentl. Mitglied); Afghanistan (stellv. Mitglied)



Dr. Inge Gräßle

CDU Baden-Württemberg

geb. am 02.03.1961 in Heidenheim-Großkuchen - 1982-1984 Redakteurin - 1984-1989 Studium der Romanischen Sprachen, Geschichte und Politikwissenschaft, Universität Stuttgart und Institut d'Etudes Politiques de Paris - Magister Artium - 1994 Promotion zum Dr. phil. - 1990 Gruppenleiterin Öffentlichkeitsarbeit in der CDU-Bundesgeschäftsstelle - 1995-1996 Sprecherin der Stadt Rüsselsheim - 1996-2004 Landtagsabgeordnete - seit 1999 Mitglied im Kreistag Heidenheim - Verwaltungsrätin des Südwestrundfunk SWR - Kreisvorsitzende der CDU Heidenheim - stellv. Bezirksvorsitzende der CDU-Nordwürttemberg - stellv. Landesvorsitzende der Frauen Union BW - Mitglied im CDU-Landesvorstand BW - Frauenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion - 2001-2004 stellv. Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion - seit 2006 Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament - seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Haushalt (ordentl. Mitglied); Haushaltskontrolle (ordentl. Mitglied, Koordinatorin); Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (stellv. Mitglied); Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013 (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Palästinensischer Legislativrat (ordentl. Mitglied); Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro und Kosovo (stellv. Mitglied); Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeerraum (stellv. Mitglied)



Monika Hohlmeier

CSU

geb. am 02.07.1962; verheiratet, zwei Kinder - 1981 Abitur - 1981-1983 Ausbildung zur Hotelkauffrau - seit 1984 stv. Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Marianne Strauß Stiftung - seit 1984 stv. Stiftungsratsvorsitzende der Marianne Strauß Stiftung - seit 1984 Schirmherrin der Multiple Sklerose Gesellschaft Landesverband Bayern - seit 1984 Mitglied des Stiftungsrats der Stiftung Pfennigparade - 1985-1986 Fremdspracheninstitut (Französisch/Spanisch) - 1985-2008 Vorsitzende der Landesbereitschaftsleitung im Bayerischen Roten Kreuz - ab 2005 Studium der Volkswirtschaft an der Fernuni Hagen - 1990-1996 Mitglied des Gemeinderats von Vaterstetten - 1990-2008 Mitglied des Bayerischen Landtages - 1991-1992 stv. Kreisvorsitzende der CSU-Ebersberg - 1993-1998 Staatssekretärin für Unterricht und Kultus - 1993-2003 stv. Parteivorsitzende der Christlich Sozialen Union - 1996 Vorsitzende des Vereins der Klosterfreunde des Klosters Waldsassen - 1997 Vorsitzende des Vereins Bürgertreff - 1998-2005 Staatsministerin für Unterricht und Kultus - 2003-2004 Bezirksvorsitzende der CSU München - seit 2006 Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Marianne Strauß Stiftung - seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Haushalt (ordentl. Mitglied); Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (stellv. Mitglied); Haushaltskontrolle (stellv. Mitglied); Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (ordentl. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Volksrepublik China (ordentl. Mitglied); Palästinensischer Legislativrat (stellv. Mitglied)



Dr. Peter Jahr

CDU Sachsen

geb. am 24.04.1959 in Burgstädt; verheiratet, vier Kinder - 1984 Abschluss als Diplomlandwirt - 1984-1988 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Leipzig - 1988 Promotion zum Dr. agr. - 1988-1990 Ökonom der LPG „Justus von Liebig“ in Taura - 1988-1990 Mitglied des DBD - seit 1990 CDU-Mitglied - 1990-1995 Geschäftsführer der Agrar GmbH Taura - seit 1995 Landwirt im Nebenerwerb - seit 1994 Stadtrat von Lunzenau - 1994-2008 Kreisrat im Landkreis Mittweida - 1995 bis 2007 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Mittweida - 1990-2002 Mitglied im Sächsischen Landtag - 2002-2009 Mitglied des Deutschen Bundestags - seit 2005 Vorsitzender des Evangelischen Schulvereins Lunzenau e.V. – seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Petition (ordentl. Mitglied, stellv. Koordinator); Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (ordentl. Mitglied); Haushalt (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Armenien, Aserbaidschan und Georgien (ordentl. Mitglied); Parlamentarische Versammlung EURO-NEST (ordentl. Mitglied); Irak (stellv. Mitglied)



Elisabeth Jeggler

CDU Baden-Württemberg

geb. am 21.07.1947 in Untermarchtal; verheiratet, 4 erwachsene Kinder - Meisterin der städtischen und ländlichen Hauswirtschaft, sowie Ausbilderin im Beruf Hauswirtschaft - Stellvertretende CDU Kreis- und Bezirksvorsitzende - Vorsitzende des Bezirksagrarausschusses Württemberg-Hohenzollern - Mitglied des Kreistages Biberach - Vorsitzende des Stiftungsrats der freien katholischen Schulen der Diözese Rottenburg-Stuttgart - stellvertretende Bezirksvorsitzende der CDU Württemberg-Hohenzollern - stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Biberach - stellvertretende Vorsitzende der Intergrup „Tierschutz“ - seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments - seit 2004 stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament - Mitglied des Bundesfachausschusses Agrarpolitik

Ausschussmitgliedschaft: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (ordentl. Mitglied); UA Menschenrechte (ordentl. Mitglied); Auswärtige Angelegenheiten (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Kanada (ordentl. Mitglied, 1. stellv. Vorsitzende); Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Mongolei (stellv. Mitglied)



Martin Kastler

CSU

geb. am 18.06.1974 in Nürnberg; verheiratet, zwei Kinder - Historiker (M.A.) - seit 1996 journalistische und publizistische Tätigkeit - 2004-2008 Referatsleiter Hanns-Seidel-Stiftung - Mitglied des Europäischen Parlaments: 2003-2004, seit 2008 - Vizepräsident der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Bioethik im EP - Initiator der Kampagne zur ersten europäischen Bürgerinitiative für den arbeitsfreien Sonntag (www.free-sunday.eu) - seit 2003 stv. CSU-Kreisvorsitzender von Schwabach - seit 1999 Mitglied im CSU-Bezirksvorstand Nürnberg-Fürth-Schwabach - seit 2002 Kreisvorsitzender der Paneuropaunion (PEU) und Mitglied des Landesvorstandes der PEU - seit 2010 Bundesvorsitzender der deutsch-tschechischen Ackermann-Gemeinde

Ausschussmitgliedschaft: Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (ordentl. Mitglied); Entwicklung (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (ordentl. Mitglied); Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU (stellv. Mitglied)



Christa Klaß

CDU Rheinland-Pfalz

geb. am 07.11.1951 in Osann - Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft - seit 1989 Mitglied der CDU - Mitglied im Kreistag Bernkastel-Wittlich - Vorsitzende des Landfrauenverbandes Rheinland-Nassau und Mitglied im Präsidium des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau - Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz - Mitglied im Bundesvorstand der Frauen Union - Vorsitzende der Frauen Union im Bezirk Trier - seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ordentl. Mitglied); Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (stellv. Mitglied); Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU (ordentl. Mitglied, 4. stellv. Vorsitzende); Mittelamerika (stellv. Mitglied)



Dr. Dieter-Lebrecht Koch

CDU Thüringen

geb. am 07.01.1953 in Weißenfels - Dipl.-Ing., Dr.-Ing. Architekt - seit 1985 Mitglied der CDU - 1990 Mitglied der Volkskammer - Referatsleiter der Landesvertretung Thüringen beim Bund - Mitglied der Europa Union - stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Weimar - Ehrenvorsitzender der Paneuropa-Union (PEU) in Thüringen - Landesvorsitzender der Europäischen Bewegung Thüringen e.V. - Mitglied des Bundesvorstandes der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) - 1991-1994 Abgeordneter mit Beobachterstatus im Europäischen Parlament - seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments - Mitglied im Ortschaftsrat Taubach - Mitglied des Direktoriums des ETSC - Vizepräsident der „Disability Intergroup“ - Vorsitzender der Subgroup „Verkehr und Fremdenverkehr“ (Intergroup „Klimawandel, Artenvielfalt und nachhaltige Entwicklung“) - Vorstandsmitglied der RKW-Thüringen e.V. - Kuratoriumsmitglied im Trägerwerk Soziale Dienste (TWSD) e.V. - Vorsitzender des Vereins „DocStop für Europäer“ e.V. - 1999 Bundesverdienstkreuz am Bande durch den Bundespräsidenten - 2007 „Amtsmanager“ durch die Wirtschaftskammer Österreich - 2008 „Goldener Dieselring“ durch den Verband der Motorjournalisten (VdM)

Ausschussmitgliedschaft: Verkehr und Fremdenverkehr (ordentl. Mitglied, 3. stellv. Vorsitzender); Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Japan (ordentl. Mitglied); Koreanische Halbinsel (stellv. Mitglied)



Werner Kuhn

CDU Mecklenburg-Vorpommern

geb. am 19.05.1955 in Zingst; verwitwet, 3 Kinder - 1961-1969 Polytechnische Oberschule Zingst - 1969-1973 Erweiterte Oberschule Barth - 1973 Abitur - 1973-1975 Grundwehrdienst - 1975-1979 Studium an der Universität Rostock, Sektion Schiffstechnik, Abschluss Diplom-Ingenieur - 1979-1990 berufliche Entwicklung in der Schiffbau- und Reparaturwerft Barth als Gruppenleiter Technologie, Rationalisierungsingenieur, Kalkulator - 1990-1992 Bürgermeister Ostseebad Zingst - 1992-1994 Landrat des Landkreises Ribnitz-Damgarten - 1994-1998 Mitglied des Deutschen Bundestages - 1999-2001 MGT Maschinen- und Gerätebau GmbH, Teterow, Vertriebsmanagement, Vorstandsbeauftragter für Anlagenbau in der DIEHL-Firmengruppe - 2001-2005 Mitglied des Deutschen Bundestages - seit 2005 selbständiger Unternehmer - 2006-2009 Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern - seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments - Präsident des DRK-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern - Mitglied des Landesvorstandes CDU Mecklenburg-Vorpommern

Ausschussmitgliedschaft: Verkehr und Fremdenverkehr (ordentl. Mitglied, stellv. Koordinator); Fischerei (ordentl. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU (ordentl. Mitglied); Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro und Kosovo (stellv. Mitglied)



Dr. Werner Langen

CDU Rheinland-Pfalz

geb. am 27.11.1949 in Müden/Mosel - Leutnant d. R. - Diplomvolkswirt, Dr. rer. pol. - 1975-1978 Projektleiter am Institut für Mittelstandsforschung - 1978-1983 Grundsatz- und Presse referent beim Minister für Wirtschaft und Verkehr in Mainz - 1983-1994 Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz, stellv. Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion - 1990-1991 Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz und Vorsitzender des Agrarausschusses des Bundesrates - 1981-1992 CDU-Kreisvorsitzender Cochem-Zell - 1992 und 1993 Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz - seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments - 1999-2006 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im EP - seit November 2006 Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Ausschussmitgliedschaft: Wirtschaft und Währung (ordentl. Mitglied); Industrie, Forschung und Energie (stellv. Mitglied); Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Südostasia, ASEAN (ordentl. Mitglied, Vorsitzender); Volksrepublik China (stellv. Mitglied)



Kurt Lechner

CDU Rheinland-Pfalz

geb. am 26.10.1942 in Kaiserslautern - Wehrdienst bei den Gebirgs- und Fallschirmjägern, Oberleutnant der Reserve - Studium Rechts- und Staatswissenschaften und Volkswirtschaft in München und Mainz - Erstes/Zweites Juristisches Staatsexamen - 1973-2006 Notar - 1971-1977 Landesvorsitzender der Jungen Union Rheinland-Pfalz - Mitglied im Landesvorstand der CDU Rheinland-Pfalz - 1976-1979 Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz - Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Kaiserslautern Stadt - seit 1993 CDU-Bezirksvorsitzender Rheinhessen-Pfalz - Vorsitzender des Freundeskreises der Universität Kaiserslautern e. V. - seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Binnenmarkt und Verbraucherschutz (ordentl. Mitglied); Recht (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Iran (ordentl. Mitglied, 1. stellv. Vorsitzender); Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (stellv. Mitglied); Maschrik (stellv. Mitglied)



Klaus-Heiner Lehne

CDU Nordrhein-Westfalen

geb. am 28.10.1957 in Düsseldorf - Studium der Rechtswissenschaften, Physik, Philosophie u.a. in Freiburg, Bonn, Köln und Düsseldorf - Zweites Juristisches Staatsexamen - Rechtsanwalt - ehem. Mitglied der Stadtbezirksvertretung Mitte in Düsseldorf - 1979-1984 Bürgermitglied in den Ausschüssen des Rates der Stadt Düsseldorf - 1984-1992 Ratsmitglied in Düsseldorf - 1992-1994 Mitglied des Deutschen Bundestages - seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments - seit 2003 Kreisvorsitzender der CDU Düsseldorf

Ausschussmitgliedschaft: Recht (ordentl. Mitglied, Vorsitzender); Wirtschaft und Währung (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Japan (ordentl. Mitglied); Irak (stellv. Mitglied)



Dr. Peter Liese

CDU Nordrhein-Westfalen

geb. am 20.05.1965 in Olsberg - Arzt, Promotion zum Dr. med. am Institut für Humangenetik der Universität Bonn - Tätigkeit in Mittelamerika (staatl. Krankenhaus und Entwicklungshilfeprojekte), Stationsarzt in einer Kinderklinik - anschließend Tätigkeit in einer Gemeinschaftspraxis - seit 1984 Mitglied der Jungen Union - seit 1987 Mitglied der CDU - 1991-1997 Bezirksvorsitzender der Jungen Union - 1989-1994 Mitglied des Rates der Gemeinde Bestwig - Mitglied im Landesvorstand der CDU - Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken - Vorsitzender der AG Bioethik der EVP-Fraktion - seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments - stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Ausschussmitgliedschaft: Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ordentl. Mitglied, Koordinator); Auswärtige Angelegenheiten (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika (ordentl. Mitglied); Mittelamerika (ordentl. Mitglied); Chile (stellv. Mitglied)



Thomas Mann

CDU Hessen

geb. am 28.01.1946 in Naumburg - Industriekaufmann - Kreativdirektor in der Kommunikations- und Werbebranche - 13 Jahre Stadtverordneter in Schwalbach - zehn Jahre im Bundesvorstand der CDU-Sozialausschüsse - seit 1977 Bezirksvorsitzender der CDA Untermain - sechs Jahre Bundesvorsitzender der Jungen Arbeitnehmerschaft und Mitglied des Deutschlandrates der Jungen Union - seit 1998 Vorsitzender des Landesverbandes Hessen der Europa-Union - seit 2003 stellv. Bundesvorsitzender der Europa-Union Deutschland, seit 1998 Mitglied des Präsidiums - seit 1999 Präsident der Tibet Intergroup des Europäischen Parlaments - seit 2004 Mitglied des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunks (HR) - seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (ordentl. Mitglied, 4. stellv. Vorsitzender); Wirtschaft und Währung (stellv. Mitglied); Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Südasien (ordentl. Mitglied, 2. stellv. Vorsitzender); Indien (stellv. Mitglied)



Prof. Dr. Hans-Peter Mayer

CDU Niedersachsen

geb. am 05.05.1944 in Riedlingen - Rechtsanwalt - Prof., Dr. iur., Dr. phil. - Studium der Rechtswissenschaften - 1968 Mitglied JU - 1971 Vorsitzender Stadtjugendring - 1975 Mitglied CDU und Mitglied im Stadtrat - 1975 selbständiger Rechtsanwalt - 1976 Mitglied Mittelstandsvereinigung - 1977 Vorsitzender eines Freien Katholischen Schulwerks - 1980 Prof. für Recht und Verwaltungslehre - 1984-1991 Vorsitzender Europa-Union Kreisverband Vechta - 1990 Rektor der Kath. Fachhochschule Norddeutschland - 1991 Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt - 1994 selbständiger Rechtsanwalt - 1995-1999 Landesvorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU e.V. von Sachsen-Anhalt und Mitglied im Bundesvorstand - seit 1995 Vorsitzender des Fachausschusses des Landesverbandes Oldenburg - 1995-1999 Ständiger Berater der AG Wirtschaft der CDU-Fraktion Sachsen-Anhalt - seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments - seit 2006 Mitglied des Vorstandes der CDU Niedersachsen

Ausschussmitgliedschaft: Binnenmarkt und Verbraucherschutz (ordentl. Mitglied); Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU (ordentl. Mitglied); Australien und Neuseeland (stellv. Mitglied); Panafrikanisches Parlament (stellv. Mitglied)



Dr. Angelika Niebler

CSU

geb. am 18.02.1963 in München - Dr. jur. - seit 1991 Rechtsanwältin - 1982-1987 Studium der Rechtswissenschaften - 1988/1991 Erstes/Zweites Juristisches Staatsexamen - Promotion an der Universität München - seit 1995 Mitglied des CSU-Bezirksvorstandes Oberbayern und seit 2009 Mitglied des CSU-Parteivorstandes - seit 2009 Landesvorsitzende der Frauen-Union Bayern - seit 1996 Mitglied des Ebersberger Kreistags - seit 2000 Mitglied des Fernsehates des Zweiten Deutschen Fernsehens - seit 1999 Parlamentarische Geschäftsführerin der CSU-Europagruppe und der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion - seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Industrie, Forschung und Energie (ordentl. Mitglied); Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (ordentl. Mitglied); Recht (stellv. Mitglied); Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union 2013 (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Arabische Halbinsel (ordentl. Mitglied, Vorsitzende); Südafrika (stellv. Mitglied)



Dr. h.c. Doris Pack

CDU Saarland

geb. am 18.03.1942 in Schiffweiler - Rektorin a. D. im saarländischen Kultusministerium - 1968-1976 Gemeinde- und Stadträtin - 1974-1983 und 1985-1989 Mitglied des Deutschen Bundestages - ehem. Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Westeuropäischen Union (WEU) - Präsidentin der Frauen in der EVP - Mitglied im ZDF-Fernsehrat - Mitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung - stellv. Vorsitzende der Deutschen Vereinigung der Europäischen Kulturstiftung (ECF) - stellv. Präsidentin der Europäischen Bewegung an der Saar - Präsidentin der saarländischen Volkshochschulen - Vorsitzende der Stiftung für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit - Vorsitzende der Europäischen Kinder- und Jugendbuchmesse - seit 1989 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Kultur und Bildung (ordentl. Mitglied, Vorsitzende); Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (stellv. Mitglied); Auswärtige Angelegenheiten (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro und Kosovo (ordentl. Mitglied); Kroatien (stellv. Mitglied)



Dr. Markus Pieper

CDU Nordrhein-Westfalen

geb. am 15.05.1963 in Lotte - Dr. rer. nat. - Dipl.-Geograph - 1983-1989 Studium der Geographie/Volkswirtschaftslehre/Raumordnung, Universität Hannover - 1989-1994 TROJE Kommunal- und Unternehmensberatung Hannoversch Münden, Projektleiter - 1994-2004 IHK Osnabrück, Geschäftsführer - 1995-2004 Lehrbeauftragter der Universität Osnabrück - seit 1997 Mitglied der CDU - 1998-2004 stellv. Vorsitzender des Verbandes für Sicherheit in der Wirtschaft Niedersachsens e.V. - 2000-2005 Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes Lotte, kooptiertes Vorstandsmitglied CDU-Bezirksvorstand Münsterland, MIT Bundes- und Landesvorstand, Mitglied im CDU-Landesvorstand NRW - seit 2004 stellvertretender Vorsitzender des Deutschland und Europapolitischen Bildungswerkes Nordrhein-Westfalen (DEPB) - seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Regionale Entwicklung (ordentl. Mitglied, 2. stellv. Vorsitzender); Industrie, Forschung und Energie (stellv. Mitglied); Haushaltskontrolle (stellv. Mitglied); Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union 2013 (ordentl. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Mongolei (ordentl. Mitglied); Südasien (stellv. Mitglied)



Dr. Hans-Gert Pöttering

CDU Niedersachsen

geb. am 15.09.1945 in Bersenbrück, zwei Söhne - Jurist - Dr. phil. - Honorarprofessor - Präsident des Europäischen Parlaments (2007-2009) - Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung - Vorsitzender der Arbeitsgruppe zum Nahen Osten im Europäischen Parlament - Mitglied im Präsidium der CDU Deutschlands (1999-2009), seitdem kooptiert im Bundesvorstand - CDU-Kreisvorsitzender im Landkreis Osnabrück (1990-2010) Vorsitzender des Kuratoriums zur Errichtung eines Hauses der Europäischen Geschichte - Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament (1999-2007) - Präsident der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer (2008) - ehem. europapolitischer Sprecher der JU Niedersachsen - ehem. Landesvorsitzender der Europa-Union Niedersachsen - ehem. Präsident der Europa-Union Deutschland - Mitbegründer des „Europäischen Karlspreises für die Jugend“ - als einziger Abgeordneter seit der ersten Direktwahl 1979 ununterbrochen Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Auswärtige Angelegenheiten (ordentl. Mitglied); Konstitutionelle Fragen (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Arabische Halbinsel (ordentl. Mitglied); Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (stellv. Mitglied); Vereinigte Staaten (stellv. Mitglied)



Bernd Posselt

CSU

geb. am 04.06.1956 in Pforzheim - Redakteur - Beratungstätigkeit beim EP - 1975 Gründer der Paneuropa-Jugend Deutschland und deren ehem. Bundesvorsitzender - seit 1998 Präsident der Paneuropa-Union Deutschland - Präsidiumsmitglied der Internationalen Paneuropa-Union - Landesvorsitzender der Union der Vertriebenen (UdV) in der CSU - bis 2004 Mitglied des Diözesanrates der Erzdiözese München und Freising, Initiator der Christlichen Europa-Tage im Kloster Andechs - ab 2000 Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft - seit 2008 Sprecher (oberster politischer Repräsentant) der Sudetendeutschen Volksgruppe - seit 2000 Mitglied im Parteivorstand der CSU - seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Auswärtige Angelegenheiten (ordentl. Mitglied); Kultur und Bildung (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Kroatien (ordentl. Mitglied); Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro und Kosovo (stellv. Mitglied)



Prof. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl

CDU Niedersachsen

geb. am 18.06.1947 in Etterbeek (B) - Dr. rer. nat. (Physikalische Chemie) - 1972-1973 Stipendiatin am Max-Planck-Institut für Biophysikalische Chemie - 1974-1978 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Medizinischen Hochschule Hannover - 1979-1989 akademische Rätin am Institut für Angewandte Sprachwissenschaft der Universität Hildesheim - seit 2009 Honorarprofessorin an der Stiftung Universität Hildesheim - 1990-1998 Mitglied im Bezirksvorstand Hildesheim - 1990-1996 Mitglied im Bundesvorstand der Frauen Union - seit 1990 Mitglied im Vorstand der CDU Niedersachsen - seit 1994 Mitglied im Vorstand der CDU Deutschlands - 1998-2002 Mitglied im Gesprächskreis Forschung und Innovation der CDU Deutschlands - seit 1989 Mitglied des Europäischen Parlaments - 1994-2007 Quästorin und Mitglied im Präsidium des EP - Vorsitzende des Beirates der Bischöflichen Stiftung „Gemeinsam für das Leben“ - Sprecherin der EVP in der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika

Ausschussmitgliedschaft: Internationaler Handel (ordentl. Mitglied); Auswärtige Angelegenheiten (stellv. Mitglied); UA Sicherheit und Verteidigung (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Andengemeinschaft (ordentl. Mitglied); Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika (ordentl. Mitglied); NATO (ordentl. Mitglied); Vereinigte Staaten (stellv. Mitglied)



Herbert Reul

CDU Nordrhein-Westfalen

geb. am 31.08.1952 in Langenfeld; verheiratet, 3 Töchter - Studienrat - 1975-1992 Mitglied im Rat der Stadt Leichlingen - 1985-2004 Mitglied des Landtags NRW, schulpolitischer Sprecher von 1985-1991 - stellv. Fraktionsvorsitzender bis 2000 - seit 1987 Mitglied des CDU Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen - 1990-2007 Kreisvorsitzender der CDU des Rheinisch-Bergischen Kreises - seit 2003 Bezirksvorsitzender CDU Bergisches Land - 1991-2003 Generalsekretär der CDU NRW - seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments - seit 2005 Mitglied im Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP) - seit 2005 stellvertretender Vorsitzender der CDU-NRW-Gruppe im EP - 2006-2009 Energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im EP - 2007-2009 stellvertretender Koordinator der EVP im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie - seit 2009 Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

Ausschussmitgliedschaft: Industrie, Forschung und Energie (ordentl. Mitglied, Vorsitzender); Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Volksrepublik China (ordentl. Mitglied); Russland (stellv. Mitglied)



Dr. Horst Schnellhardt

CDU Sachsen-Anhalt

geb. am 12.05.1946 in Rüdigershagen - Tierarzt, Dr. med. vet.
- 1970-1990 als Tierarzt tätig - 1990 Leiter des Veterinäramtes Halberstadt - seit 1990 Mitglied der CDU - 1990-1994 Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt - seit 1990 Mitglied im Landesfachausschuss Europa - Mitglied im Landesvorstand der CDU Sachsen-Anhalt - Mitglied im Bundesfachausschuss Europapolitik der CDU - 1994-1998 Stellvertreter des Landes Sachsen-Anhalt im Ausschuss der Regionen - Vizepräsident der Europäischen Bewegung Sachsen-Anhalt - stellv. Mitglied im Vorstand der Europäischen Volkspartei - seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ordentl. Mitglied); Entwicklung (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU (ordentl. Mitglied); Südasien (stellv. Mitglied)



Birgit Schnieber-Jastram

CDU Hamburg

geb. am 04.07.1946; verheiratet, zwei Kinder - bis 1966 Schulbesuch - bis 1979 Tätigkeit in Werbe- und PR-Agenturen sowie als Redakteurin in Verlagen- 1983-1994 Leitung des Hamburger Wahlkreis-büros des CDU-Bundestagsabgeordneten und Bundesministers der Verteidigung Volker Rühle - 1986-1994 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft - Vorsitzende des Sozialausschusses - 1993-1994 stv. Vorsitzende der CDU-Bürgerschaftsfraktion - seit 1992 stv. Landesvorsitzende der Hamburger CDU - 1994-2001 Mitglied des Deutschen Bundestags und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales - 2000-2001 Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion- 2001-2008 Präses der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz - 2004-2008 Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg - 2008-2009 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft - seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Entwicklung (ordentl. Mitglied, stellv. Koordinatorin) Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Türkei (ordentl. Mitglied); Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU (stellv. Mitglied)



Dr. Andreas Schwab

CDU Baden-Württemberg

geb. am 09.04.1973 in Rottweil - Dr. jur. - Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Freiburg und der Politik- und Wirtschaftswissenschaften am Institut d'Etudes Politiques de Paris - Master-Studiengang (LL.M.) an der University of Wales (Großbritannien) - 2002 Promotion an der Universität Freiburg - 2002 Mitarbeiter der Europaabteilung des Staatsministeriums Baden-Württemberg - 2003 Referent für Grundsatzfragen im Ministerium für Kultur, Jugend und Sport in Stuttgart - ehem. stellv. Vorsitzender der Jungen Union Südbaden - Mitglied im Bezirksvorstand der CDU Südbaden - Vorsitzender des deutsch-französischen Forums e.V., Freiburg - Mitglied Beirat Albert-Ludwigs-Universität Freiburg - Mitglied Vorstand Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg - seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Binnenmarkt und Verbraucherschutz (ordentl. Mitglied, Koordinator); Wirtschaft und Währung (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (ordentl. Mitglied); Israel (ordentl. Mitglied); Schweiz, Island, Norwegen sowie Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) (stellv. Mitglied)



Dr. Renate Sommer

CDU Nordrhein-Westfalen

geb. am 10.09.1958 in Bochum - Dipl.-Ing. agr. - Studium der Agrarwissenschaften und Promotion an der Universität Bonn - wissenschaftliche Angestellte Universität Bonn, Landwirtschaftliche Fakultät - Fachreferentin für Agrarpolitik, Deutsche Landjugendakademie (DLA) des Deutschen Bauernverbandes (DBV) in Bonn - bis September 1999 Stadtverordnete und stellv. Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion in Herne - seit 1993 Kreisvorstand/Kreisvorsitzende der CDU Herne - seit 1994 stellv. Vorsitzende der Europa-Union Herne - stellv. Landesvorsitzende der Europa-Union NRW - seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments - Mitglied des Vorstandes der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Ausschussmitgliedschaft: Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (ordentl. Mitglied); Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Türkei (ordentl. Mitglied); Maghreb (stellv. Mitglied); Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (stellv. Mitglied)



Dr. Thomas Ulmer

CDU Baden-Württemberg

geb. am 25.07.1956 in Karlsruhe - Facharzt für Allgemeinmedizin, Sportmedizin - 1976-1982 Studium der Medizin in Heidelberg, Mannheim und Freiburg - seit 1986 in eigener Praxis, Strahlenschutz, Betriebsmedizin, Verkehrsmedizin - seit 1984 Stadtrat in Mosbach - ehem. Mitglied Landesvorstand JU Baden-Württemberg - 1984-1994 und seit 1999 Kreisrat Neckar-Odenwald - seit 1994 stv. Kreisvorsitzender der CDU Neckar-Odenwald - seit 1999 Mitglied Bezirksvorstand der CDU Nordbaden - seit 2005 Mitglied Landesvorstand CDU Baden-Württemberg - seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Verkehr und Fremdenverkehr (ordentl. Mitglied); Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Schweiz, Island, Norwegen sowie Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) (ordentl. Mitglied, 2. stellv. Vorsitzender); Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU (stellv. Mitglied)



Sabine Verheyen

CDU Nordrhein-Westfalen

geb. am 24.10.1964 in Aachen; verheiratet, drei Kinder - 1983-1988 Studium der Architektur an der FH Aachen - seit 1990 Mitglied der CDU - 1994-2009 Mitglied im Rat der Stadt Aachen - seit 1999 Mitglied im Euregio-Rat - 1999-2009 Bürgermeisterin der Stadt Aachen - seit 2001 Mitglied im Landesvorstand der CDU NRW - seit 2002 Mitglied im Landesvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) - seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments - kommunalpolitische Beauftragte der CDU/CSU-Gruppe

Ausschussmitgliedschaft: Kultur und Bildung (ordentl. Mitglied); Regionale Entwicklung (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Südafrika (ordentl. Mitglied); Iran (stellv. Mitglied)



Axel Voss

CDU Nordrhein-Westfalen

geb. am 07.04.1963 in Hameln; verheiratet, zwei Kinder - 1984-1990 Jurastudium in Trier, München, Freiburg und Paris - 1991-1993 Referendariat u. a. am OLG Koblenz und beim Bundeswirtschaftsministerium im Referat EA 1, EG-Verletzungsverfahren - 1994-1995 Projektleitung/Redaktion zum europäischen Subsidiaritätsprinzip als Fernsehbeitrag für die CineDokumentFilm, München - 1994-2000 Bürgerberater der Europäischen Kommission, Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland - seit 1994 Rechtsanwalt - 2000-2009 Dozent an der FH Remagen für europäische Angelegenheiten - 2004-2009 Kreisvorsitzender der Bonner CDU - seit 2005 stv. Bezirksvorsitzender der CDU Bezirk Mittelrhein - seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (ordentl. Mitglied); Haushalt (stellv. Mitglied); Petition (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Chile (ordentl. Mitglied); Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika (ordentl. Mitglied); Mercosur (stellv. Mitglied)



Manfred Weber

CSU

geb. am 14.07.1972 in Niederhatzkofen (Lkr. Landshut) - Dipl. Ing. (FH) Physikalische Technik, Fachhochschule München - selbständiger Ingenieur und Gründung zweier Firmen - 1990 Wehrdienst in Neuburg/Donau - 2003-2007 Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern - seit 2008 Bezirksvorsitzender der CSU Niederbayern - seit 2009 Vorsitzender der CSU-Zukunftskommission - Mitglied im Parteivorstand und Präsidium der CSU - seit 2002 Mitglied im Kreistag Kelheim - 2002-2004 Mitglied des Bayerischen Landtags - seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments - 2006-2009 innenpolitischer Sprecher der EVP-ED-Fraktion - seit 2009 Stellv. Vorsitzender der EVP-Fraktion

Ausschussmitgliedschaft: Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (ordentl. Mitglied); Regionale Entwicklung (stellv. Mitglied); UA Menschenrechte (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Indien (ordentl. Mitglied); Andengemeinschaft (stellv. Mitglied)



Dr. Anja Weisgerber

CSU

geb. am 11.03.1976 in Schweinfurt - Dr. jur. - Studium der Rechtswissenschaften in Würzburg und Lausanne - Rechtsanwältin in Schweinfurt, Schwerpunkt: Öffentliches Recht, Umweltrecht - 1995 Eintritt in die Junge Union - 1997 Gründung JU-Ortsverband Schwebheim und Eintritt in die CSU - ehem. Bezirksgeschäftsführerin der JU Unterfranken, Beisitzerin im Kreisvorstand der CSU Schweinfurt-Land - seit 1999 Mitglied im Kreisvorstand der CSU Schweinfurt-Land - 1999-2001 Deutschlandrätin der JU Bayern, Leiterin des AK Umwelt der JU Bayern - 1999-2009 stellv. Bezirksvorsitzende der JU Unterfranken, Mitglied im Kreisvorstand der CSU Schweinfurt-Land - seit 2001 Mitglied in der Frauen Union - seit 2001 stv. Landesvorsitzende des AK Umweltsicherung und Landesplanung der CSU - 2002-2008 Gemeinderätin in Schwebheim - seit 2003 Mitglied im Landesvorstand der JU Bayern - Leiterin des AK Umwelt der JU Bayern - Beisitzerin im Bezirksvorstand der CSU Unterfranken - seit 2007 Mitglied im Landesvorstand der Frauen Union - seit 2008 Vize-Vorsitzende des Paralementskreises Mittelstand im Europäischen Parlament - seit 2008 Kreisrätin im Landkreis Schweinfurt - seit 2009 Bezirksvorsitzende der Frauen Union Unterfranken und Mitglied im CSU-Parteivorstand - seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ordentl. Mitglied); Binnenmarkt und Verbraucherschutz (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (ordentl. Mitglied); Maschrik (ordentl. Mitglied); Kanada (stellv. Mitglied)



Rainer Wieland

CDU Baden-Württemberg

geb. am 19.02.1957 in Stuttgart - verheiratet, 2 Kinder - Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen, Heidelberg und Stuttgart - Rechtsanwalt in Stuttgart - 1975-1980 JU Ortsvorsitzender Gerlingen - 1981-1983 JU Kreisvorsitzender Ludwigsburg - 1983-1991 Mitglied des CDU Bundesparteiausschusses - 1985-1988 stellv. Bezirksvorsitzender der JU Nord-Württemberg - 1990-1992 stellv. Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württemberg - seit 1991 Vorstandsmitglied des CDU Bezirksverbandes Nord-Württemberg - seit 1993 Vorsitzender des CDU Kreisverbandes Ludwigsburg - 1984-1998 Mitglied des Gemeinderates der Stadt Gerlingen - 1994-1998 Mitglied des Kreistages des Landkreises Ludwigsburg - seit 1994 Mitglied der Regionalversammlung des Verbandes Region Stuttgart - seit 1997 Mitglied des Europäischen Parlaments - seit 2001 Landesvorsitzender der überparteilichen Europa-Union Baden-Württemberg - seit 2004 Vorsitzender der Landesgruppe der CDU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg - seit 2006 Mitglied des Präsidiums der CDU Baden-Württemberg - seit 2006 Mitglied im ZDF-Fernsehrat als Vertreter der Europa-Union Deutschland - seit 2008 Vizepräsident der Europäischen Bewegung International - seit 2009 Vizepräsident des Europäischen Parlaments - Mitglied des Präsidiums des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Recht (ordentl. Mitglied); Petition (ordentl. Mitglied); Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU (ordentl. Mitglied); Moldau (stellv. Mitglied)



Hermann Winkler

CDU Sachsen

geb. am 22.04.1963 in Grimma; verheiratet, zwei Kinder - bis 1988 Studium an der TU Magdeburg, Abschluss Dipl.-Ing. - 1988-1990 Entwicklungsingenieur im Chemieanlagenbau - Leipzig - Grimma - 1990-1991 stv. Bürgermeister der Stadt Grimma - 1990-1999 Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Grimma - 1990-2007 Mitglied des CDU-Kreisvorstandes Muldentalkreis - 1990-2009 Mitglied des Sächsischen Landtages - 1992-1995 Landesvorsitzender der Jungen Union Sachsen - 1998-2004 Präsident des Landessportbundes Sachsen - 2001-2004 Generalsekretär der Sächsischen Union - 2004-2007 Staatsminister und Chef der Staatskanzlei - 2005-2007 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Muldentalkreis - seit 2007 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Leipzig - seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausschussmitgliedschaft: Regionale Entwicklung (ordentl. Mitglied); Industrie, Forschung und Energie (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Parlamentarische Versammlung EURO-NEST (ordentl. Mitglied); Ukraine (ordentl. Mitglied); Belarus (stellv. Mitglied)



Joachim Zeller

CDU Berlin

geb. am 01.07.1952 in Oppeln (polnisch Opole) in Oberschlesien; verheiratet, vier Kinder - 1959 Übersiedlung in die damalige DDR - 1959-1971 Schulbesuch in Luckenwalde, Abschluss mit dem Abitur - 1971-1973 Grundwehrdienst - 1973-1977 Studium der Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin - 1975-1976 für zwei Semester an der Jagiellonen-Universität zu Krakow (Polen), Abschluss als Diplom-Sprachmittler - 1977-1992 Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin - 1990-1992 Ehrenamtliche politische Tätigkeit als Bezirksverordneter in der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin Mitte zu Berlin - 1992 Wahl zum hauptamtlichen Bezirksstadtrat für Umwelt und Gesundheit - 1995 auch für Stadtplanung und Bauaufsicht im Bezirksamt Mitte von Berlin - 1996-2006 Bezirksbürgermeister im Bezirk Mitte von Berlin - 2006-2009 stv. Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat für Wirtschaft, Immobilien und Ordnungsamt im Bezirk Mitte von Berlin - seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments - Ehrenamtliche Parteifunktionen u.a. 1990-1999 Kreisvorsitzender der CDU Berlin Mitte - 1991-2009 Mitglied im Landesvorstand der Berliner CDU, darunter von 2003-2005 Landesvorstand der Berliner CDU

Ausschussmitgliedschaft: Regionale Entwicklung (ordentl. Mitglied); Verkehr und Fremdenverkehr (stellv. Mitglied); Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union 2013 (stellv. Mitglied)

Delegationsmitgliedschaft: Russland (ordentl. Mitglied); Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Mongolei (stellv. Mitglied); Parlamentarische Versammlung EURO-NEST (stellv. Mitglied)

Die 42 CDU/CSU-Europaabgeordneten nach Bundesländern:

Baden-Württemberg

Caspary, Daniel
Dr. Gräßle, Inge
Jeggle, Elisabeth
Dr. Schwab, Andreas
Dr. Ulmer, Thomas
Wieland, Rainer

Bayern

Deß, Albert
Ferber, Markus
Hohlmeier, Monika
Kastler, Martin
Dr. Niebler, Angelika
Posselt, Bernd
Weber, Manfred
Dr. Weisgerber, Anja

Berlin

Zeller, Joachim

Brandenburg

Dr. Ehler, Christian

Hamburg

Schnieber-Jastram, Birgit

Hessen

Gahler, Michael
Mann, Thomas

Mecklenburg-Vorpommern

Kuhn, Werner

Niedersachsen

Balz, Burkhard
Prof. Dr. Mayer, Hans-Peter
Dr. Pöttering, Hans-Gert
Prof. Dr. Quisthoudt-Rowohl,
Godelieve

Nordrhein-Westfalen

Brok, Elmar
Florenz, Karl-Heinz
Lehne, Klaus-Heiner
Dr. Liese, Peter
Dr. Pieper, Markus
Reul, Herbert
Dr. Sommer, Renate
Verheyen, Sabine
Voss, Axel

Rheinland-Pfalz

Klaß, Christa
Dr. Langen, Werner
Lechner, Kurt

Saarland

Dr. h.c. Pack, Doris

Sachsen

Dr. Jahr, Peter
Winkler, Hermann

Sachsen-Anhalt

Dr. Schnellhardt, Horst

Schleswig-Holstein

Böge, Reimer

Thüringen

Dr. Koch, Dieter-Lebrecht

CDU/CSU-Abgeordnete in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments

Ausschüsse	ordentliches Mitglied	stellvertretendes Mitglied
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	BROK (Koordinator), GAHLER, PÖTTERING, POSSELT	BÖGE, EHLER, JEGGLE, LIESE, PACK, QUISTHOUDT-ROWOHL
Unterausschuss Menschenrechte	JEGGLE	WEBER
Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung	GAHLER (Koordinator), EHLER	BROK, QUISTHOUDT-ROWOHL
Entwicklungsausschuss	SCHNIEBER-JASTRAM (stellv. Koordinatorin)	KASTLER, SCHNELLHARDT
Ausschuss für internationalen Handel	CASPARY (Koordinator), QUISTHOUDT-ROWOHL	DESS
Haushaltsausschuss	BÖGE, GRÄSSLE, HOHLMEIER	JAHR, VOSS
Ausschuss für Haushaltskontrolle	GRÄSSLE (Koordinatorin)	HOHLMEIER, PIEPER
Ausschuss für Wirtschaft und Währung	BALZ (stellv. Koordinator), FERBER, LANGEN	LEHNE, MANN, SCHWAB
Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	MANN (4. stellv. Vorsitzender), KASTLER	GRÄSSLE, KOCH
Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit	LIESE (Koordinator), FLORENZ, KLASS, SCHNELLHARDT, WEISGERBER	SCHNIEBER-JASTRAM, SOMMER, ULMER
Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie	REUL (Vorsitzender), EHLER, NIEBLER	CASPARY, LANGEN, PIEPER, WINKLER
Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz	SCHWAB (Koordinator), LECHNER, MAYER	FLORENZ, WEISGERBER
Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr	KOCH (3. stellv. Vorsitzender), KUHN (stellv. Koordinator), ULMER	BALZ, FERBER, GAHLER, ZELLER
Ausschuss für regionale Entwicklung	PIEPER (2. stellv. Vorsitzender), WINKLER, ZELLER	VERHEYEN, WEBER

Ausschüsse	ordentliches Mitglied	stellvertretendes Mitglied
Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	DESS (Kordinator), JAHR, JEGGLE	KLASS, MAYER
Fischereiausschuss	KUHN	
Ausschuss für Kultur und Bildung	PACK (Vorsitzende), VERHEYEN	POSSELT
Rechtsausschuss	LEHNE (Vorsitzender), WIELAND	LECHNER, NIEBLER
Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	SOMMER, VOSS, WEBER	HOHLMEIER, REUL, WIELAND
Ausschuss für konstitutionelle Fragen		BROK, PÖTTERING
Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter	NIEBLER	KLASS, PACK
Petitionsausschuss	JAHR (stellv. Koordinator), WIELAND	CASPARY, VOSS
Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise	BALZ, HOHLMEIER	FERBER, LANGEN, MANN
Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013	BÖGE (Kordinator), DESS, PIEPER	GRÄSSLE, NIEBLER, ZELLER

CDU/CSU-Abgeordnete in den Delegationen des Europäischen Parlaments

Delegationen	ordentliches Mitglied	stellvertretendes Mitglied
Afghanistan		GAHLER
Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro und Kosovo	PACK	GRÄSSLE, KUHN, POSSELT
Andengemeinschaft	QUISTHOUDT-ROWOHL	WEBER
Arabische Halbinsel	NIEBLER (Vorsitzende), PÖTTERING	
Armenien, Aserbaidshan und Georgien	JAHR	

Delegationen	ordentliches Mitglied	stellvertretendes Mitglied
Australien und Neuseeland	BÖGE (2. stellv. Vorsitzender)	MAYER
Belarus		WINKLER
Chile	VOSS	LIESE
Indien	WEBER	MANN
Irak		JAHR, LEHNE
Iran	LECHNER (1. stellv. Vorsitzender)	VERHEYEN
Israel	SCHWAB	FERBER
Japan	KOCH, LEHNE	BÖGE
Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien	KASTLER	
Kanada	JEGGLE (1. stellv. Vorsitzende)	WEISGERBER
Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Mongolei	PIEPER	JEGGLE, ZELLER
Koreanische Halbinsel	EHLER (Vorsitzender)	CASPARY, KOCH
Kroatien	POSSELT	PACK
Maghreb		SOMMER
Maschrik	WEISGERBER	LECHNER
Mercosur		VOSS
Mexiko	FERBER (2. stellv. Vorsitzender)	FLORENZ
Mittelamerika	LIESE	KLASS
Moldau		WIELAND
NATO	QUISTHOUDT-ROWOHL	BROK

Delegationen	ordentliches Mitglied	stellvertretendes Mitglied
Palästinensischer Legislativrat	GRÄSSLE	HOHLMEIER
Panafrikanisches Parlament	GAHLER (Vorsitzender)	MAYER
Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU	KLASS (4. stellv. Vorsitzende), CASPARY, GAHLER, KUHN, MAYER, SCHNELLHARDT, WIELAND	KASTLER, SCHNIEBER-JASTRAM, ULMER
Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika	DESS , FERBER, LIESE, QUISTHOUDT-ROWOHL, VOSS	CASPARY
Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer	SCHWAB, WEISGERBER	GRÄSSLE, LECHNER, PÖTTERING, SOMMER
Parlamentarische Versammlung EURO-NEST	JAHR, WINKLER	DESS, ZELLER
Russland	ZELLER	REUL
Schweiz, Island, Norwegen sowie Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)	ULMER (2. stellv. Vorsitzender)	SCHWAB
Südafrika	VERHEYEN	NIEBLER
Südasiens	MANN (2. stellv. Vorsitzender), DESS	PIEPER, SCHNELLHARDT
Südostasia, ASEAN	LANGEN (Vorsitzender), BALZ	EHLER
Türkei	SCHNIEBER-JASTRAM, SOMMER	BROK
Ukraine	WINKLER	DESS
Vereinigte Staaten	BROK (Vorsitzender), FLORENZ	PÖTTERING, QUISTHOUDT-ROWOHL
Volksrepublik China	HOHLMEIER, REUL	BALZ, LANGEN

Der Vorstand der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Von links nach rechts:

Elisabeth Jeggle, Klaus-Heiner Lehne, Dr. Peter Liese, Markus Ferber, Rainer Wieland, Dr. Werner Langen, Reimer Böge, Dr. Dieter-Lebrecht Koch, Dr. h.c. Doris Pack, Manfred Weber, Prof. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Dr. Inge Gräßle, Herbert Reul, (nicht auf dem Bild: Dr. Christian Ehler, Dr. Angelika Niebler)



Vorstand der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Vorsitzender	Dr. Werner Langen
Co-Vorsitzender	Markus Ferber
Stellv. Vorsitzende	Reimer Böge, Dr. Christian Ehler, Elisabeth Jeggle, Dr. Peter Liese, Prof. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl
Schatzmeister	Dr. Dieter-Lebrecht Koch
Parl. Geschäftsführerinnen	Dr. Inge Gräßle, Dr. Angelika Niebler
Mitglieder qua Amt	Klaus-Heiner Lehne, Dr. h.c. Doris Pack, Herbert Reul

CDU/CSU-Mitglieder im Präsidium des Europäischen Parlaments sowie im Präsidium der EVP-Fraktion

Vizepräsident des Europäischen Parlaments	Rainer Wieland
Stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion	Manfred Weber

Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP-Fraktion) ist mit 265 Mitgliedern die größte Fraktion im Europäischen Parlament.

Die Fraktion vereint die proeuropäischen politischen Kräfte der christdemokratischen Mitte aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Die meisten der in der EVP-Fraktion vertretenen Parteien gehören auch der Europäischen Volkspartei an, der ersten transnationalen politischen Partei auf europäischer Ebene, die im Ministerrat am stärksten vertreten ist. Die Fraktion arbeitet für das Ziel der Verwirklichung eines wettbewerbsfähigeren, demokratischeren und durch größere Bürgernähe gekennzeichneten Europas und für die soziale Marktwirtschaft.



Als größte Fraktion eines Parlaments, in dem nicht-sozialistische Parteien heute eine klare Mehrheit haben, befindet sich die EVP-Fraktion in einer besseren Position als jede andere Partei, um die politische Tagesordnung des Parlaments zu bestimmen und dessen wichtigste Abstimmungen in ihrem Sinne zu entscheiden. Diese Stärke

spiegelt sich in der Tatsache wider, dass die EVP-Fraktion seit 1999 in den monatlichen Plenartagungen des Europäischen Parlaments mehr Abstimmungen gewonnen hat als jede andere Fraktion.

Die zahlenmäßige Überlegenheit ist auch eine Garantie dafür, dass Mitglieder der EVP-Fraktion zahlreiche Schlüsselpositionen des Parlaments besetzen – einschließlich der Vorsitze in 10 der 22 Ausschüsse bzw. Unterausschüsse des Europäischen Parlaments, 5 der 14 Vizepräsidenten und 2 der 5 Quästoren. Die Mitglieder der EVP-Fraktion sind in allen Parlamentsausschüssen stark vertreten, um sich das Recht auf die Verfasserschaft von Stellungnahmen des Europäischen Parlaments zu Kernstücken von Entwürfen von Rechtsakten und von anderen wichtigen Berichten zu sichern: Der Fraktion wurden mehr Berichterstattungen über wichtige Fragen zugesprochen als jeder anderen Fraktion.

Die Struktur der Fraktion

Gegründet wurde die Christlich-Demokratische Fraktion am 23. Juni 1953 in der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Straßburg. Kurz nach der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments hat die Fraktion im Juli 1979 ihren Namen in „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)“ geändert und im Juli 1999 in „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten“. Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 nahm die Fraktion wieder ihren alten Namen „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)“ an. Als Kraft der Mitte hat die EVP-Fraktion stets eine führende Rolle im Europäischen Parlament gespielt und den europäischen Einigungsprozess immer entschieden vorangebracht.

Manfred Weber
(CSU), stellv.
Vorsitzender der
EVP-Fraktion

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, erhält die Robert-Schuman-Medaille von **Joseph Daul**, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Vorsitzender der EVP-Fraktion ist der Elsässer Joseph Daul. Er sitzt den Fraktionsgremien vor und spricht für die Fraktion in Schlüsseldebatten im Europäischen Parlament. Er wird von den Koordinatoren jeden parlamentarischen Ausschusses sowie von den Vorsitzenden der nationalen Delegationen, die der EVP-Fraktion angehören, unterstützt. Das Fraktionssekretariat sorgt für die operationelle Umsetzung der Fraktionsaktivitäten und unterstützt sie in strategischer und organisatorischer Hinsicht. Die Fraktion unterhält ihre eigene „Denkfabrik“ - das Europäische Ideennetzwerk - das Meinungsbildner aus der Politik, der Industrie, Akademiker und der Gesellschaft aus ganz Europa zusammenbringt, um über die politischen Herausforderungen der europäischen Integration auf der Basis unserer Werte zu diskutieren.



Die 265 Mitglieder der EVP-Fraktion kommen aus folgenden Ländern:

42	Deutschland	6	Bulgarien	3	Lettland
35	Italien	6	Österreich	3	Luxemburg
29	Frankreich	6	Slowakei	3	Slowenien
28	Polen	5	Belgien	2	Tschechische Republik
23	Spanien	5	Niederlande	2	Zypern
14	Ungarn	5	Schweden	2	Malta
14	Rumänien	4	Irland	1	Dänemark
10	Portugal	4	Litauen	1	Estland
8	Griechenland	4	Finnland		

Das Präsidium der EVP-Fraktion

Das Präsidium der Fraktion besteht aus dem Fraktionsvorsitzenden und zehn stellvertretenden Vorsitzenden. Die Mitglieder des Präsidiums vereinbaren unter sich eine Aufgabenverteilung, einschließlich des Schatzmeisters und der Vorsitze der Arbeitskreise, die der Fraktion zur Kenntnis gebracht wird.

Präsidiumsmitglieder

Joseph Daul	Vorsitzender
Jaime Mayor Oreja	stellv. Vorsitzender, Politische Strategie, Europäisches Ideen-Netzwerk
Corien Wortmann-Kool	stellv. Vorsitzende, Arbeitskreis „Wirtschaft und Umwelt“
József Szájer	stellv. Vorsitzender, Parlamentarische Arbeiten
Manfred Weber	stellv. Vorsitzender, Arbeitskreis „Justiz und Inneres“, Conciliations
Vito Bonsignore	stellv. Vorsitzender, Mittelmeer-Union, Euromed, Verantwortlich für den Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise
Othmar Karas	stellv. Vorsitzender, Schatzmeister, Kommunikations-Strategie, Interkulturelle Beziehungen
Paulo Rangel	stellv. Vorsitzender, Beziehungen zu den nationalen Parlamenten
Marian-Jean Marinescu	stellv. Vorsitzender, Arbeitskreis „Haushalt und strukturelle Fragen“
Ioannis Kasoulides	stellv. Vorsitzender, Arbeitskreis „Auswärtige Angelegenheiten“
Gunnar Hökmark	stellv. Vorsitzender, Nachbarschaftspolitik und Euronest

EVP-Koordinatoren in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments

Elmar Brok / José Ignacio Salafranca	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
László Tőkés / Inese Vaidere	Unterausschuss Menschenrechte
Michael Gahler	Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung
Gay Mitchell / Filip Kaczmarek	Entwicklungsausschuss
Daniel Caspary	Ausschuss für internationalen Handel
Salvador Garriga-Polledo / László Surján	Haushaltsausschuss
Inge Gräßle	Haushaltskontrollausschuss
Jean-Paul Gauzès	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
Csaba Öry	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
Peter Liese / Richard Seeber	Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit
Pilar del Castillo Vera	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
Andreas Schwab	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
Mathieu Grosch	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
Lambert van Nistelrooij	Ausschuss für regionale Entwicklung
Albert Deß	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Antonello Antinoro	Fischereiausschuss
Marco Scurria	Ausschuss für Kultur und Bildung
Tadeusz Zwiefka	Rechtsausschuss
Simon Busuttil	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Íñigo Mendez de Vigo	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
Edit Bauer	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
Pascale Gruny	Petitionsausschuss
Othmar Karas	Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise

Nützliche Internetadressen

CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament	www.cducusu.eu
EVP-Fraktion im Europäischen Parlament	www.evp-fraktion.eu
Internetportal der Europäischen Union	www.europa.eu
Europäisches Parlament	www.europarl.europa.eu
Europäisches Parlament, Informationsbüro für Deutschland	www.europarl.de
Europäische Kommission	www.ec.europa.eu
Rat der Europäischen Union	www.consilium.europa.eu
Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften	www.curia.europa.eu
Europäische Zentralbank	www.ecb.europa.eu
Europäischer Rechnungshof	www.eca.europa.eu
Ausschuss der Regionen	www.cor.europa.eu
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	www.eesc.europa.eu
Europäischer Bürgerbeauftragter	www.ombudsman.europa.eu

**CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament**

Europäisches Parlament

Rue Wiertz

ASP 15 E 257

B-1047 Brüssel

Tel. 0032 / 2 / 284 28 77

Fax 0032 / 2 / 284 49 72

Deutscher Bundestag

W 60, Zi. 0.61

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Tel. 0049 / 30 / 22 77 57 75

Fax 0049 / 30 / 22 77 69 58

E-Mail: info@cducsu.eu | www.cducsu.eu

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP

Bildquellen: Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Fotolia.de

Redaktion: Stephan Mock | Stand: 1. Oktober 2010 | Grafik: www.lfgberlin.de



EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Eine Veröffentlichung der EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament
EVP-Fraktion
60, Rue Wiertz
1047 Brüssel, Belgien

www.evp-fraktion.eu

www.cducsu.eu